



# KOMMUNAL

GEMEINDEN . GESTALTEN . ÖSTERREICH .

## IMPFPPLAN

Der Weg aus der  
Corona-Krise

**Seite 20**

## STUDIE

Die Kriminalität  
der Zukunft

**Seite 56**



# Das lange Warten auf den Neustart

Die aktuelle Lage der Tourismuswirtschaft wird von Experten als katastrophal beschrieben. Für die Zeit nach der Krise besteht dennoch berechtigte Erwartung auf Erholung für die Branche.

**Seiten 12 und 32**

**KOMMUNALMESSE** 20**21**  
www.diekommunalmesse.at

15. – 16. SEPTEMBER 2021  
MESSE TULLN

**EINTRITT  
FREI!**

**KLIMA.** GEMEINSAM  
KLIMA GESTALTEN.  
**WIRTSCHAFT.**  
**GEMEINDE.**

DIE NETZWERKPLATTFORM FÜR WIRTSCHAFT UND KOMMUNEN.  
[WWW.DIEKOMMUNALMESSE.AT](http://WWW.DIEKOMMUNALMESSE.AT)

## CORONA-PANDEMIE

# IMPFFEN IST UNSER WEG AUS DER KRISE



Seit bald einem Jahr gibt es fast nur ein Thema, das uns alle tagtäglich fordert. Und ja, wir alle sind schon coronamüde. Ob Lockdown, Abstandhalten oder Kontaktbeschränkungen: Die Maßnahmen gegen die Pandemie sorgen allorts für immer mehr Frustration, sind aber alternativlos. Der traurige Blick auf die Statistik der Sterbefälle im letzten Jahr zeigt es schwarz auf weiß: 2020 starben etwa zehn Prozent mehr Menschen als im Durchschnitt der vergangenen Jahre. Doch darüber hinaus zeigen die Zahlen auch, dass erstmals seit 70 Jahren die Lebenserwartung sinkt, und zwar um ein halbes Jahr. Alles in allem erkrankten bis Mitte Jänner 2021 fast 400.000 Menschen in unserem Land am Coronavirus und 7200 verstarben leider daran.

Seit Jahresbeginn gibt es nun mit der ersten Zulassung von wirksamen Impfstoffen Hoffnung auf eine baldige Rückkehr zum „normalen“ Leben. Die Menschen sehnen sich nun die Impfungen herbei. Wie aktuelle Umfragen zeigen, waren Mitte Jänner schon zwei Drittel der Österreicher bereit, sich impfen zu lassen. Die steigende Bereitschaft ist ermutigend und liegt wohl auch an der Sehnsucht nach einem normalen Leben. Diese Impfbereitschaft gilt es nun auch rasch zu nutzen. Der Bund hat dazu eine ganz klare Impfstrategie vorgegeben, die in drei Phasen abläuft. Start der Impfungen war in allen Bundesländern in den Pflegeheimen, wobei hier neben Bewohnern und Mitarbeitern auch ehrenamtliche Helfer und Personen, die regelmäßig ins Pflegeheim kommen, zu berücksichtigen sind. Die Gemeinden haben, wie mit den Landeshauptleuten und der Bundesregierung auch vereinbart, bei der Information der Bevölkerung schon in der ersten Phase einen wichtigen Beitrag geleistet. Innerhalb weniger Tage haben sich Hunderttausende Menschen für Impfungen vorregistriert. Die Impfvorgänge standen unter genauer medialer Beobachtung, was auch einige Bürgermeister zu spüren bekommen haben. Ich habe mich dazu auch öffentlich gegen ein allgemeines Bürgermeister-Bashing gewehrt und ein generelles Vordrängeln verurteilt. Bei der größten Impfkampagne in unserem Land ist gerade von uns Kommunalpolitikern größtmögliche Sensibilität gefragt.

Am 20. Jänner hat der Nationalrat auch das zweite Rettungspaket für unsere Gemeinden beschlossen, das uns in diesem Jahr 1,5 Milliarden Euro rasche und unbürokratische Hilfe bringt. Mit der Gemeindemilliarde aus dem letzten Jahr stellt der Bund den Kommunen insgesamt 280 Euro Finanzhilfe pro Einwohner zur Verfügung. Wir haben für alle Gemeinden – und gerade für die finanzschwachen – hart verhandelt. Ich bin überzeugt, dass uns dieses weitere Paket gut durch die nächste Phase der Krise bringen wird. Alle Gemeinden können sicher sein: Wir werden die finanzielle Entwicklung unserer Gemeinden weiterhin im Auge behalten und immer für euch da sein.

ALFRED RIEDL  
Präsident des Österreichischen Gemeindebundes



MITTE JÄNNER WAREN SCHON ZWEI DRITTEL DER ÖSTERREICHER BEREIT, SICH IMPFFEN ZU LASSEN. **DIE STEIGENDE BEREITSCHAFT IST ERMUTIGEND UND LIEGT WOHL AUCH AN DER SEHNSUCHT NACH EINEM NORMALEN LEBEN.**“

Feedback, Anmerkungen oder  
Kommentare bitte an  
[leserbriefe@kommunal.at](mailto:leserbriefe@kommunal.at)

# EDITORIAL

Liebe Leserin,  
lieber Leser,



der Nationalrat hat grünes Licht für eineinhalb Milliarden Euro des zweiten Gemeindefinanzpakets gegeben.

Damit ist nun auch die Liquidität der Gemeinden in den Zeiten der Corona-Unsicherheit sichergestellt, auch wenn vieles davon eine Stundung ist und zurückgezahlt werden muss. Gemeinsam mit der Milliarde von verganginem Sommer können die Gemeinden also ihrer Rolle als die „seit Jahrzehnten wichtigsten Konjunkturmotoren und Arbeitgeber in allen Regionen“ (O-Ton Finanzminister Gernot Blümel) gerecht werden. Auch Vizekanzler Werner Kogler hat das schon betont, als er Österreichs Städten und Gemeinden „beim ‚Rausinvestieren‘ aus der Krise“ die gewichtigste Rolle zugewiesen hat.

Wie die Gemeinden das machen werden, das will allerdings auch kommuniziert sein. Als einen Beitrag dazu werden wir heuer im September zum Österreichischen Gemeindetag wieder den IMPULS-Preis vergeben. In Kürze werden alle Details fixiert sein, aber schon jetzt rufe ich alle Gemeinden auf, ihre Projekte einzureichen, sich um den Preis als „innovativste Gemeinde Österreichs“ zu bewerben und sich ihren Platz auf der Bühne zu sichern. Ihr

**Michael Zimmer,**  
Geschäftsführer Kommunalverlag



FOTO // ©1STurningART - stock.adobe.com/

## /12

### Jetzt durchhalten, dann durchstarten

Tourismusministerin Elisabeth Köstinger über die Lage des Tourismus und die Chancen der Zukunft



FOTO // ©Bastian Weltjen - stock.adobe.com/

## /20

### Der Weg aus der Krise

Die Impfbereitschaft  
ist gestiegen



# /32

## Es wird alles nachgeholt

An den Gemeinden wird es liegen, wie der Tourismus aus der Krise kommt

FOTO // stock.adobe.com



# /52

## Mit dem Sammeltaxi in die Zukunft

Peter Brandauer, Bürgermeister von Werfenweng

FOTO // TVB Werfenweng / Bethel Fath

### THEMA

#### Buchungsplattformen <sup>18</sup>

Gemeinden können die Nächtigungsdaten erstmals abfragen

#### Zukunftsforscher Daniel Dettling: So wird 2021 <sup>19</sup>

BürgermeisterInnen sind die Politiker der Stunde

### POLITIK & RECHT

#### Die Novelle verträgt „Ergänzungen“ <sup>24</sup>

Das Telekommunikationsgesetz ist mit Verspätung da

#### Die Details zum Gemeindefinanzpaket <sup>26</sup>

Gemeinden bekommen 1,5 Milliarden Euro für mehr Planungssicherheit

#### Neuaufgabe des österreichischen Breitbandatlas <sup>29</sup>

Bessere Funktionalitäten – ambitionierte Pläne

### GESTALTEN & ARBEITEN

#### Die EU und die thermische Abfallbehandlung <sup>42</sup>

Kreislaufwirtschaftspaket der EU führt zu Fokussierung auf Recycling

#### Kommunale „grüne“ Fahrzeugbeschaffung <sup>45</sup>

Mindestziele sollen Trendwende in der Beschaffung einleiten

#### Verbesserung der Gewässerökologie <sup>48</sup>

Förderungsrichtlinien sind da – 200 Millionen stehen zu Verfügung

### LAND & LEUTE

#### Studie zur Zukunft der Kriminalität <sup>56</sup>

Technische Entwicklungen bringen immer auch neue Kriminalitätsformen

#### Zukunft des Wohnens: Mutig nach innen wachsen <sup>58</sup>

Die Corona-Pandemie macht Mängel im kommunalen Wohnbau sichtbar

#### Personalien <sup>64</sup>

#### Offenlegung <sup>66</sup>

### FACH- & SERVICEINFORMATIONEN

Bundesministerium für Inneres	30	UniCredit Bank Austria AG	38
Innofit	41	Vialit Asphalt GmbH & Co. KG	40
UFGC GmbH	62	VRBikes AG	46



Was Sie schon immer über **SOCIAL MEDIA** wissen wollten, erfahren Sie in der neuen **BÜRGERMEISTER** Zeitung, die am 18. Feber erscheint.

## KOMMENTAR

# WER IST SCHULD AM IMPFCHAOS?



**G**laubt man den Medien so haben wir in Österreich ein richtiges Impfchaos. „Viel zu wenig & viel zu spät“ titelt in der „Kronen Zeitung“ Klaus Woltron. Wieder einmal hat die EU versagt, und das auf Kosten vieler Menschenleben. Die Bürokratie sei schuld. Die falschen Impfstoffe wurden bestellt, zu lange habe die Zulassung gedauert und zu wenig wurde offenbar gezahlt. Die Kritik ist in Deutschland wie in anderen Staaten genauso zu hören. Aber nicht nur die EU ist in der Ziehung. Auch in den einzelnen Staaten wird von Medien und der Opposition Kritik an den jeweiligen Bundesregierungen geäußert. In Deutschland beschwert man sich darüber, dass die Deutschen nicht mehr Impfstoff erhalten würden, wo doch der Impfstoff in Deutschland entwickelt worden sei und produziert werde. Auch die Bundesländer beschwerten sich, dass es nicht rasch genug geht.

Das alles hört sich schon ein wenig eigenartig an. Blicken wir nur ein paar Monate zurück. Da wurde von vielen einer Schutzimpfung die Wirksamkeit abgesprochen. Normal würde die Entwicklung eines Impfstoffs doch mindestens zehn Jahre dauern. Wenn das jetzt so schnell gehen sollte, könne doch mit dem Impfstoff etwas nicht stimmen. Man müsse genau prüfen und untersuchen, und eine vorschnelle Zulassung ginge auf Kosten der Sicherheit. Gerade der Impfstoff der Firma BioNTech, wie auch jener der Firma Moderna, beruht auf einer anderen Technologie (mRNA-Technologie), der besondere Skepsis entgegengebracht wird.

Weil viele Pharmaunternehmen an der Entwicklung arbeiten und zum Zeitpunkt der Bestellung nicht klar war, wer zuerst eine Zulassung erhalten würde, hat die EU Bestellungen bei mehreren Unternehmen vorgenommen. Die EU-Staaten haben sich auch für den Weg ent-

„Die EU-Staaten haben sich für den Weg entschieden, gemeinsam für alle Staaten der EU zu bestellen und dann eine aliquote Verteilung der Impfdosen auf die Staaten vorzunehmen.“

schieden, gemeinsam für alle Staaten der EU zu bestellen und dann eine aliquote Verteilung der Impfdosen auf die Staaten vorzunehmen. Auch die Zulassung wurde einheitlich von der EU-Arzneimittel-Agentur (EMA) für alle EU-Staaten vorgenommen – auf Druck einzelner Staaten dann schneller als ursprünglich geplant. Dass trotz Zulassung die Produktion nicht von heute auf morgen ver Hundertfacht werden kann, liegt ja auf der Hand. Das sind sehr komplizierte Vorgänge und neue Produktionsstätten können nicht binnen Wochen aus dem Boden gestampft werden. Es ist ein wenig komplexer als die Maskenproduktion, bei der viele Firmen schnell umsatteln konnten. Man kann eigentlich von Glück reden, dass die EU so stark auf die Firma BioNTech gesetzt hat. Der Impfstoff der Firma AstraZeneca oder jener des französischen Unternehmens Sanofi warten noch auf ihre Zulassung. Und zu verlangen, dass der russische Impfstoff „Sputnik“ für Österreich angekauft wird, traut sich dann auch wieder keiner. Daher war es wohl der richtige Weg, die Impfstoffe für alle europäischen Länder gemeinsam zu bestellen und nach der Zulassung auf die Staaten zu verteilen. Wenn nun vorgehalten wird, dass Israel schneller war, den Impfstoff vor der Zulassung zu einem höheren Preis eingekauft und schon mehr verimpft hat, kann man nur antworten, dass Israel halt nicht bei der EU ist und im Übrigen die Pandemie auch nicht besser bekämpft hat als viele europäische Staaten. Verschwiegen wird auch, dass in Israel die Impfdaten sämtlicher Geimpften zu Forschungszwecken an BioNTech geliefert werden. Was unsere Datenschützer dazu sagen würden, liegt auf der Hand. Der Wettbewerb zwischen den Staaten ist hier nicht zweckmäßig. Wie Österreich da ausgesehen hätte, möchte ich mir nicht vorstellen. Wir erinnern uns doch noch an die Bilder, als Amerikaner

Feedback, Anmerkungen oder  
Kommentare bitte an  
[leserbriefe@kommunal.at](mailto:leserbriefe@kommunal.at)



## URSACHE FÜR DEN HOLPRIGEN START DER IMPFUNGEN WAREN UND SIND **FALSCHER ERWARTUNGSHALTUNGEN, DIE VON VIELEN GESCHÜRT WERDEN.**

auf chinesischen Flugfeldern mit Koffern voller Dollar ganze Flugzeuge beladen mit Schutz-ausrüstung und Masken umdirigiert haben. EU-Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides hat die Beschaffung der CoV-Impfstoffe durch die Europäische Union daher zu Recht verteidigt und zusätzliche nationale Lieferabsprachen mit Herstellern kritisiert. Diese wird aber beständig durch die mediale Berichterstattung gefordert.

**Darüber hinaus ist die Skepsis vieler Bürger gegen das Impfen noch sehr groß.** Von den Verschwörungstheoretikern einmal abgesehen, ist die Bereitschaft, sich impfen zu lassen, überschaubar. Schön langsam sickert zwar ins Bewusstsein, dass nur durch die Impfung die Pandemie bekämpft werden kann und dadurch die Chance besteht, in ein halbwegs normales Leben zurückzukehren, aber noch immer gibt es prominente Gegner. Aufklärung und Vorbilder sind notwendig. Die einen sagen, die Regierungsmitglieder sollen sich zuerst selbst impfen lassen und nicht die Bürgerinnen und Bürger als Versuchskaninchen zu missbrauchen. Würden sie es tun, würde man ihnen vorwerfen, sie schauen nur auf sich und nicht auf die Bürger, wie die Diskussion um bei Impfungen vorgezogene Bürgermeister zeigt. Wie man es macht, wäre es falsch.

Dem einen geht es zu langsam, dem anderen zu schnell. In der „Kleinen Zeitung“ vom 13. Jänner wurde berichtet, dass zwar die Impfbereitschaft gestiegen sei, sich aber in den Heimen nur zwei Drittel der Bewohner und ein Drittel der Mitarbeiter impfen lassen wollen. Auch hier wollen viele zuwarten und sich nicht als „Versuchskaninchen“ missbrauchen lassen. Seitens des Bundes wurden schon vor längerer Zeit eine klare Impfstrategie und ein Impfplan beschlossen. Die Reihenfolge, wer zuerst geimpft wird, wurde festgelegt, genauso wie die Bestellung des

Impfstoffs und dessen Verteilung. Zur Koordination mit den Ländern wurden Landeskoordinatoren bestellt, die die länderweise Festlegung und Organisation der Impfung sicherstellen sollten.

Ursache für den holprigen Start waren und sind falsche Erwartungshaltungen, die von vielen geschürt werden. Die Zulassung des Impfstoffs erfolgte bereits Ende Dezember, aber die quotenweise Verteilung auf die einzelnen Staaten hat gedauert. Nun bekommen wir 12.285 Fläschchen mit ca. 61.000 Impfdosen pro Woche, die von den Bundesländern entsprechend ihrem Schlüssel abgerufen und verimpft werden. Die Praxis hat gezeigt, dass in den Fläschchen mehr Impfstoff enthalten ist, sodass sich die Impfdosen um 20 Prozent erhöhen. Mit mehr Impfstoff ist erst in den folgenden Monaten zu rechnen, Lieferengpässe sind dabei noch gar nicht berücksichtigt. Diese Umstände kann man nicht ändern. Daher dauert es einfach, bis alle Impfwilligen zu ihrer Impfung kommen. Nicht zu vergessen dabei: Wir brauchen im Abstand von drei bis fünf Wochen eine zweite Impfung – und das muss eingeplant werden.

Dass die Länder nun die Organisation und Verantwortung übernommen haben, ändert an der bisherigen Situation relativ wenig. Die Festlegung wann, wer (entsprechend dem Impfplan) und wo geimpft wird, wäre schon bisher ihre Aufgabe gewesen. Mehr Impfstoff entsteht dadurch nicht. Auch ein medial geschürter Wettbewerb zwischen den Ländern ist nicht zielführend. Dies führt nur zu unqualifizierter Kritik („Bund mal neun Länder ist gleich Chaos“ titelt der „Standard“). Und auch die Opposition reiht sich in den Reigen der Kritiker ein. Die einen sehen ein „Impfchaos“ und fordern mehr Tempo. Die anderen fragen, warum es in Dänemark schneller geht. Andere sprechen sich hier lieber gleich generell gegen das Impfen aus.

Das alles trägt natürlich zur Verunsicherung der Bevölkerung bei. Skepsis und mitunterer Zweiflung machen sich breit. Dass das alles nicht dazu beiträgt, die Impfbereitschaft zu erhöhen und Verständnis dafür zu wecken, warum wer zuerst geimpft wird, liegt auf der Hand. Wenn man das als Chaos bezeichnet, kann man sich leicht ausmalen, wer daran die Schuld trägt. ●

HOFRAT DR. WALTER LEISS  
ist Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes

## ANGESAGT

DAS WORT HAT ...



## THEMA „IMPFFEN“

Mit medizinischen Expertinnen und Experten hat das Rote Kreuz am 11. Jänner 2021 seine Impfkampagne „Österreich impft“ vorgestellt. Dabei steht Aufklärung an oberster Stelle.

» Die Technologie ist nicht neu.“

**Univ.-Prof. Dr. Ursula Wieder-  
mann-Schmidt,**

Professorin für Vakzi-  
nologie und Leiterin  
des Instituts für Spe-  
zifische Prophylaxe  
und Tropenmedizin  
der MedUni Wien



» Impfungen sind Opfer ihres Erfolgs. Es fehlt uns der Bezug zum Leiden.“

**Univ.-Prof Dr. Herwig Kollaritsch,**  
Facharzt für Spezifische Prophylaxe  
und Tropenmedizin, für  
Hygiene und Mikrobi-  
logie und gerichtlich  
beeideter Sachver-  
ständiger (Tropenme-  
dizin, Reisemedizin,  
Impfwesen)



» Für uns alle wird es erst dann vorbei sein, wenn wir viele sind.“

**Dr. Eva Hörtl,** Leiterin des Gesund-  
heitszentrums der Erste Bank AG. Sie  
ist Referentin an der Akademie für  
Arbeitsmedizin sowie Vorsitzende des  
wissenschaftlichen Beirats der  
Österreichischen  
Gesellschaft für  
Präventivmedizin.



QUELLE // gemeinde-  
bund.at/initiative-oester-  
reich-impft-klaert-auf/

## INTERNATIONAL

DER BLICK ÜBER DIE GRENZEN



## Paris: Champs-Élysées sollen bis 2024 begrünt werden

**Die Pariser Bürgermeisterin Anne Hidalgo hat laut einem Bericht des britischen „Guardian“ grünes Licht für ein millionenschweres Verkehrsprojekt gegeben. Dadurch sollen die Champs-Élysées, die berühmteste Prachtstraße der französischen Hauptstadt, in einen „außergewöhnlichen Garten“ verwandelt werden. Doch bis die Pariserinnen und Pariser in der Innenstadt tatsächlich im neuen Grün flanieren können, dürfte es noch einige Zeit dauern.**

Gespräche über eine große Umgestaltung rund um die Avenue des Champs-Élysées laufen bereits seit 2018. Ein Jahr darauf präsentierten Lokalpolitiker und Unternehmen konkrete Pläne für den rund zwei Kilometer langen Abschnitt im Zentrum der Stadt. Diese sollen

einem Bericht des „Guardian“ zufolge nun verwirklicht werden. Hidalgo habe angekündigt, 250 Millionen Euro für das Projekt zur Verfügung zu stellen, so der „Guardian“. Dennoch werde die Umgestaltung nicht vor den Olympischen Sommerspielen 2024 stattfinden, die in Paris ausgetragen werden.

Die Pläne des Komitees sehen unter anderem eine Halbierung des von Autos genutzten Raums vor. Die dadurch entstehenden Freiflächen sollen zu Fußgängerzonen umgewandelt werden.

» <https://bit.ly/3nMzdpl>  
» [www.pca-stream.com/en/  
projects/champs-elysees-study-48](http://www.pca-stream.com/en/projects/champs-elysees-study-48)

## OHNE GEGENKANDIDAT DURCHGEFALLEN

**Der Ärger in der deutschen Gemeinde Fröhd ist vermutlich groß, wie orf.at berichtet: Ohne jeden Gegenkandidaten ist Amtsinhaberin Tanja Steinebrunner bei der Bürgermeisterwahl durchgefallen.** Der Großteil der Wähler und

Wählerinnen schrieb einfach den Namen des Gemeinderats Stefan Keller auf den Stimmzettel, der gar nicht kandidiert hatte.

Keller erhielt auf diese Weise 124, Steinebrunner 87 Stimmen. Die nötige Mehrheit von

50 Prozent erzielte keiner von beiden. Die „Badische Zeitung“ hatte zuerst über die kuriose Wahl berichtet.

» [orf.at/stories/ 3190483/](https://www.orf.at/stories/3190483/)





## Amsterdam: Keine Touristen mehr in Coffeeshops

**Amsterdam will ausländischen Touristen den Zugang zu Coffeeshops und damit den Kauf von Hasch oder Marihuana verbieten.** Das teilte die Stadt laut einem Bericht des „Standard“ mit. Staatsanwaltschaft, Polizei und Bürgermeisterin Femke Halsema wollen damit den Drogentourismus stoppen.

Nur noch Einwohner der Niederlande sollen dann mit

einem Pass Zugang zu den Coffeeshops bekommen. Das Stadtparlament muss den Plänen noch zustimmen. Der Drogentourismus vor allem aus Großbritannien hat stark zugenommen. Studien haben ergeben, dass bei einem Zugangsverbot für Coffeeshops der Massentourismus stark abnehmen würde.

<https://bit.ly/2XNUiFI>

### Flächendeckende Überwachung

Städte mit den meisten Überwachungskameras pro km<sup>2</sup> weltweit\*



\* untersucht wurden die 150 bevölkerungsreichsten Städte der Welt  
Stand: November 2020  
Quelle: Surfshark



statista

Wie die Plattform **statista.de** berichtete, liegen die am stärksten mit Videokameras überwachten Städte in Indien und China – und in England. Laut der Studie gab es dagegen in Berlin geschätzt 4,9 CCTV-Kameras (Closed-circuit television) pro 1.000 EinwohnerInnen (Stand: Juni 2020). Wenn es um automatische Gesichtserkennung geht, zeigt die von YouGov durchgeführte Umfrage, dass die meisten Befragten in Deutschland diese nur unter strengen Auflagen gestatten würden.

KUND  
HÖCHS

Eines  
kleine und  
Der große  
weitreich  
riet ihr da  
von relev  
zeichnen u  
doch das  
Zuwach  
lien, sch

Gü  
Weg. z  
Guth  
es ein  
Skyli  
Gew  
und  
d

DIE  
Die  
warn  
herkäm  
ter de  
Rückga  
Immobi  
in Buch  
Steiger

BAS

Ein  
fließt d  
mit der  
ein par  
einem ge  
fliegen. N  
tigen Int  
Rechn  
Gesells  
aber bes  
nicht, ihr  
aus zu geh  
Der große C  
es dort samm  
die Geschäf  
tigen Sitzung  
chen ließ s  
seine großer  
Kick-off-Me  
auf den Weg  
des Präsentat  
warf es einen  
die Skyline  
unterzeichn  
Betrieb und  
Straße, der  
ihm eine Ver  
Zwischenze  
Gespräch n  
warnte d  
langjähri

# Wissen, was dahinter steckt.

Tagesaktuelle  
und verlässliche  
Wirtschaftsinformation  
seit über 150 Jahren.

[www.compass.at](http://www.compass.at)

## Jeder kann sich beschweren

**K**OMMUNAL wird in den kommenden Ausgaben in einer losen Folge Fälle der Volksanwaltschaft vorstellen. Zu Beginn beschreiben wir die Randbedingungen für einen Gang zur österreichischen Volksanwaltschaft. So wie Gemeindevertreter oft eine direkte Brücke zwischen Politik und Bürgern bauen, kann dieser Brückenbau auch der Volksanwaltschaft gelingen. Selbst wenn dies im ersten Moment oft nicht so wirken mag.

Eine wichtige und oft abschreckende Frage ist: Welche Personen dürfen bei der Volksanwaltschaft eine Beschwerde einreichen? Dazu existiert keine limitierende Antwort. Der Gang zur Volksanwaltschaft steht sowohl natürlichen als auch juristischen Personen jederzeit offen.

Doch obwohl sich alle Personen an die Volksanwälte wenden können, existieren sehr wohl Einschränkungen bei den Themen, die zur Kenntnis der Volksanwaltschaft gebracht werden können. Die Volksanwaltschaft kann sich nicht mit Beschwerden zu jedem Thema beschäftigen. Die Volksanwälte kümmern sich im Wesentlichen nur um Anliegen, die österreichische Behörden betreffen.

Neben dieser breiten personellen Verfügbarkeit besitzt die Volksanwaltschaft auch einen modernen Online-Auftritt. Das dortige Archiv ist gut sortiert und daher empfehlen wir, im Archiv zu stöbern, ob bereits ein ähnlicher Fall bei den Volksanwälten **Mag. Bernhard Achitz, Werner Amon, MBA und Dr. Walter Rosenkranz** (Bild unten von links nach rechts) eingegangen ist. Oft unterscheiden sich die Problemstellungen in den verschiedenen Gemeinden nicht so stark voneinander.



FOTO // Volksanwaltschaft / Photo Simonis

[volksanwaltschaft.gv.at/archiv](https://volksanwaltschaft.gv.at/archiv)

Kostenloser Telefonkontakt: **0800 223 223**

Die Volksanwaltschaft Österreich arbeitet seit 1977 für österreichische Bürgerinnen und Bürger. Sie ist barrierefrei zugänglich.



## „Was ist los mit Österreichs Wirtschaftsvertretern?“

... fragte Verlagschef Prof. Walter Zimmer in seinem Editorial in der Ausgabe 1 des Kommunal-Magazins des Jahres 1996. Grund war die massive Kampagne zur Abschaffung der Getränke-

steuer, die zumindest in der Öffentlichkeit den fatalen Eindruck erwecken würde, als gäbe es zwischen der Wirtschaft und den Gemeinden des Landes unüberbrückbare



Differenzen und gleichzeitig keinerlei Gesprächsbasis, wie Zimmer weiter schrieb. Österreichs Gemeinden seien nicht nur der größte Auftraggeber der österreichischen Wirtschaft. Was viel wichtiger sei: Sie würden sich gerade in Zeiten wie diesen (damals war die Arbeitslosenzahl auf atemberaubende 300.000 gestiegen) als einzige Gebietskörperschaft bewusst antizyklisch verhalten. „Die Budgetvorschauen für 1996 beweisen nachdrücklich, dass die Kommunen ihr finanzielles Engagement für Wasser- und Abwasseranlagen sowie für die Verbesserung der touristischen Infrastruktur nicht zurücknehmen, sondern eher noch forcieren“, so Zimmer abschließend.

1996 war nicht nur für das Kommunal-Magazin ein bedeutendes Jahr, ganz Österreich startete damals in ein besonders Gedenkjahr. Immerhin kommt es nicht alle Jahre vor, dass ein Staat seinen tausendsten Geburtstag feiert. Die „Ostarrichi“-Urkunde, eines der hochkarätigsten Stücke aus den Archivbeständen des Bayerischen Hauptstaatsarchivs, kam aus diesem Grund 1996 nach Wien. Für den Gemeindebund und das Kommunal-Magazin sollte dieses Jahr weiter spannend bleiben. Aber wie es mit Bürogründungen und Ergänzungen zur Verfassung weiterging, ist eine andere Geschichte und wird auch weiter Thema dieser Kolumne bleiben.

# SAFETY FUTURE ZONE



Zukunftsfähiges Office-Design folgt neuen Spielregeln. Im Showroom des Büro Ideen Zentrums möchten wir Sie inspirieren. In einem einzigartigen architektonischen Rahmen präsentieren wir auf einer Fläche von 3.500 m<sup>2</sup> vielfältige Anregungen für Ihr zukunftstaugliches Büro.

**BÜRO IDEEN ZENTRUM**  
A-2100 Korneuburg, Mo-Fr 8:00-17:00 Uhr  
[www.blaha.co.at](http://www.blaha.co.at)

ANDERS AUS PRINZIP.

**blaha**<sup>®</sup>  
OFFICE

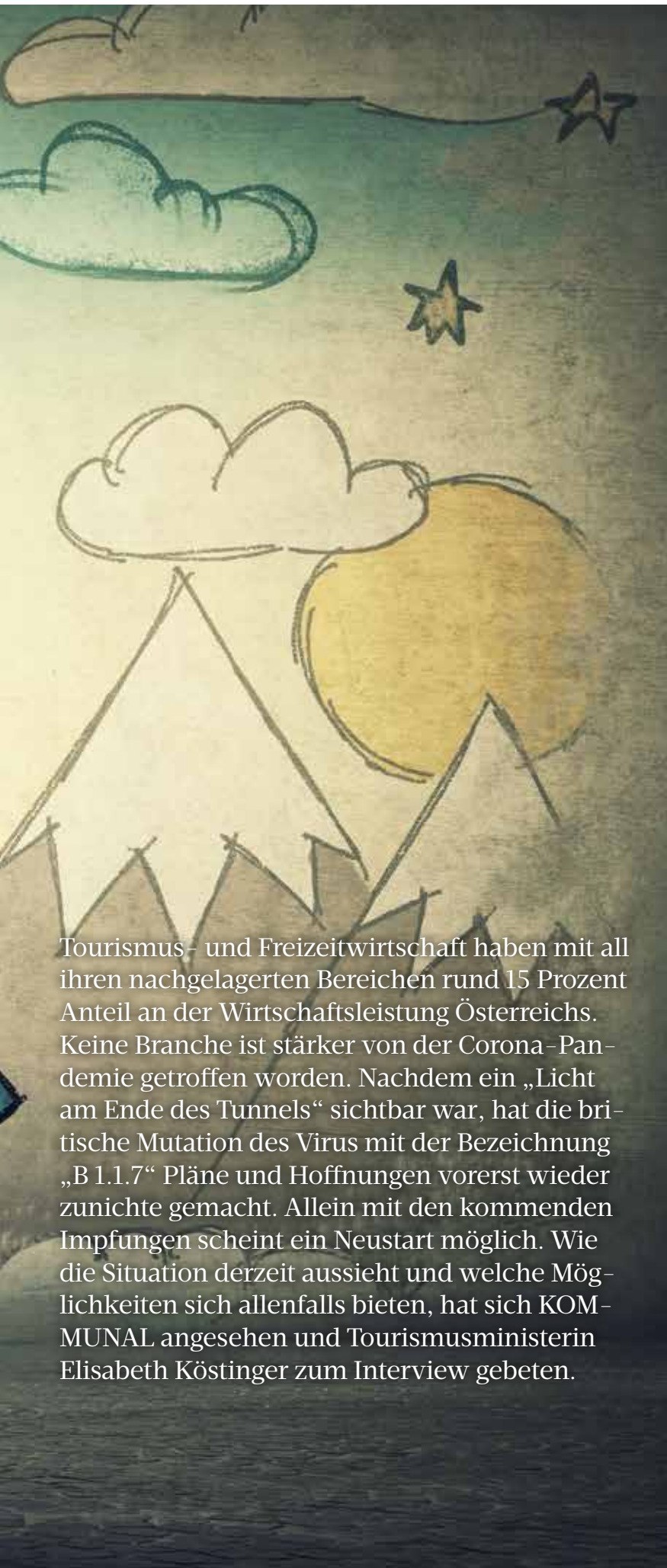
## KOMMUNAL THEMA

### **TOURISMUS – WANN IST DER NEUSTART?**

Wie viel vom  
Tourismus abhängt,  
wurde erst in der Krise  
so wirklich klar.

A man with dark hair, wearing a dark green t-shirt and blue jeans, is sitting on a large, colorful, hand-drawn arrow pointing to the right. He is smiling and looking towards the right, with his right hand raised to his forehead as if shielding his eyes or looking into the distance. The background is a light green wall with various hand-drawn elements, including a hot air balloon, a star, and a tent. The overall scene is bright and optimistic, suggesting a path forward.

**JETZT DURCHHALTEN,  
NACH DER KRISE  
DURCHSTARTEN**



Tourismus- und Freizeitwirtschaft haben mit all ihren nachgelagerten Bereichen rund 15 Prozent Anteil an der Wirtschaftsleistung Österreichs. Keine Branche ist stärker von der Corona-Pandemie getroffen worden. Nachdem ein „Licht am Ende des Tunnels“ sichtbar war, hat die britische Mutation des Virus mit der Bezeichnung „B 1.1.7“ Pläne und Hoffnungen vorerst wieder zunichte gemacht. Allein mit den kommenden Impfungen scheint ein Neustart möglich. Wie die Situation derzeit aussieht und welche Möglichkeiten sich allenfalls bieten, hat sich KOMMUNAL angesehen und Tourismusministerin Elisabeth Köstinger zum Interview gebeten.

**TEXT** // HANS BRAUN

Österreichs Tourismus liegt am Boden. Der coronabedingte Lockdown hat den Fremdenverkehr in Österreich und ganz Europa einbrechen lassen – dieser Winter wird vermutlich als ein „Horrorwinter“ für den Tourismus in die österreichische Geschichte eingehen. Wie schlimm es derzeit ist, beschreibt Tourismusministerin Elisabeth Köstinger im Interview Mitte Jänner knapp: „Die Lage ist durch die Pandemie katastrophal!“

Damit spricht sie aber nicht nur den Tourismus an, sondern auch die Gastronomie und die Veranstaltungswirtschaft. Es fehlen nicht nur dem Ferientourismus die Gäste. Keine Messen und Kongresse, keine Veranstaltungen, keine Möglichkeit zu verreisen: All das trifft nicht nur die Branche selbst existenziell, sondern auch all ihre Zulieferer, bis hin in die Landwirtschaft. Durch den praktisch europaweiten Lockdown sind die Kontakte und die Mobilität de facto völlig eingeschränkt – beides sind aber Grundvoraussetzungen für diese Wirtschaftszweige. „Nahezu alle Länder in Europa sind im Lockdown – und damit fehlt dem Tourismus die Geschäftsgrundlage“, so die Ministerin.

Durch die neuerliche Verlängerung des Lockdowns, geschuldet der zunehmenden Verbreitung der deutlich ansteckenderen britischen Virusvariante B 1.1.7 auch in Österreich, wurde der Tourismuswirtschaft erneut der Boden unter den Füßen weggezogen. „Die Verlängerung des Lockdowns wird für den Tourismus zumindest bis März andauern“, so Köstinger in der Pressekonferenz der Fachminister am 17. Jänner, nur ein »

paar Tage nach dem Interview mit KOMMUNAL. Für die Messe- und Kongresswirtschaft beispielsweise sei es katastrophal, zusehen zu müssen, wie die ganze Branche Schritt für Schritt „in die Digitalisierung abrutscht“, so Köstinger.

Die einzige Möglichkeit, aus diesem Tal herauszukommen, sei „Zähne zusammenbeißen, zusammenhalten, durchhalten“. Köstinger meint damit die konsequente Einhaltung aller Maßnahmen, die die Regierung setzt, um die Infektionszahlen zu senken. Das ist für sie eine der drei Perspektiven, um Österreich als Tourismusland, als Kulinarikdestination und als Veranstaltungs- und Kongressland zu erhalten. Die zweite Perspektive ist: testen, testen und noch mal testen.

Am vermutlich wichtigsten ist die dritte Perspektive: die schnellstmögliche, umfangreiche Impfung der Menschen, beginnend mit den vulnerablen (verletzlichen/gefährdeten) Bevölkerungsgruppen. Köstinger plädiert auch dafür, zusätzlich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Tourismusbetriebe so schnell wie möglich zu impfen – das sei „ein großer Wettbewerbsvorteil“. Sowieso würden immer mehr Hoteliers klagen, dass die besten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter immer stärker in andere Branchen abwandern. Je länger die Krise dauere, desto schlimmer werde das. Die Möglichkeit, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Kurzarbeit zu schicken und damit für die Betriebe zu halten, sei hier ein wesentlicher Anreizpunkt. „Die Kurzarbeit rettet Arbeitsplätze und damit Hunderttausende Existenzen. Allein im Tourismus sind 130.000 Menschen in Kurzarbeit.“

**Nicht nur die Branche selbst, auch die Gemeinden sind betroffen.** Der Wegfall des Tourismus und der Gastronomie hat die Gemeinden ebenfalls schwer getroffen. Nicht nur die Nächtigungszahlen, auch die Kommunalsteuer ist eingebrochen. Betroffen davon ist die ganze Wertschöpfungskette hinter dem Tourismus: die vielen Tausenden Klein- und Mittelbetriebe, die lokale Nahrungsmittelerzeugung und vieles mehr. Die große Frage ist, ob den Gemeinden dieses Minus irgendwie ausgeglichen werden kann.

„Wir haben mittlerweile das zweite Investitionspaket auf den Weg geschickt, das ist ja noch mal aufgestockt worden. Mit beiden Paketen haben die Gemeinden in Summe zweieinhalb Milliarden Euro zur Verfügung, die sie abrufen können. Auch der Strukturfonds, der kleinen Gemeinden mit geringer Finanzkraft zur Ver-



„Die Kurzarbeit rettet Arbeitsplätze und damit Hunderttausende Existenzen. **Allein im Tourismus sind 130.000 Menschen in Kurzarbeit.**“

fügung steht, ist mit 100 Millionen gefüllt. Das sind aber meistens nicht die großen Tourismusgemeinden“, wie die Ministerin auch einräumt. Das ist auch ein klares Bekenntnis zu den Gemeinden. Die fehlenden Ertragsanteile werden damit ersetzt – gemeinsam mit dem Liquiditätszuschuss, der Teil des zweiten Gemeindepakets ist, seien das entscheidende Unterstützungsmaßnahmen. Zentraler Punkt sei aber, und das betont die Ministerin, so gut wie möglich aus der Krise herauszukommen, damit der Neustart des Tourismus Fahrt aufnehmen kann.

Dass die Gemeinden die Möglichkeit annehmen, mit Investitionen für die Wirtschaft Anreize zu setzen, ist aus den Rückmeldungen des ersten Gemeindepakets ersichtlich. 2481 Projekte aus den Gemeinden sind bislang genehmigt (Stand: 15. Jänner), 262 Millionen Euro sind ausbezahlt, rund 730 Millionen sind noch verfügbar, Förderungen können noch bis 31. Dezember 2021 beantragt werden. Die Rückmeldungen, so die Ministerin, seien sehr positiv, vor allem, weil es keine neuen Projekte sein müssen, sondern auch bestehende Projekte gefördert werden können, und weil nahezu alles möglich ist, vom Straßenerhalt bis hin zur Sanierung von Gebäuden oder der Anschaffung neuer Gerätschaften am Bauhof.

**Können sich Gemeinden breiter aufstellen?**

Und wenn ja, wie? Vor allem in Westösterreich gibt es viele Gemeinden, deren (nahezu) einziges wirtschaftliches Standbein der Tourismus ist.



Welche Chancen sieht die Ministerin für diese Gemeinden, sich breiter aufzustellen? Es gibt bereits jetzt viele Kooperationen mit der lokalen und regionalen Nahrungsmittelversorgung. Aber klar ist, dass der Tourismus einer der wesentlichen Wirtschaftsfaktoren im ländlichen Raum ist. Große Industriegebiete werden vielleicht in Einzelfällen eine Option sein, aber sehr viele Gemeinden im ländlichen Raum leben vom Tourismus.

Der Tourismus ist ja auch nicht nur das einzelne Hotel oder die einzelne Pension, es ist die riesige Wertschöpfungskette dahinter. Von den Gästen leben auch der Friseur im Ort, die Bäckerei, die Zulieferfirmen bis hin zu den Bauern, die Fleisch, Milch, Eier, Obst und vieles mehr liefern. Wenn man das alles zusammenrechnet, ist der Tourismus ein so wichtiger Strukturfaktor in unserem Land wie keine andere Branche. „Wir werden alles tun, um Österreich nach dieser Krise an alte Erfolge heranzuführen“, betont Köstinger.

#### **Viel hängt von den ausländischen Gästen ab.**

Die Krise trifft nicht nur Österreich. Solange sich praktisch ganz Europa im Lockdown befindet, wird sich nicht viel ändern. Abstimmungsgespräche vor allem mit deutschen und europäischen Stellen finden laufend statt, damit gemeinsam ein Weg aus der Krise gefunden wird. Allerdings ist die Situation in anderen Ländern, wo der Tourismus regional stark ist, etwas an-

**Elisabeth Köstinger  
im Gespräch mit  
KOMMUNAL.**

» Millionen Testungen wurden mithilfe der Gemeinden und ihrer Freiwilligen gemacht. **Ohne die Kommunen und das Ehrenamt könnten wir diese Krise nicht bewältigen.**«

ders. In Österreich macht der Tourismus 15 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung aus.

Vor allem die britische Mutation des Virus hat viel Unsicherheit in die künftigen Schritte gebracht. Aber nicht einmal Gesundheitsexperten können verlässlich abschätzen, wie sich die britische Variante B.1.1.7 entwickeln und welche Auswirkungen sie haben wird. Zumindest laut den Herstellern der zugelassenen Impfstoffe helfen diese aber auch gegen diese neue Variante des Virus. Allerdings ist auch eine weitere Mutation aufgetaucht, die vor allem in Brasilien und Japan grassiert. Über diese Mutation ist noch weniger bekannt.

Vor allem die Antigen-Tests können kurzfristig Erleichterung bringen, aber der große Durchbruch, der „Gamechanger“, wird die Impfung sein. Damit wird es schon im Sommer 2021 massive Erleichterungen geben, ist die Ministerin überzeugt. Vor allem die Option, bei wärmerem Wetter wieder mehr Aktivitäten im Freien abzuhalten, wird hier Entspannung bringen, wie schon der Sommer 2020 gezeigt hat. Das werde heuer ähnlich sein. „Wir haben schon im letzten Sommer gezeigt, dass man sicheren Tourismus gewährleisten kann, unter anderem auch mit großflächigen Testungen unter den Mitarbeitern.“

„An der Stelle auch ein großes Danke an die Gemeinden und die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die in den vergangenen Monaten sehr viel geleistet haben, nicht nur was den Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern »



## WAS UNS NICHT PASSIEREN DARF, IST, DASS AUFGRUND DER SCHWIERIGEN WIRTSCHAFTLICHEN SITUATION **EIN DUMPING-WETTBEWERB EINSETZT.**

**Elisabeth Köstinger,**  
Ministerin für Landwirtschaft und Tourismus



betrifft, sondern auch in Bezug auf die Organisation der Massentests und die Unterstützung und die Vorbereitung der Impfungen“, so Köstinger. „Millionen Testungen wurden mithilfe der Gemeinden und ihrer Freiwilligen gemacht. Ohne die Kommunen und das Ehrenamt könnten wir diese Krise nicht bewältigen.“

**Die Arbeitslosenzahlen sind besonders im Tourismus sehr hoch.** In vielen Gebieten Österreichs ist der Tourismus von Arbeitskräften aus dem Ausland abhängig. Wäre das nicht eine Chance für österreichische Arbeitsuchende? „Gerade die Frage der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hat uns im Tourismus schon vor der Pandemie stark beschäftigt, und das wird auch weiter so bleiben“, bekräftigt Köstinger. Hier sei die Kurzarbeit eines der wirksamsten Instrumente, um Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Im Sommer hatte Österreich in manchen Regionen sehr gute Auslastungen, vor allem im Osten und im Süden, hier war aber die Nachfrage nach Mitarbeitern riesig. „Aus der Kurzarbeit heraus kann man Mitarbeiter viel schneller wieder aktivieren, auch stufenweise – das ist gerade in dieser Branche extrem wichtig.“

Unwiderrspochen sei aber, so Köstinger, dass es in Zukunft sehr wichtig sein werde, die Jobs im Tourismus zu attraktivieren und mehr Bewusstsein für die schönen Berufe zu schaffen, in denen man den Servicegedanken und die Gastlichkeit, die Österreichs Tourismus ausmachen, umsetzen könne. „Jemand kann das schönste Hotel besitzen, mit den modernsten Zimmern und dem besten Wellness-Bereich – wenn er keine Mitarbeiter hat, die Gäste gerne bewirten, Herzlichkeit ausstrahlen und eine Leidenschaft für ihren Beruf haben, dann wird er nicht erfolgreich sein.“

**Was ist mit dem „kleinen“ Tourismus, dem „sanften“ Tourismus, wie es oft auch heißt?**

Oder anders gefragt: „Um welchen Gast wollen

wir uns bemühen?“ Könnte die Epidemie auch eine Chance für eine Abkehr vom Massentourismus und eine Hinwendung zu individuellen Formen des Tourismus sein? „Absolut“, so Köstinger, „wir müssen jetzt die Weichen für die Zukunft richtig stellen. Was uns nicht passieren darf, ist, dass aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Situation ein Dumping-Wettbewerb einsetzt, der dann zulasten der Qualität im Tourismus geht. Österreich als Tourismusland war und ist erfolgreich, weil wir mit Qualität punkten.“

Gerade wir in Österreich müssten uns jetzt auf unsere Stärken im Tourismus besinnen, wir müssten alles dafür tun, den Qualitätstourismus weiterzuentwickeln. „Jetzt ist die Frage: Um welchen Gast der Zukunft wollen wir uns bemühen? Wenn es rein nur die Masse ist, wird die Qualität massiv darunter leiden“, so Köstinger. Aktuell arbeitet ihr Ministerium gemeinsam mit der Österreich-Werbung und den Bundesländern ein Zukunftskonzept aus.

Was unser Bild nach außen betrifft, habe der österreichische Tourismus einen enorm guten Ruf, weil die Qualität so hoch ist. Und genau diese Qualität dürften wir nicht verspielen. Die österreichische Tourismus-Kombination aus Natur, Landwirtschaft, Regionalität biete im Gegensatz zu vielen Billig-Destinationen eine Chance, die Österreich weiter nutzen müsse. „Die Coronapandemie hat wahrscheinlich bei vielen Menschen die Überzeugung ausgelöst, dass man sich wieder auf die ursprünglichen Werte besinnen sollte“, so Köstinger. Das „Immer schneller, immer höher, immer mehr“, das in den letzten Jahrzehnten unser Leben bestimmt habe, sei abrupt durchbrochen worden. „Dieses Besinnen auf das Wesentliche, auf unsere Grundwerte, aber auch auf unseren Stolz auf das, was wir als Land sind, gibt uns eine gute Basis für die Zukunft“, ist Köstinger überzeugt. „Viele Menschen haben im letzten Sommer gesehen, wie wunderschön



**NEUSTART DES TOURISMUS****ES WIRD WIEDER SO,  
WIE ES WAR**

Neudeutsch nennt man es „good vibes“, also positive Energie, die der Söldener Ortschef Ernst Schöpf, zugleich Vorsitzender des Finanzausschusses des Österreichischen Gemeindebundes (Bild unten), im Gespräch verströmt.

Urlaub im eigenen Land ist, wie vielfältig und liebenswert Österreich und seine Naturlandschaften sind.“

Gerade da seien aber die Regionen gefragt. So könnte die Entscheidung, ob eine neue Skipiste durch den Wald gebaut wird, nur vor Ort oder in der Region getroffen werden. Diese Fragen müssten gemeinsam mit den Menschen vor Ort besprochen und entwickelt werden – im Einklang mit strengen Vorgaben des Naturschutzes. Das europäische LEADER-Programm verfolgt hier nach Ansicht Köstingers genau den richtigen Ansatz: „Hier wird gemeinsam in die Zukunft gedacht.“ Und das müsse nicht zentralistisch angegangen werden, sondern in der Region mit den Verantwortlichen und den Menschen gemeinsam.

**Die Krise hat immer wieder die Frage der Nahrungsmittelversorgung aufgeworfen**, vor allem dort, wo Österreich von Lieferungen aus dem Ausland abhängig ist. Hat sich durch die Krise diese Situation gebessert? Köstinger: „Das Bewusstsein für regionale Produktion ist stark gestiegen, auch der Zuwachs bei den Ab-Hof-Verkäufen oder auch bei der Direktvermarktung über das Internet war massiv. Das zeigt, dass die Bevölkerung in Österreich mehr Bewusstsein für die Landwirtschaft und die eigene Produktion von Nahrungsmitteln entwickelt hat. Wir haben versucht, dieses Momentum mit der Initiative [dasisstoesterreich.at](https://dasisstoesterreich.at) zu nutzen. Hier können Bauern, Wirte und Manufakturen, aber auch Bäcker und Fleischer, ihre Produkte auf einer Plattform anbieten.“

Auch der Breitbandausbau hat da sehr geholfen. Zu Beginn der Pandemie wurde mit [frischzumir.at](https://frischzumir.at) ein digitaler Bauernmarkt geschaffen, wo man bei den bäuerlichen Direktvermarktern direkt bestellen kann. Das ist oft in Stunden ausverkauft, auch daran lässt sich die Beliebtheit ablesen.“

Man hört zwar förmlich, wie er leidet, dass bei den sensationellen Schneeverhältnissen und dem herrlichen Wetter die Pisten praktisch verwaist sind, aber als Realpolitiker weiß er auch, dass daran derzeit nichts zu ändern ist und man den Blick vorwärtsrichten muss. Hilfreich ist dabei, dass der Frühling bald wieder vor der Tür steht und die Temperaturen steigen werden, und wenn gleichzeitig die Test-Strategie und das Impfen greifen, wird sich die Situation entspannen, ist Schöpf überzeugt.

Die finanziellen Verluste der Tourismusgemeinden sind allerdings riesig, allein für Sölden sind es im Jahr 2020 Einbußen von 550.000 Euro Getränkesteuerersatz und gut einer Million Euro Kommunalsteuer (minus 25 Prozent), die zu verkraften sind. Durch das „Nichtstattfinden“ der aktuellen Wintersaison ist die Wertschöpfungskette praktisch lahmgelegt. Den Handwerkern, kleinen Lebensmittelgeschäften und Händlern im Ort (und das ist nicht nur in Sölden so), die auch von den Gästen leben, sind die Einnahmen weggebrochen. Zudem ist die Bauwirtschaft – üblicherweise werden von den Hotels und Pensionen Zimmer auf Vordermann

gebracht und neu eingerichtet oder Anbauten durchgeführt, um den Gästen alles Mögliche an Annehmlichkeiten bieten zu können – derzeit auf Sparflamme. Die Investitionen sind spärlich. „Die Leute schauen eben, ob sich das heuer ausgeht“, so Schöpf. Und auch die Gemeinden müssten ob der Verluste sparen, könnten also auch nicht sehr viel ausrichten.

Voll des Lobes ist Schöpf aber über die beiden Gemeinde-Investitionsgesetze. Die erste Milliarde habe die Investitionen gesichert, die eineinhalb Milliarden heuer sichern die Liquidität, also die laufenden Ausgaben. Insofern sei das ein sehr gutes Verhandlungsergebnis gewesen.

Dass wir in Österreich an der Gesamtsituation wenig ändern können, solange praktisch ganz Europa im Lockdown ist, sei auch klar. Aber einem Neustart sieht er hoffnungsvoll entgegen, vor allem da die Stammgäste, mit denen man immer wieder in Kontakt sei, die Absicht deutlich gemacht hätten, jedenfalls wiederzukommen.

Er führt das vor allem darauf zurück, dass man sich in Österreich wohlfühle. Dieses Gefühl, dieses Image, müsse man pflegen, dann können wir möglichst bald zur Normalität zurückkehren. Dann werde es auch im Tourismus wieder so, wie es vor der Pandemie war.



ABFRAGEN VON GEMEINDEN AB SOFORT MÖGLICH

# NÄCHTIGUNGSDATEN DER BUCHUNGSPLATTFORMEN

Seit 4. Februar 2021 können Gemeinden als Abgabenbehörden erstmals die von Buchungsplattformen an den Bund gelieferten Nächtigungsdaten über FinanzOnline abfragen.

TEXT // KONRAD GSCHWANDTNER

Mit 1.1.2020 hat der Bundesgesetzgeber umsatzsteuerliche Aufzeichnungs- und Übermittlungspflichten für Betreiber von elektronischen Plattformen (z. B. Airbnb) eingeführt, die Lieferungen oder sonstige Leistungen nach Österreich unterstützen, da diese ja nicht selbst Steuerschuldner sind, sondern sozusagen nur Umsätze vermitteln. Die Aufzeichnungspflicht (zehn Jahre) betrifft alle Plattformen. Die Übermittlungspflicht (§ 18 Abs. 12 Umsatzsteuergesetz) betrifft jene Plattformen, deren vermittelte Umsätze in Österreich über 1 Million Euro pro Jahr betragen; die Aufzeichnungen sind automatisiert bis zum 31.1. des Folgejahres an die Abgabenbehörden des Bundes zu übermitteln. Damit sollten die heimischen Umsatzdaten aller großen und ganz großen Plattformen berücksichtigt sein.

## BAO ermöglicht die Daten-Übermittlung.

Gemeinsam mit der Aufzeichnungs- und Übermittlungspflicht wurde im Herbst 2019 mit § 48b Abs. 2a Bundesabgabenordnung auch die Rechtsgrundlage dafür geschaffen, dass die Abgabenbehörden des Bundes den Abgabenbehörden der Länder und Gemeinden, die mit der Erhebung von Abgaben auf die Nächtigung (z.B. Ortstaxen) betraut sind, diese Daten der Buchungsplattformen auf Antrag übermitteln dürfen. Und dieser Antrag ist ab 4. Februar 2021

„Anträge auf Übermittlung der Nächtigungsdaten der Buchungsplattformen sind **via FinanzOnline seit 4. Februar 2021 möglich.**“

möglich. Weder für den Antrag noch für die Datenübermittlung (beides via FinanzOnline) werden den Gemeinden von Bundeseite Kosten verrechnet.

**Um welche Daten handelt es sich?** Gemeinden als Abgabenbehörden, die dieses Service der Bundesfinanzverwaltung zur Überprüfung bzw. Plausibilisierung hinsichtlich von Abgaben auf Nächtigung nutzen wollen, können hinsichtlich Beherbergung und Vermietung zu Wohnzwecken jedenfalls folgende Daten abfragen:

- Name, Steuernummer und Anschrift des Vermieters
- Postadresse des Grundstücks
- Aufenthalts- bzw. Mietdauer (da es sich bei den Daten um Monatsdaten handelt, sind Nächtigungen an der Monatsgrenze aliquot aufgeteilt oder jenem Monat zugerechnet, in dem die erste Nächtigung erfolgt ist)
- Anzahl der Personen (Endverbraucher), die übernachten (falls nicht erhältlich: Anzahl und Art der gebuchten Betten, sodass etwa aufgrund einer dreitägigen Buchung einer Wohnung, die laut Vermieter für vier Personen geeignet ist, auf zwölf Nächtigungen geschlossen werden kann)

**Wie erfolgt der Antrag?** Gemäß der Verordnung über die elektronische Übermittlung von Aufzeichnungen gemäß § 18 Abs. 12 UStG (BGBl. II

Nr. 377/2019) ist der Antrag im Rahmen der Anwendung FinanzOnline zu stellen und beinhaltet im Wesentlichen drei Schritte:

- 1) Angabe des Kalenderjahrs, für das die Daten angefordert werden, was nun erstmals für 2020 möglich ist
- 2) Eingabe der Bezeichnung der jeweiligen Gemeindeabgabe
- 3) Bestätigung durch die Gemeinde als Abgabenbehörde, dass die zu übermittelnden Daten für Zwecke der Abgabenerhebung – in der Praxis werden dies Kontrollzwecke sein – erforderlich sind. Dadurch übernimmt die Gemeinde auch die datenschutzrechtliche Verantwortung für die abgefragten Daten.

**Wie erfolgt die Übermittlung?** Da die Übermittlung der angeforderten Daten nur in maschinenlesbarer Form erfolgt, wurden in den Entwicklungsprozess dieser Abfrage von Umsatzsteuer-Daten der Buchungsplattformen auch die EDV-Anbieter der Gemeinden eingebunden. Der Ablauf dürfte insgesamt ähnlich jenem des Abrufens der Kommunalsteuer-Daten erfolgen.

Hervorzuheben ist aber beispielsweise, dass FinanzOnline diese Daten nur für die jeweilige Buchungsplattform hinsichtlich ihrer vermittelten Umsätze im Gemeindegebiet liefert und nicht eine gesamte, konsolidierte Fassung aller Nichtigungsdaten aller Buchungsplattformen in der Gemeinde.

Weiters ist anzuführen, dass bei der Abfrage einer Gemeinde ein Zeitstempel verwendet wird, sodass sich die nächste Abfrage nur auf die Zeit danach beziehen kann (einmalige Abfrage desselben Zeitraums). Dies ist auch insofern von Bedeutung, da es den Buchungsplattformen möglich ist, nachträglich Änderungen bei den gemeldeten Daten vorzunehmen. Diesfalls wird die Gemeinde via FinanzOnline informiert und müsste allenfalls dann diese Änderungen in ihren bereits abgefragten Daten mitberücksichtigen.

Weiterführende Informationen waren zu Redaktionsschluss dieses Beitrags noch nicht bekannt, dürften aber ab dem 4. Februar 2021 auf FinanzOnline verfügbar sein. ❁

## AUSBLICK

# SO WIRD 2021

Zukunftsforscher und Kolumnist Daniel Dettling (Bild) wirft auf [gemeindebund.gv.at](http://gemeindebund.gv.at) für Deutschland einen Blick auf das Jahr 2021: Die Pandemie war die Krise der großen Städte und Ballungsgebiete, die anfälliger und nervöser sind als der ländliche Raum.

Auf dem Dorf oder in der Kleinstadt ist das soziale Abstandhalten leichter als in der Großstadt. Nachbarschaftshilfen, die sich in den großen Städten über technische Infrastrukturen bilden müssen, sind auf dem Land gelebter Alltag. Landluft macht virenfreier. Die Corona-Krise wurde zum Treiber einer neuen Stadtfucht – und eines lokalen Versorgungspatriotismus, auf den schon vor der Krise immer mehr Regionen setzten.

Die Krise führte auch zu einem Comeback klassischer Führungs- und Staatspolitik. Die Maßnahmen im Kampf gegen das Virus fanden bei den Bürgern große Zustimmung, noch nie waren die Deutschen mit ihrer Regierung so zufrieden. Je kleiner die Stadt, desto größer war das Vertrauen der Bürger in das Rathaus. Plötzlich war sogar die „digitale Amtsstube“ möglich. Es entstand ein „inklusive Lokalismus“. Überall dort, wo zuvor technologischer Fortschritt und Globalisierung Regionen und Kommunen gefährdet hatten und abgehängte Regionen zum Nährboden für Populismus und Extremismus geworden waren, fand nun eine Verschiebung von Kompetenzen und Ressourcen in Richtung Städte und Gemeinden statt.

Internationale Studien zeigen: Kreative Kommunen, die auf Beteiligung, Lebensqualität und Offenheit nach außen setzen, haben glücklichere Bürger, sind wirtschaftlich erfolgreicher und sozial innovativer. Die Zukunft der kommunalen Daseinsvorsorge und Demokratie wird vor allem von drei langfristigen Trends definiert: Demografie, Ökonomie und Technologie.

**Bürgermeister sind die Politiker der Stunde.** „Wenn Bürgermeister die Welt regierten, wären viele globale Probleme längst gelöst“, schrieb der vor zwei Jahren verstorbene US-amerikanische Professor für Zivilgesellschaft Benjamin Barber in seinem letzten Bestseller. Auf das Jahr 2020 rückblickend werden wir eines Tages feststellen, dass nicht nur der medizinische, sondern vor allem auch der soziale Fortschritt das Virus besiegt hat: Entscheidend war die humane, soziale Intelligenz – unser gesunder Menschenverstand.

Zur demokratischen Aufgabe nach Corona wird die Frage, wie die Welt krisenresistenter und damit zukunftsfähiger werden kann. Die Antwort auf diese neue globale Frage ist auch eine lokale.



**TELEKOM-GESETZ**

Diese Novelle verträgt  
„Ergänzungen“  
Seite 24

**FINANZEN**

1,5 Milliarden Euro für  
Planungssicherheit  
Seite 26

**BREITBANDATLAS**

Neue Übersicht im  
„Fleckerlteppich“  
Seite 29

# IMPFFEN GEGEN CORONA – DER WEG AUS DER KRISE

Die Corona-Pandemie als größte Gesundheitskrise seit 100 Jahren hat Österreich und seine Menschen seit bald einem Jahr fest im Griff. Bis in den Herbst hinein haben wir die Corona-Krise alles in allem recht gut gemeistert. Und dann hat das Virus begonnen zu mutieren. Zuerst in Großbritannien, dann in Südafrika und jetzt offenbar in Brasilien. Mittlerweile kristallisiert sich heraus, dass an den Impfungen kein Weg vorbeiführt.

**TEXT** // ANDREAS STEINER

Im Herbst 2020 haben dann steigende Fallzahlen rasch einen zweiten und nach dem 26. Dezember eine dritten harten Lockdown gebracht. Die Gastronomie war sogar durchgehend seit 2. November geschlossen. Im Herbst und Winter hat sich auch die Lage in den Pflegeheimen und Spitälern verschärft und zu steigenden Todeszahlen geführt. Der Blick in die traurige Statistik bestätigt deutlich eine gestiegene Übersterblichkeit im Jahr 2020. Daten der Statistik Austria zeigen schwarz auf weiß, dass im gesamten Vorjahr etwa zehn Prozent mehr Menschen gestorben sind als im Durchschnitt der vergangenen Jahre. Insgesamt waren es mehr als 90.000 Sterbefälle. Darüber hinaus zeigen die Zahlen auch, dass erstmals seit 70 Jahren die Lebenserwartung gesunken ist, und zwar um ein halbes Jahr. Bis Redaktionsschluss dieser Ausgabe (21. Jänner 2021) waren in unserem Land alles in allem fast 400.000 Menschen an Covid-19 erkrankt und 7200 daran verstorben. Die Entwicklung der Ansteckungszahlen und die Sorgen rund um die Mutationen des Virus haben auch dazu geführt, dass der Lockdown über den eigentlich geplanten 25. Jänner hinaus neuerlich verlängert und in einzelnen Bereichen (FFP2-Maske usw.) auch verschärft wurde.

Die Corona-Pandemie hat die ganze Welt zwar weiter fest im Griff, aber seit einigen Wochen gibt es mit der Zulassung der ersten Impfstoffe neue Hoffnung auf ein rasches Ende. Monatelang hat die ganze Welt die rasche Entwicklung und Zulassung eines wirksamen Impfstoffs herbeigesehnt. Um den Jahreswechsel wurden dann schließlich die ersten beiden Impfstoffe in der Europäischen Union zugelassen: die Vakzine (Impfstoffe) von BioNTech/Pfizer und Moderna. Die vielversprechende Impfung von AstraZeneca befand sich zu Redaktionsschluss noch in der Zulassungsphase.

Seit 27. Dezember wird nun in Österreich geimpft. Der frühe Impfstart gab vielen Menschen Hoffnung, rasch wieder in ihr altes Leben zurückkehren zu können. Doch bis die Impfung auch eine kritische Masse erreicht und die Pandemie beendet ist, könnte noch etwas Zeit vergehen.

**Der Bund hat dabei eine klare Impfstrategie vorgegeben**, wobei als Erstes vor allem die Bewohner und Mitarbeiter der Pflegeheime, Personen im Gesundheitsbereich und ers-





te Hochrisikogruppen drankommen. In der zweiten Phase folgen dann ältere Menschen, Personen mit Vorerkrankungen und Beschäftigte in der kritischen Infrastruktur, zu denen auch Lehrer und Kindergartenpädagogen zählen. Die Impfstrategie ist bundesweit einheitlich und läuft grundsätzlich in drei Phasen ab. Der Großteil der Bevölkerung wird jedenfalls im zweiten Quartal geimpft werden können. Schon seit November gab es regelmäßige Abstimmungen des Gesundheitsministeriums mit den Impfkoordinatoren der Bundesländer.

Allgemeines „Impf-Ziel“ der Bundesregierung ist die von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) empfohlene Durchimpfungsrate von 60 bis 70 Prozent. Ein Ziel, das noch vor einigen Wochen fast unerreichbar schien, was auch einzelne Politiker zu einer Debatte über eine mögliche Impfpflicht verleitete. Eine OGM-Umfrage hat noch vor Weihnachten 2020 erhoben, dass etwas mehr als 50 Prozent der Menschen bereit sind, sich impfen zu lassen. Die Berichterstattung über die Mutation des Virus hat innerhalb kurzer Zeit zu einem Anstieg der Impfbereitschaft geführt. Laut Umfrage des OGM für den „Kurier“ wollten sich Mitte Jänner bereits zwei Drittel der Österreicherinnen und Österreicher impfen lassen. Die Umfrage zeigte auch, dass

**Allgemeines „Impf-Ziel“ der Bundesregierung ist die von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) empfohlene Durchimpfungsrate von 60 bis 70 Prozent.**

sich mehr als 80 Prozent der Menschen an die Lockdown-Regeln halten. Die steigende Bereitschaft, sich impfen zu lassen, ist ermutigend und ein wichtiges Signal, gerade im sorgenvollen Blick auf die zunehmenden Anti-Corona-Demos. Dieses Impf-Momentum gilt es zu nutzen. Dafür braucht es klare Regeln und eine direkte Kommunikation mit den Bürgern.

Bei allen Impfplänen muss man bei der Verteilung der Impfdosen aktuell noch die beschränkte Verfügbarkeit von Impfungen berücksichtigen. Die wöchentlich gelieferten Impfdosen müssen auf die Bundesländer aufgeteilt werden, wobei auch die herausfordernden Lager- und Transportbedingungen der Impfstoffe berücksichtigt werden müssen (Stichwort: -70 Grad Celsius). Weiters muss mitgeplant werden, dass auch eine zweite Teilimpfung durchgeführt werden muss. Noch im ersten Quartal erwartet Österreich von BioNTech/Pfizer 937.950 und von Moderna 200.000 Impfdosen. Abhängig von der Zulassung von AstraZeneca kann sich die Verfügbarkeit von Impfstoffen im



**ANDREAS STEINER**, BA MA, IST PRESSESPRECHER DES ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUNDES



**DIE STEIGENDE BEREITSCHAFT, SICH IMPFEN ZU LASSEN, IST ERMUTIGEND UND EIN WICHTIGES SIGNAL, GERADE IM SORGENVOLLEN BLICK AUF DIE ZUNEHMENDEN ANTI-CORONA-DEMOS.“**

ersten Quartal um circa zwei Millionen Impfdosen erhöhen.

**Nach den ersten Impfungen in einzelnen Pflegeeinrichtungen** haben – nach dem Bundeskanzler – die Landeshauptleute die Verteilung der Impfungen als zu bürokratisch kritisiert und verlangt, dass die Länder die Organisation der Impfungen in die Hand nehmen. Den Bundesländern ging es dabei vor allem um eine Effizienzsteigerung bei der Verteilung der Impfstoffe. Schließlich haben sich Bund und Länder darauf geeinigt, dass die Bundesländer die Bestellvorgänge der einzelnen Einrichtungen und Teststationen direkt koordinieren, damit die Landeskoordinatoren einen Überblick über den aktuellen Stand der Impfungen haben. Vereinbartes Ziel war von Beginn an die rasche Verimpfung aller verfügbaren Impfdosen. Um die Impfstrategie des Bundes nun auch rasch und flächendeckend umzusetzen, brauchte es einen Schulterschluss auf allen Ebenen. Deswegen hat auch der Gemeindebund gemeinsam mit seinen Landesverbänden im Zuge der Landeshauptleute-Konferenz Anfang Jänner dem Bundeskanzler und den Landeshauptleuten beim Thema Impfen die rasche und unbürokratische Unterstützung der Gemeinden zugesichert. Im Fokus steht dabei

die direkte Information der Bevölkerung über die Impfmöglichkeiten.

In Abstimmung mit den Verantwortlichen der Bundesländer informieren die Gemeinden die jeweiligen Zielgruppen zum aktuellen Stand der Impfung und über die Anmelde- und Registrierungsmöglichkeiten. In einem ersten Schritt wurde dazu die Zielgruppe der über 80-Jährigen direkt informiert. Parallel dazu haben die Bundesländer auch Anmeldeportale für die Schutzimpfung eingerichtet. Das Interesse war hierbei von Anfang an groß. In Niederösterreich und Wien wurde die Voranmeldung zur Impfung am 18. Jänner freigeschaltet und innerhalb von zwei Tagen haben sich allein in diesen beiden Bundesländern mehr als 480.000 Menschen vorregistriert. In den anderen Bundesländern scheint es sich ähnlich zu entwickeln. Bund und Länder haben nun also kein Problem, genügend Impfwillige zu finden, aber der Impfstoff muss den Weg zuerst zu denen finden, die die Impfung am dringendsten brauchen, und das sind Bewohner und Bedienstete in den Pflegeheimen, das Gesundheitspersonal, über 80-Jährige, Risikogruppen und Beschäftigte in der kritischen Infrastruktur und in den Bildungseinrichtungen. Bei all diesen Fragen ist bei den Impfungen vor Ort größtmögliche Sensibilität gefragt. ●

## TELEKOMMUNIKATIONSGESETZ

NOVELLE VERTRÄGT  
„ERGÄNZUNGEN“

„Was lange währt, wird endlich gut.“ Trifft das Zitat des römischen Epikers Ovid\* auch auf die Novelle des Telekommunikationsgesetzes zu, die – angekündigt für nach dem Sommer 2020 – letztlich kurz vor dem Jahreswechsel in Begutachtung geschickt wurde? Um das zu beurteilen, muss man etwas weiter ausholen.

FOTO // ©Jörg Lantelme - stock.adobe.com/

TEXT // KRISTINA MANDL

Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger will die Novelle des Telekommunikationsgesetzes (TKG) bis zum Sommer 2021 umsetzen. Gemäß der Vorgabe der Europäischen Union hätte dies schon bis zum 21. Dezember 2020 erfolgen sollen. Ein EU-Vertragsverletzungsverfahren erwartet Köstinger dennoch nicht, da die intensive Abstimmung mit Ministerien, Ländern und Interessenvertretungen pandemiebedingt nur erschwert und mit Verzögerung möglich war. Das habe dazu führte, dass auch andere Mitgliedsstaaten, wie beispielsweise Deutschland, es erst kurz vor Weihnachten geschafft hätten, die Novelle in Begutachtung zu schicken, so Köstinger.

**Ziele der TKG-Novelle.** Hehre Ziele werden mit der TKG-Novelle verfolgt, darunter fallen etwa die Verbesserung des Konsumentenschutzes im Bereich der Telekommunikation, die Optimierung des Frequenzvergabeverfahrens, die Schaffung von Anreizen zur Investition in die Telekommunikationsinfrastruktur und die Schaffung eines öffentlichen Warnsystems. An diesen Zielen ist nichts auszusetzen. Ob sie allerdings ausreichen, um Österreich im internationalen

„Glasfaser und 5G sind als Elemente der Daseinsvorsorge unserer Zeit zu verstehen und ihr **Ausbau sollte daher nicht von Fragen der Gewinnorientierung abhängig sein!**“



MAG. KRISTINA MANDL IST FACHREFERENTIN IN DER ABTEILUNG RECHT UND INTERNATIONALES DES ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUNDES

Vergleich im Bereich der Digitalisierung besser dastehen zu lassen, sei dahingestellt. Aus der Sicht des Gemeindebundes lässt der vorliegende Entwurf der TKG-Novelle einige notwendige Änderungen und Ergänzungen vermissen.

**Schnelles Internet als Daseinsvorsorge.** Im ersten Abschnitt der Novelle kommt mehrmals das Wort „Wettbewerb“ vor. Dies ist prinzipiell zu begrüßen, allerdings wäre es notwendig, den Wettbewerb nur über die Dienste und nicht über die Infrastruktur laufen zu lassen. Es bedarf vielmehr einer Open-Access-Infrastruktur, die von allen genutzt werden kann (ähnlich wie dies bei Strom- oder Bahnnetzen der Fall ist) – eine Mehrfachverbauung bzw. Überbauung muss unbedingt vermieden werden. Der Österreichische Gemeindebund hat in der Vergangenheit schon mehrmals darauf hingewiesen, dass Glasfaser und 5G als Elemente der Daseinsvorsorge unserer Zeit zu verstehen sind und ihr Ausbau daher nicht von Fragen der Gewinnorientierung abhängen sollte, ähnlich wie es in den Bereichen Abfall-, Kanal-, Wasser- und Stromwirtschaft der Fall ist. Jede andere Herangehensweise würde zu einem gravierenden Gefälle zwischen städtischen Zentren und ländlichen Räumen

\* Publius Ovidius Naso (deutsch Ovid, geboren 43 v. Chr.; gestorben vermutlich 17 n. Chr.) war ein antiker römischer Dichter. Er zählt in der römischen Literaturgeschichte neben Horaz und Vergil zu den drei großen Poeten der klassischen Epoche.





**Aus der Sicht des Gemeindebundes lässt der vorliegende Entwurf der TKG-Novelle einige notwendige Änderungen und Ergänzungen vermissen.**

führen. Das wäre ein Bruch mit der heimischen Tradition. Für den ländlichen Raum sind Glasfaser und 5G wichtige Zukunfts- und Standortfaktoren. Die Pandemie-Krise führt uns die Wichtigkeit von schnellen Internetverbindungen deutlicher vor Augen als jede Phase vorher. Homeoffice, Distance-Learning, Lieferservices, Click & Collect, E-Rezept usw. sind nur einige Schlagworte dazu. In diesem Bereich gibt es noch viel zu tun: Laut den letzten verfügbaren Daten vom April 2020 ist Österreich europäisches Schlusslicht beim Glasfaserausbau.

Interessant ist die Begriffsbestimmung des § 4 Z. 62, der als „Hochgeschwindigkeitsnetz für die elektronische Kommunikation“ ein „Kommunikationsnetz, das die Möglichkeit bietet, Breitbandzugangsdienste mit Geschwindigkeiten von mindestens 30 Mbit/s in Downstreamrichtung bereitzustellen“ definiert. Diese Definition muss schon heute als überholt verstanden werden. In Haushalten, in denen sich mehrere Personen im Homeoffice bzw. Distance-Learning befinden, sollte eine Bandbreite von 100 Mbit/s gegeben sein.

**Öffentliches vs. privates Eigentum.** Die §§ 52 bis 54 regeln die Leitungsrechte an privatem Grundeigentum, an öffentlichem Eigentum und an öffentlichem Gut. Dem Bereitsteller eines öffentlichen Kommunikationsnetzes wird darin die Berechtigung erteilt, unter bestimmten Vo-

» Die Pandemie-Krise führt uns die Wichtigkeit von schnellen Internetverbindungen **deutlicher vor Augen als jede Phase vorher.**«

oraussetzungen Leitungsrechte einerseits „an in privatem Eigentum stehenden Liegenschaften in Anspruch zu nehmen“ und andererseits „an in öffentlichem Eigentum stehenden Liegenschaften und Objekten in Anspruch zu nehmen“. Eine Ungleichbehandlung von öffentlichem und privatem Eigentum ist sehr zu hinterfragen. Außerdem stellt sich die Frage, wie mit kritischen Gebäuden wie Schulen, Kindergärten und Krankenhäusern umzugehen ist und was im Falle eines Verkaufs eines öffentlichen Objekts an einen Privateigentümer passieren würde.

**Positive Aspekte der Novelle.** Einige Änderungen sind positiv zu bewerten, wie der § 15 Abs. 3, in dem an die Vergabeentscheidung auch ein Versorgungsauftrag geknüpft ist, oder die §§ 16 und 26, die der Regulierungsbehörde die Möglichkeit einräumen, jenen Unternehmen, die den Zuschlag zur Frequenzzuteilung bekommen, gewisse Verpflichtungen aufzuerlegen – etwa solche, die „zur Einhaltung einschlägiger internationaler Vereinbarungen über die Nutzung von Frequenzen erforderlich sind“, oder auch „in Bezug auf die gemeinsame Nutzung von passiven Infrastrukturen oder (...) über den Abschluss nationaler Roamingzugangsvereinbarungen“. Aus Sicht des Gemeindebundes wäre es allerdings wünschenswert, wenn die Kann-Bestimmungen in Muss-Bestimmungen umgewandelt würden.

**Ammon statt Ovid.** Deshalb werden wir es mit dem Entwurf der TKG-Novelle wohl weniger mit dem eingangs erwähnten Ovid halten, sondern mit Fred Ammon\*\*, der meinte: „Beklage nicht, was du ändern kannst!“ Die uns eingeräumte Möglichkeit zur Stellungnahme im Gesetzgebungsverfahren nützen wir, um auf die aus unserer Sicht notwendigen Änderungen und Ergänzungen hinzuweisen. Wenn es die Bundesebene ernst meint mit den selbst gesteckten Zielen – flächendeckender Breitbandausbau, Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen in Stadt und Land und eine Vorreiterrolle in Europa –, sind Änderungen im Entwurf erforderlich. Ansonsten kann man jetzt schon vorhersagen, dass diese Ziele nicht erreicht werden. ☹

\*\* Fred Ammon (geboren 1930 in Elbing an der Ostsee zwischen Danzig und Königsberg) ist ein bekannter deutscher Aphoristiker.

## ERTRAGSANTEILE: PLANUNGSSICHERHEIT BIS 2026

# DIE DETAILS ZUM GEMEINDEPAKET 2021

Am 20. Jänner 2021 wurde das zweite Gemeindepaket des Bundes mit einem Volumen von 1,5 Milliarden Euro im Nationalrat beschlossen. Hier die Details zur Umsetzung.

Der Einbruch der Gemeindeertragsanteile betrug im Jahr 2020 österreichweit fast neun Prozent. Für 2021 wurde im Rahmen der schon überholten Prognosen zum Bundesvoranschlag ein Minus von mindestens drei Prozent gegenüber dem ohnedies historisch schlechten Vergleichsjahr 2020 erwartet. Aus dem Vortrag an den Ministerrat vom 13. Jänner 2021 ist zu entnehmen, dass die Möglichkeiten der Gemeinden, sich durch Darlehensaufnahmen zu verschulden, auch aufgrund landesgesetzlicher Regulatorien im Vergleich zu Bund und Ländern begrenzt sind und sich die derzeit geringen Abgabenerträge ganz besonders negativ auf die Liquidität der Gemeinden auswirken. Der Bund nimmt somit 2021 – wie es heißt zur Stärkung der Liquidität und der Investitionskraft der Gemeinden – 1,5 Milliarden Euro in die Hand.

Wie bereits in Grundzügen in der vergangenen Ausgabe von KOMMUNAL berichtet, setzt sich dieses Gemeindepaket 2021 aus 500 Millionen Euro an frischen Mitteln und einer Milliarde Euro an sozusagen Vorfinanzierung von Ertragsanteilen zur Liquiditätsstärkung zusammen. Das Paket gliedert sich grundsätzlich in drei Teile:

- Erstens die Sonder-Vorschüsse auf die Gemeindeertragsanteile in Höhe von rund einer Milliarde Euro im Jahr 2021, deren Rückzahlung frühestens ab dem Finanzausgleichsjahr 2023 erfolgt.
- Zweitens die Aufstockung der Gemeindeertragsanteile um 400 Millionen Euro bei der Zwischenabrechnung 2021 im Rahmen der März-Vorschüsse.
- Und drittens die Aufstockung des Strukturfonds im Jahr 2021 um 100 Millionen Euro.

**Wie erfolgt die Umsetzung im Jahr 2021?** Kurz gesagt werden 2021 die rund 1,4 Milliarden Euro aus den obigen Punkten 1 und 2 den Gemeindeertragsanteilen bei den monatsweisen Vorschüssen zugeschlagen – und zwar in vier Tranchen: im März, Juni, September und Dezember. Im März 2021 werden die Vorschüsse im Vergleich zum Vorjahresmonat somit nach langer Zeit erstmals wieder im Plus liegen. Im Ergebnis werden die Gemeindeertragsanteile 2021 nicht um mindestens drei Prozent gegenüber 2020 sinken, sondern österreichweit gesehen um gesetzlich garantierte 12,5 Prozent steigen. Wie erwähnt soll dies sowohl bei der Liquidität und der Rückzahlung der Kassenkredite aus dem Vorjahr als auch bei der Investitionstätigkeit (Stichwort: Kommunalinvestitionsgesetz 2020) helfen.

Die verbleibenden 100 Millionen des Pakets kommen ebenfalls 2021 zur Auszahlung. Diese zusätzlichen Bundesmittel werden über den Strukturfonds ausgeschüttet – und zwar in zwei Tranchen zu jeweils 50 Millionen Euro: Die erste Tranche wird am 5. April nach den Kriterien der Finanzausgleichsjahres 2020 ausbezahlt (Gemeinden die 2020 Strukturfondsmittel erhalten haben, können somit damit rechnen, Anfang April 83,3 Prozent des 2020er-Betrags zu erhalten). Die zweite Tranche wird gemeinsam mit den 2021er-Strukturfondsmitteln am 3. Juli erfolgen. Somit kommen Anfang Juli neben den jährlichen 60 Millionen weitere 50 Millionen Euro nach den Kriterien für das Finanzausgleichsjahr 2021 (Einwohnerentwicklung 2015

» Im Ergebnis werden die Gemeindeertragsanteile 2021 österreichweit um **gesetzlich garantierte 12,5 Prozent steigen.**«



KONRAD GSCHWANDTNER IST FACHREFERENT DER ABTEILUNG RECHT UND INTERNATIONALES BEIM ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUND

**LÄNDERWEISE ANTEILE AM GEMEINDEPAKET 2021** (in Mio. EUR)

	FRISCHE MITTEL DES BUNDES			
	SONDER- VORSCHÜSSE (RÜCKZAHLBAR 2023–2026)	ZWISCHEN- ABRECHNUNG	STRUKTUR- FONDS	SUMME GEMEINDE- PAKET
Bgld.	25,7	10,3	10,4	<b>46,4</b>
Ktn.	60,9	24,4	14,0	<b>99,4</b>
NÖ	164,2	65,7	30,0	<b>259,9</b>
OÖ	159,6	63,8	12,8	<b>236,3</b>
Sbg.	67,1	26,8	2,1	<b>96,0</b>
Stmk.	125,4	50,2	26,1	<b>201,7</b>
Tirol	85,3	34,1	3,6	<b>123,0</b>
Vbg.	46,3	18,5	0,9	<b>65,6</b>
Wien	265,5	106,1	0,0	<b>371,6</b>
<b>GESAMT</b>	<b>1.000,0</b>	<b>400,0</b>	<b>100,0</b>	<b>1.500,0</b>

bis 2019, Finanzkraft 2019 etc.) zur Auszahlung an die Gemeinden. Die beigefügte Tabelle zeigt die länderweise Verteilung der Mittel aus dem Gemeindepaket 2021.

**Garantiertes jährliches Wachstum der Gemeindeertragsanteile bis 2026.** Die Regierungsvorlage zur Umsetzung des Gemeindepakets II sieht für den Finanzausgleich ein Novum vor. Der Bundesgesetzgeber wird für die Jahre 2021 bis 2026 trotz der weiterhin bestehenden großen Unsicherheiten bei den Erwartungen zu Konjunktur und Abgabeneinnahmen den Kommunen ein jährliches Wachstum der österreichweiten Gemeindeertragsanteile garantieren – und zwar in Höhe von +12,5 Prozent (2021), +1,0 Prozent (2022), +1,5 Prozent (2023) und +2,0 Prozent (2024 bis 2026), jeweils im Vergleich zum Vorjahr.

Das Ergebnis dieser Garantie ist aus dem nachstehenden Diagramm ersichtlich: Ohne das aktuelle Paket würden die Gemeindeertragsanteile 2021 um mindestens weitere drei Prozent sinken, angesichts der Lockdown-Verlängerung (Stichwort: britische Mutation) wohl eher um

fünf Prozent gegenüber 2020. Stattdessen werden nun die Ertragsanteile der Gemeinden 2021 um 12,5 Prozent steigen. Auch 2022 werden die Ertragsanteile deutlich höher ausfallen als ohne das Gemeindepaket. Ab dem Jahr 2023 beginnt dann die Rückzahlungsphase, die (wenn die Konjunktur wieder einigermaßen angesprungen ist) bis 2026 abgeschlossen sein dürfte. Dem entsprechend liegt das jährliche Ertragsanteils-wachstum in den drei Jahren 2024–2026 bei fixen plus zwei Prozent und nicht etwas darüber.

Für die Gemeinden ist kein Handlungsbedarf gegeben – auch nicht buchhalterisch. Die Mittel dieses Gemeindepakets werden automatisch über die Vorschüsse (März/Juni/September/Dezember) angewiesen, und auch die zweimal 50 Millionen Euro an zusätzlichen Finanzzuweisungen aus dem Strukturfonds kommen automatisch bis zum 5. April und bis zum 3. Juli 2021 zur Auszahlung. Dieses zweite Gemeindepaket bringt somit bereits ab März eine deutliche finanzielle Verbesserung bei den Ertragsanteilen und Planungssicherheit für die nächsten sechs Jahre durch die vom Bund garantierten jährlichen Zuwächse. ●

**ENTWICKLUNG DER GEMEINDEERTRAGSANTEILE** (mit Wien, in Mio. EUR)

DATENQUELLE: BMF IV/3

Im März 2021 werden die Vorschüsse im Vergleich zum Vorjahresmonat nach langer Zeit wieder im Plus liegen.

GEMEINDEPAKET II

# 1,5 MILLIARDEN EURO FÜR ÖSTERREICHS GEMEINDEN

Das zweite Rettungspaket des Bundes bringt den Gemeinden 1,5 Milliarden Euro schnelle Hilfe. Gemeinsam mit dem Hilfspaket 2020 erhalten Kommunen vom Bund rund 280 Euro pro Einwohner.

Das neue Paket schafft Planungssicherheit für alle Gemeinden, indem es bereits ab März rasch und unbürokratisch frisches Geld in die Gemeindekassen bringt. Im Fokus unserer Hilfe stehen jetzt vor allem die kleinen und finanzschwachen Gemeinden. Das neue Paket zeigt klar und deutlich: Die Kommunen können sich auf uns verlassen“, betont Finanzminister Gernot Blümel. „Die Gemeinden sind seit Jahrzehnten wichtige Konjunkturmotoren und Arbeitgeber in allen Regionen. Mit ihren jährlichen Investitionen schaffen und sichern die Gemeinden rund 40.000 Arbeitsplätze in ganz Österreich. Gemeinsam mit den rund 80.000 Gemeindebediensteten sind die Kommunen damit unerlässliche Partner am Weg aus der Krise“, ergänzt Blümel.



**Corona-Krise trifft Bund, Länder und Gemeinden in noch nie da gewesener Härte.** Die Einnahmehausfälle belasten seit Beginn der Pandemie die Budgets aller Gemeinden. Nicht nur die Bundesregierung mit gesamt 2,5 Milliarden Euro, auch die Bundesländer haben den Gemeinden in eigenen Hilfspaketen bereits rund 400 Millionen Euro an zusätzlichen finanziellen Mitteln zugesagt. „Kritik an den Gemeinde-Hilfspaketen des Bundes ist aus meiner Sicht nicht nachvollziehbar und ist kein Zeichen des Respekts vor dem Steuerzahler. Mit beiden Paketen gibt es in den Krisenjahren 2020 und 2021 nun rund 280 Euro pro Einwohner an direkter Corona-Hilfe. In enger Abstimmung mit unseren Landesverbänden haben wir diese Pakete im Sinne aller Gemeinden verhandelt“, rechnet Gemeindebund-Präsident Bürgermeister Alfred Riedl vor.

Im Fokus dieses Pakets steht die Hilfe für finanz- und strukturschwache Gemeinden. Für diese wird der Strukturfonds um 100 Millionen Euro auf insgesamt 160 Millionen Euro aufge-

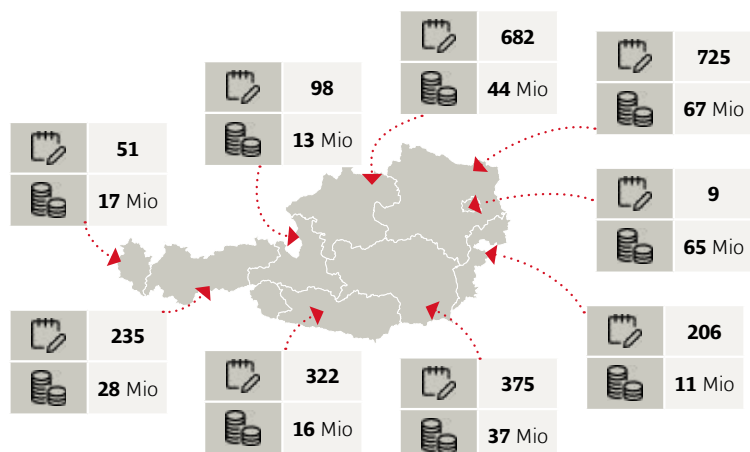
stockt. Zusätzlich erhalten alle Kommunen im März 2021 insgesamt 400 Millionen Euro. Weiters wird der Bund im Jahr 2021 zur Liquiditätssicherung Vorschüsse in der Höhe von einer Milliarde Euro an die Gemeinden auszahlen. In wirtschaftlich besseren Zeiten sollen diese Vorschüsse frühestens ab 2023 schrittweise und ohne Zinsen zurückgezahlt werden. „Mit der nunmehrigen Auszahlung der Vorschüsse in Höhe von einer Milliarde Euro haben wir jetzt den geforderten gemeinschaftlichen Zugang zu dieser äußerst günstigen OeBFA-Finanzierung. Die Rückzahlung wurde frühestens ab 2023 vereinbart, aber nur, wenn die Ertragsanteile um mindestens zwei Prozent steigen. Was sich kompliziert anhört, ist ein Meilenstein in der partnerschaftlichen finanziellen Zusammenarbeit zwischen Bund und Gemeinden, bringt Liquidität und schafft Planungssicherheit“, so Riedl. 📌

**ANTRÄGE UND AUSZAHLUNGEN ÖSTERREICH GESAMT**

Aktuell sind im Rahmen des Kommunalinvestitionsgesetzes („Gemeinde-milliarde“) knapp über 2.700 Anträge mit einem Volumen von 302 Millionen Euro genehmigt und ausbezahlt.

 Anträge	<b>2700</b>
 Genehmigt & ausbezahlt	<b>302 Mio</b>

**ANTRÄGE UND AUSZAHLUNGEN NACH BUNDESLÄNDERN**



Mehr auf [gemeindebund.gv.at](http://gemeindebund.gv.at)

## DER BREITBANDATLAS

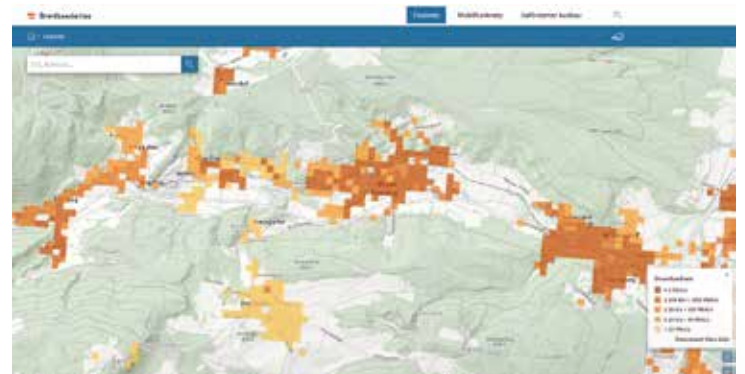
# NEUE ÜBERSICHT IM „FLECKERLTEPPICH“

Die zentrale Informationsplattform „Breitbandatlas“, die einen Überblick über die Breitbandversorgung in Österreich gibt, wurde neu gestaltet. Die Funktionalitäten sind deutlich besser geworden, die Pläne sind ambitioniert.

Mit mehr als 360.000 Besucherinnen und Besuchern im Jahr 2019 habe sich der Breitbandatlas als zentrale Informationsplattform über die Breitbandversorgung in Österreich etabliert, erklärte Elisabeth Köstinger, als Ministerin für Regionen auch für den Breitbandausbau zuständig, bei der Präsentation des „neuen“ Breitbandatlas. Der Relaunch bringt dem Breitbandatlas ein neues Design und eine Erweiterung um wichtige Funktionalitäten.

Im Atlas wird anhand von Landkarten die Versorgung für feste und mobile Breitbandnetze öffentlich zugänglich gemacht. Darüber hinaus werden im Breitbandatlas auch all jene Gebiete ersichtlich, in denen im Zuge der Initiative Breitband Austria 2020 ein geförderter Ausbau stattfindet. Künftig ist der Breitbandatlas auch ein bundesweiter 5G-Monitor zur Versorgungssituation mit der neuen Mobilfunkgeneration. Im Festnetzbereich werden neben der Downloadrate auch die Breitband-Technologie und die Uploadrate angezeigt

**38 Prozent der Haushalte haben bereits Gigabit-Anschlüsse.** Besonders erfreulich sei, dass die Zahl der gigabitfähigen Internetanschlüsse in Österreich in den letzten 18 Monaten von 14 auf 38 Prozent der Haushalte angestiegen sei, so Köstinger: Knapp elf Monate nach dem Start von 5G in Österreich könnten laut Angaben der Mobilfunkbetreiber somit bereits 50 Prozent der Bevölkerung versorgt werden. Unter Berücksichtigung des geförderten Ausbaus werden gigabitfähige Anschlüsse in naher Zukunft für mehr als 42 Prozent der Haushalte verfügbar sein. Damit liegt Österreich bei der Gigabit-Versorgung nahe dem europäischen Durchschnitt und vor Deutschland (33 Prozent), Italien (30 Prozent) und Großbritannien



## AKTUELLER STAND UND AUSBAUPLÄNE

„Rund 99 Prozent“ der vier Millionen Haushalte haben den Angaben zufolge bereits Zugang zur Grundversorgung mit Festnetz-Breitband bis 10 Megabit pro Sekunde (Mbit/s), rund 81 Prozent sind mit über 30 Mbit/s versorgt. Dieser Anteil soll bis 2024 auf 91 Prozent steigen. Der Versorgungsgrad mit ultraschnellen Anschlüssen über 100 Mbit/s liegt bei 68 Prozent – bis 2024 sind hier 77 Prozent angestrebt. Der Anteil der gigabitfähigen Anschlüsse (1.000 Mbit/s) soll in den kommenden vier Jahren von 38 auf 42 Prozent ausgeweitet werden

**Wo gibt es Breitband-Internet und wo nicht? Welche Unternehmen bieten an welcher Adresse einen schnellen Internetzugang an? Wie sieht es mit der Festnetz- und wie mit der Mobilfunkversorgung aus? Mithilfe des neuen Breitbandatlas kann diese Fragen nun jeder selbst einfach beantworten. Aktuell zeigt sich dennoch, dass es mit der Versorgung außerhalb der Ballungszentren und Hauptverkehrsrueten in etlichen Landesteilen noch nicht zum Besten steht. Diesbezüglich gleicht der Atlas noch einem Fleckerlteppich – allerdings einem mit viel Übersicht.**

(10 Prozent). Betrachtet man die Gigabit-Versorgung auf Bundesländerebene, so zeigt sich, dass einzelne Bundesländer wie Wien (92 Prozent), Salzburg (62 Prozent) und Tirol (45 Prozent) sich bereits heute mit den besten Ländern Europas messen können. „Bis 2030 wollen wir unser Land flächendeckend mit gigabitfähigen Anschlüssen versorgen. Das ist ein großes Ziel, das wir nur gemeinsam mit Gemeinden, Ländern und Unternehmen erreichen können“, betonte Elisabeth Köstinger abschließend. ●

[www.breitbandatlas.gv.at](http://www.breitbandatlas.gv.at)

**EHEN UND EINGETRAGENE PARTNERSCHAFTEN FÜR ALLE**

# RECHTSGRUNDLAGE FÜR DEN **VOLLZUG** IN GEMEINDEN

Der Verfassungsgerichtshof hat mit Erkenntnis vom 4. Dezember 2017 die unterschiedlichen Regelungen für verschieden- und gleichgeschlechtliche Paare aufgehoben. Damit können auch verschiedengeschlechtliche Paare in Österreich eine eingetragene Partnerschaft eingehen

**M**it dem Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes (VfGH) vom 4.12.2017, G 258-259/2017-9, wurde es ab dem 1.1.2019 möglich, dass homosexuelle Eheschließungen und heterosexuelle eingetragene Partnerschaften in Österreich geschlossen bzw. begründet werden können. Dies bedingt auch, dass solche Partnerschaftsmodelle, die im Ausland ab dem 1.1.2019 eingegangen bzw. begründet werden, in Folge in das Zentrale Personenstandsregister (ZPR) im Sinne der §§ 35 und 36 PStG 2013 eingetragen werden können.

In dem Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes wurden die Bindungen an die Geschlechtlichkeit bei der Ehe und der eingetragenen Partnerschaft aus dem Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch (in Folge ABGB) und dem Eingetragene Partnerschaftsgesetz (in Folge EP-G) entfernt, ohne jedoch auf die

widersprechende Rechtslage des geltenden Rechts in den einschlägigen Materiengesetzen (zum Beispiel § 9 EheG\* und § 5 EPG\*\*) einzugehen. In einer Presseausendung des Verfassungsgerichtshofes wurde erwähnt, dass die vollziehenden Behörden dies lösen werden.

Das Bundesministerium für Inneres (BM.I) hat daher mit dem Bundesministerium für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz vor dem 1.1.2019 (am 20.12.2018) ein gemeinsames Empfehlungsschreiben erarbeitet, dass den Behörden die rechtskonform Umsetzung erleichtern sollte. Auf Basis der widersprüchlichen und unvollständigen

\* § 9 EheG: Eine Person darf keine Ehe eingehen, bevor ihre eingetragene Partnerschaft für nichtig erklärt oder aufgelöst wurde.“]

\*\* § 5 EPG – Begründungshindernisse. Eine eingetragene Partnerschaft darf nicht begründet werden, 1.) aufgehoben durch VfGH, BGBl. I Nr. 161/2017 und 2.) mit einer Person, die bereits verheiratet ist oder einer anderen Person eine noch aufrechte eingetragene Partnerschaft begründet hat. ...“

» § 9 EheG: Eine Person darf keine Ehe eingehen, **bevor ihre eingetragene Partnerschaft für nichtig erklärt oder aufgelöst wurde.“**

Rechtslage war eine erlassmäßige Festlegung nicht möglich.

**Exkurs: Entwicklung innerhalb der Europäischen Union:** Im Jahr 2020 sind bei den Mitgliedstaaten der EU 18 Länder für die „Ehe für alle“, neun Staaten sehen für gleichgeschlechtliche Paare das Rechtsinstitut der eingetragenen Partnerschaft vor, und sechs Mitgliedsstaaten verweigern gleichgeschlechtlichen Paarbeziehungen jede rechtliche Anerkennung.

Mit Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) vom 5.6.2018, RS C-673/16

„Coman“ überträgt der EuGH seine namensrechtliche Rechtsprechung zu Art. 21 Abs. 1 AEUV erstmals auf die Anerkennung von personenstandsrechtlichen Statusverhältnissen. Diese Entscheidung ist richtungsweisend für hinkende „Statusverhältnisse“ bzw. für die Anerkennungen in den Heimatstaaten der Unionsbürger aus der Europäischen Union. Ansatzpunkt bleibt hier jedoch, wie bei der Judikatur des EuGH zum Namensrecht, die Voraussetzung der Niederlassungsfreiheit auf die vorliegenden Sachverhalte.

**Auf die Personenstandsbehörden wurde bereits vor dem 1.1.2019 medialer Druck erzeugt**, der mit der Rechtslage nur sehr wenig zu tun hatte. So wurde bereits am 1.1.2019 um 00.30 Uhr die erste homosexuelle Eheschließung ohne Rücksicht auf ein rechtsrichtiges Verfahren als Showtrauung im Casino Velden unter Medienbetei-

FOTO // @zwieback2003 - stock.adobe.com/



Die Begründung einer eingetragenen Partnerschaft erfolgt unter gleichzeitiger und persönlicher Anwesenheit beider Partnerinnen/Partner bei einer Personenstandsbehörde (Standesamt). Die Standesbeamtin/der Standesbeamte befragt die sich Verpartnernden in Gegenwart von zwei (nach Wunsch auch nur einem oder keinem) Zeugen einzeln und nacheinander, ob sie die eingetragene Partnerschaft miteinander begründen wollen und spricht nach Bejahung der Fragen aus, dass sie rechtmäßig verbundene Partnerinnen/Partner sind. Es besteht die Möglichkeit, die eingetragene Partnerschaft auch außerhalb der Amtsräume des Standesamtes zu begründen, sofern der Ort der Bedeutung der eingetragenen Partnerschaft entspricht. Über die Begründung der eingetragenen Partnerschaft nimmt die Beamtin/der Beamte eine Niederschrift auf.

ligung durchgeführt. Dieses Paar heiratete während einer aufrechten eingetragenen Partnerschaft. Eine Eheschließung als Spektakel auf Basis aller Rechtsnormen?

Weiters wurde der § 17 Internationales Privatrechts-Gesetz (IPR-G) als „Verhinderungsnorm“ und ordre public widrig (§ 6 IPR-G) in den Medien dargestellt, obwohl diese Norm bereits seit über 30 Jahren in Kraft ist.

#### ZEITLEISTE

- **1. April 2017.** Eingetragene Partnerschaften bei den Standesämtern
- **4. Dezember 2017:** Erkenntnis des VfGH zur Ehe für ALLE
- **1. Jänner 2019.** Ehe und Eingetragene Partnerschaft für ALLE
- **1. August 2019.** In Österreich gilt die Ehe und Eingetragene Partnerschaft für alle, auch für alle Fremden (z.B. Ost2-Europäer)

#### Durch das Parlament wurde in Folge eine Ergänzung des IPR-G (§ 17 Abs. 1a) beschlossen (BGBl. I 72/2019), die seit 1.8.2019 in Kraft ist. Dieser ermöglicht, wie bereits bisher durch den § 27a IPR-G bei eingetragenen Partnerschaften, eine Eheschließung, auch wenn das Geschlecht und das Heimatrecht (dieser Verweis ermöglicht ein Abgehen vom Personalstatut – in der Regel wird dies die Staatsangehörigkeit sein, wobei jedoch auch andere Möglichkeiten durch dynamische Verweise in den nationalen Regelungen bestehen – des Betroffenen bei homosexuellen Ehen) dieser Person dies nicht erlauben würde.

Alle Rechtsgrundlagen für das Personenstandswesen (EheG, EPG, ABGB, IPR-G, GebG, usw.) mit Ausnahme des Personenstandsgesetzes, sind schon sehr lange (seit Jahrzehnten) in Geltung und wurden immer wieder anlassbezogen novelliert. Dieser Prozess

ist jedoch nicht abgeschlossen, wie nachstehendes Beispiel zeigt:

ist jedoch nicht abgeschlossen, wie nachstehendes Beispiel zeigt:

**§ 23 Abs. 1 EheG Namensehe und Staatsangehörigkeits-ehe:** „Eine Ehe ist nichtig, wenn sie ausschließlich oder vorwiegend zu dem Zweck geschlossen ist, der Frau die Führung des Familiennamens des Mannes oder den Erwerb der Staatsangehörigkeit des Mannes zu ermöglichen, ohne dass die eheliche Lebensgemeinschaft begründet werden soll.“

Eine geradezu absurde Regelung in Hinblick auf das geltende Namensrecht und die Bestimmungen im Fremdenpolizeigesetz zur Erschleichung des Aufenthaltes im Bundesgebiet von Fremden durch „Scheinehen, -partnerschaften und -adoptionen“.

Es bleibt zu hoffen, dass sich weitere Entwicklungen (z.B. Digitalisierung) im Personenstandswesen mit klaren und tauglichen Rechtsgrundla-

gen bewältigen lassen. Weder der Bürger noch die Behörden haben Interesse an juristischen Denksportaufgaben, zumal auch im europäischen (Brexit) und internationalen Kontext immer wieder neue Herausforderungen für den Bereich des Personenstandswesens zu bewältigen sein werden.

Mehr Informationen auf [www.oesterreich.gv.at](http://www.oesterreich.gv.at)



**MIN.RAT NORBERT KUTSCHER**  
IST LEITER DES REFERATS III/3/B  
(PERSONENSTANDSWESEN)  
IM BUNDESMINISTERIUM FÜR  
INNERES

# GESTALTEN & ARBEITEN

## **ABFALLWIRTSCHAFT**

Die thermische  
Abfallbehandlung  
**Seite 42**

## **BESCHAFFUNG**

EU-Mindestziele für  
„grüne“ Kfz-Beschaffung  
**Seite 45**

## **FÖRDERUNG**

Verbesserung der  
Gewässerlebensräume  
**Seite 48**



# ES WIRD ALLES NACHGEHOLT



Sorgenkind Tourismus: Zwar werden die Gäste aufholen, was sie coronabedingt ausgelassen haben, doch sind harte Einschnitte zu erwarten. Können die Gemeinden ihre lokalen Tourismusbetriebe unterstützen? Ein Tourismusforscher gibt Antwort.

TEXT // ANDREAS HUSSAK

**D**er Tourismus liegt derzeit, gelinde gesagt, darnieder. Zwar ist er bei Weitem nicht der einzige Wirtschaftszweig, der von den Auswirkungen der Corona-Pandemie und den Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung beeinträchtigt wurde. Der Tourismus wurde allerdings außerordentlich schwer getroffen und das ist umso tragischer, da er für die heimische Volkswirtschaft bedeutender ist, als es in praktisch jedem anderen Land der Welt der Fall ist. Abgesehen von den beiden Inselstaaten im Mittelmeer, Malta und Zypern, und knapp vor Kroatien hat Österreich weltweit den größten BIP-Anteil pro Kopf durch den Tourismus zu verzeichnen. Das bedeutet: Fallen die Tourismuseinnahmen komplett aus, trifft uns das härter als so ziemlich alle anderen, selbst vermeintliche Schwergewichte wie Spanien oder Italien.

**Das ist vielen in dieser Drastik gar nicht bewusst.** Der Leiter des Instituts für Freizeit- und Tourismusforschung, Peter Zellmann, bestätigt das: „Die Bedeutung des Tourismus in Österreich wird volkswirtschaftlich dramatisch unterschätzt. Tourismus ist das wirtschaftliche Alleinstellungsmerkmal in Österreich, und die induzierten Abhängigkeiten, also Berufe, die scheinbar und auf den ersten Blick gar nichts mit dem Tourismus zu tun haben, sind viel größer als wir es uns vorstellen. Wie etwa der Tischler, der dem Bäcker den Laden neu einrichtet, der wiederum 50 Prozent seiner Umsätze mit der Gastronomie und Hotellerie in der Umgebung macht. Diese Umsätze sind dem Tourismus gar nicht zugerechnet.“

**Für Gemeinden zahlt es sich aus, in Erfahrung zu bringen, wie diese induzierten Abhängigkeiten im Hinblick auf den Tourismus in der eigenen Kommune aussehen.** „Mit den heutigen digitalen Möglichkeiten kostet das nur ein paar hundert Euro“, erklärt Zellmann. Im Jahr 2016 hat er dazu eine repräsentative Studie gemacht, mit dem Ergebnis, dass 75 Prozent aller Österreicher vom Bodensee bis zu Neusiedler See der Aussage zustimmen: „Auf bestimmte Weise **»**

hängt in meiner Region jeder vom Tourismus ab.“

Die emotionale Einstellung, dass der Tourismus für die eigene Region wichtig sei, ist überall präsent. Die Schwankungsbreite erstreckte sich dabei von 60 bis 90 Prozent und nicht, wie man meinen würde, von 0 bis 100 Prozent. Das bedeutet, selbst in Gemeinden, in den man es gar nicht vermutet hätte, sind 60 Prozent der Bevölkerung dieser Ansicht. „Die rahmengestaltende Politik hat das mancherorts vielleicht zu wenig im Hinterkopf“, gibt Zellmann zu bedenken.

**Angesichts dieser faktischen, aber auch der subjektiven Bedeutung des Tourismus** ist die momentane Situation ein Super-Gau. Im Regelfall herrscht überall totale Flaute. Mancherorts hingegen kann die Lage jedoch schnell ins andere Extrem kippen, wie die Situation Anfang Jänner am Semmering bewies. Tagesausflügler, größtenteils aus Wien, stürmten den Ort und die umgebende Landschaft. Ihre Fahrzeuge parkten kilometerlang die Bundesstraße entlang. Sperren, wie etwa der Rodelwiese, waren unumgänglich.

„Solche Beispiele sind allerdings medial hochgespielte Einzelereignisse und nicht typisch“, weiß Zellmann. Überrascht hat ihn die Situation am Semmering dennoch nicht, „wie jeden, der sich mit dem Freizeitverhalten der Menschen auseinandersetzt, doch das tun wir zu wenig. Freizeit gilt immer noch als eine Restkategorie und bestenfalls als Konsum, dabei spielen sich dort im Außerberuflichen die Einstellungen, die Sehnsüchte, die Hoffnungen und Ängste der Menschen ab. Das war mir ganz klar – ab dem Moment, wo man das darf, wird der Semmering überrollt werden. Wobei 10.000 Menschen bzw. 2000 oder 3000 Autos bei rund zwei Millionen Einwohnern in der Relation eigentlich nichts sind.“ Die Gemeinden wären aufgerufen, so etwas vorzusehen, denn dies sei nur auf Gemeindeebene zu lösen, meint Zellmann und bekennt: „Dazu muss die Autonomie der Gemeinden viel mehr gestärkt werden. Es muss dem jeweiligen Bürgermeister möglich sein, im Rahmen seiner möglichen Gegebenheiten Letztentscheidungen zu treffen.“

**Als Lösungsansatz nimmt Zellmann Erkenntnisse, die im Zusammenhang** mit dem Overtourism gewonnen wurden, von Orten wie Hallstatt oder Dürnstein. „Man kann nur vor Ort mit den dort lebenden Gastgebern entscheiden, wie mit den Menschenmassen umgegangen wird. Dazu gehört

FOTO // ©nagaets - stock.adobe.com



**ZUR PERSON**



**PROF. MAG. PETER ZELLMANN** IST LEITER DES INSTITUTS FÜR FREIZEIT UND TOURISMUSFORSCHUNG. EINER SEINER SCHWERPUNKTE IST TOURISMUSPOLITIK.



**OLIVER SCHENK** IST PUBLIC AFFAIRS OFFICER BEI DER ÖSTERREICHISCHEN HOTELIER-VEREINIGUNG (ÖHV)

auch eine solide Vorbereitung. In Hallstatt war die Entwicklung seit Jahren linear, also ganz klar abzusehen. Wenn man ehrlich ist, kann man die Massen nur über das Geld steuern, also über den Eintrittspreis. Da kosten dann eben das Parken und der Slot für den Bus und solche Dinge. Im Leben ist es nun mal so, dass nicht allen alles möglich ist. Overtourism kann man nur mit Eintrittspreisen regeln. Für spontan auftretende Überbelastungen sollte man in den Gemeinden deshalb einen dahingehenden Plan ausarbeiten.“

**Viel häufiger als nach dem Zuviel an Besuchern ist dieser Tage allerdings die Frage**, wie die Gemeinden mit dem Ausbleiben der Gäste umgehen sollen. Wie erhält man seine örtliche Tourismusinfrastruktur bestmöglich? Wer benötigt am dringendsten Unterstützung? Wie es weitergehen wird, weiß niemand. „Trendforscher, die jetzt wissen, wie wir nach Corona leben, sind schlicht unseriös“, sagt Zellmann. „Wir haben keine Ahnung, wie viele Betriebe das aushalten. Momentan findet ja nur ein Hinauschieben der Insolvenzen statt. Ob das jetzt ein Drittel der Betriebe sein wird, ob die Hälfte oder nur 20 Prozent – das sind alles Schätzungen, mit denen man zwar in den Medien vorkommt, die aber unseriös sind. Ich fürchte, es wird eine hohe Anzahl an Betrieben sein, die das nicht durchhalten. Das gilt nicht nur für Hotellerie und Gastronomie, sondern auch für den Handel“, zeichnet Zellmann ein düsteres Bild der Zukunft.

**Ähnlich wie jetzt schon mit Umsatzausgleich, Kurzarbeit und Fixkostenzuschuss** Betriebe seitens des Bundes über Wasser gehalten werden,



wäre das auch die Stoßrichtung, in die Gemeinden ihre ortsansässigen Betriebe unterstützen könnten. Eine Rettung ist in jedem Falle sinnvoll. Dort, wo die Gemeinde Eigentümer ist, oftmals in kleinen Städten, könnte man die Betriebe unterstützen, indem man ihnen einen Mieterlass oder Fixkostenzuschuss gewährt. Man sollte die Bürger informieren, welche Betriebe man unterstützt und warum man ihnen hilft. Es geht nicht nur um Hotellerie und Gastronomie, sondern um viele kleinere Unternehmen, die mittel- und unmittelbar vom Tourismus abhängen und ihm zuarbeiten.

**Oliver Schenk von der Österreichischen Hoteliervereinigung regt an**, dass die Gemeinden am Image der Urlaubsdestination mitarbeiten. Etwa in der Form, dass sie für das absehbare „Reintesten“ die entsprechende Infrastruktur schaffen. „Hat ein Hotel oder Restaurant einen Gast, der keinen Test vorweisen kann, kann man denjenigen dann relativ schnell und unkompliziert zu einer Stelle vor Ort schicken, bei der er einen Test machen und wieder zurückgehen kann. Gemeinden können bei solchen Abläufen sicher sehr viel unterstützen und koordinieren“, zeigt sich Schenk überzeugt.

**Dass kleine Beherbergungsbetriebe im Gegensatz zu großen Hotelketten oder Skiresorts** Probleme hätten, ausreichend Unterstützungen abzuschöpfen, kann Schenk nicht bestätigen. Im Gegenteil: „Momentan ist es mit Blick auf die Förderlandschaft so, dass kleine Betriebe ganz gut durchkommen, mittlere und große Hotels jedoch sehr schnell den Deckel von 800.000 Euro

**Dass die Menschen ihr Reiseverhalten ändern, wird nicht der Fall sein. Achtzig Prozent der Menschen warten nur darauf, dass sie ihr Freizeit- und Urlaubsverhalten endlich wieder uneingeschränkt und so wie früher ausüben und ausleben können.**

bzw. den jetzt auf eine Million Euro aufgestockten Maximalbetrag ausschöpfen. Für eine Hilton-Gruppe beispielsweise ist das jetzt nicht der große Wurf.“

**Gefragt nach den Aussichten für das bevorstehende Tourismusjahr betont Schenk**, keine Prognose abzugeben. Die Bandbreite zwischen Idealbild und Worst-Case-Szenario sei groß, und zu oft sei in den vergangenen Monaten Letzteres eingetreten. Er äußert allerdings eine hoffnungsvolle Vermutung dahingehend, dass zumindest der Sommertourismus ähnlich dem letzten Jahr halbwegs gut ablaufen werde. „Bei den Seegebieten hat es 2020 sehr gut funktioniert, vor allem in den Toplagen. In den B- und C-Lagen, das heißt ohne den direkten Zugang zum See, war es etwas schwieriger. Es war nicht der große Jubel, aber es war vielerorts besser als erwartet, etwa in Kärnten oder im Burgenland. Ich schätze, es wird diesen Sommer ähnlich werden.“ Das vermutet auch der Tourismuswissenschaftler Peter Zellmann, wobei auch er betont, damit keine Prognose abgeben zu wollen.

**Immerhin hat Zellmann durch seine lange Forschungstätigkeit auf dem Gebiet** Freizeit und Tourismus manche Verhaltensmuster identifizieren können und meint: „Dass die Menschen ihr Reiseverhalten ändern, wird nicht der Fall sein. Achtzig Prozent der Menschen warten nur darauf, dass sie ihr Freizeit- und Urlaubsverhalten endlich wieder uneingeschränkt und so wie früher ausüben und ausleben können. Beim Streben nach Verlangsamung und Zeit für Freunde und Familie, ebenso wie bei einem gesteigerten Umweltbewusstsein, ist zwar der Wunsch Vater des durchaus vernünftigen Gedankens. Doch in Wahrheit wird ein Überausgleich auf Österreich zukommen, das ist keine Frage. Wenn man die Menschen in Europa wieder reisen lässt, wird nachgeholt, was aufgeschoben wurde. Was Trendforscher vorausgesagt haben – da lehne ich mich aus dem Fenster –, dass wir jetzt alle gelernt hätten, mit unserem Leben und unserer Umwelt vorsichtiger umzugehen, wird zurückgestellt werden und es wird zunächst zu den alten Gewohnheiten zurückgekehrt. Vielleicht wird später einmal nachgedacht, ob es auch anders geht.“

**Man sollte sich auch bewusst sein, dass sich die verschiedenen Tourismuszweige** unterschiedlich schnell erholen werden. „Der Wellness- ➤

urlaub wird sich sehr schnell erholen. Ebenso wird sich fast alles, was Kurzurlaub ist, sehr schnell erholen, und der Skiurlaub wird im nächsten Winter eine Renaissance erleben. Erfreulich für die Betriebe, die bis dahin durchgehalten haben“, sagt Zellmann, „problematischer ist es leider für den Städtetourismus. Der hat wahnsinnig gelitten. Wir sehen jetzt in der Innenstadt, was der Tourismus auch für Wien bedeutet. Schon im Soft-Lockdown, als die Lokale offen waren, waren sie in der Innenstadt praktisch leer bzw. deutlich weniger besetzt. Als Wiener bekam man gar nicht so mit, wie viele Ausländer oder Leute aus anderen Bundesländern da waren. Städteflüge boomten in der Vergangenheit, weil sie preisgünstig waren. Dieses Preisdumping wird von den Fluglinien mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht aufrechterhalten werden können. Die Flugpreise werden steigen und es werden nicht so viele Flüge sein wie früher. Daher werden auch in der Stadthotellerie einige Betriebe wegfallen.“

„Jede Gemeinde, die die Lebensqualität der eigenen Bürger in der Freizeit fördert und als politisch wichtig ansieht, macht schon **den ersten Schritt in Richtung touristisches Angebot.**“

Peter Zellmann

**Auf die Frage was Gemeinden langfristig für ihren Tourismus tun können**, empfiehlt Zellmann, „ein qualitativ hochwertiges Alleinstellungsmerkmal aufzubauen, um sich auch abseits des Mainstreams zu entwickeln“. Im Idealfall passiere das in einem moderierten Bottom-up-Prozess mit der Bevölkerung. Jede Gemeinde, die die Lebensqualität der eigenen Bürger in der Freizeit fördert und als politisch wichtig ansieht, macht schon den ersten Schritt in Richtung touristisches Angebot, denn eigentlich wollen Gäste „Einheimische auf Zeit“ sein. Dieses Gefühl „Ich bin in der Region zu Hause und komme auch gerne wieder“ sei gerade für die kleineren Gemeinden, in denen der Stammgästeanteil viel höher ist, eine besonders wichtige Erkenntnis.

**Im Rückblick auf die bisherige Corona-Pandemie und das Krisenmanagement** in den Kommunen meint Zellmann übrigens: „Was wir im Hinblick auf die Politik aus der Krise ge-

## SCHUTZWALD

# Starke Antworten auf Pandemie-Herausforderungen

**Der Wunsch nach Freiheit abseits der touristischen Pfade bringt eine Beunruhigung der Wildtiere bis hinauf in die höchsten Schutzwälder. Diese sichern Siedlungs-, Wirtschafts- und Kulturraum sowie kritische Infrastrukturen gegen Naturgefahren.** Durch die Pandemie ist die Sehnsucht nach Bewegung in der Natur gewachsen. Viele Wintersportlerinnen und -sportler haben z.B. das Skitourengehen für sich entdeckt. Der Run auf die verschneite, unberührte Natur hat aber auch Schattenseiten: Junge Bäume können stark beschädigt werden, Wildtiere beunruhigt. Auch Trendsportarten mit Gleitschirmen wie „Speedflying“ oder „Speedriding“ be-

einträchtigen die notwendige Ruhe der Wildtiere. Nicht nur die Freizeitnutzung konfrontiert den Schutzwald mit Herausforderungen. Der Klimawandel und damit vermehrt auftretende Extremwetterereignisse belasten den Schutzwald in seiner Funktionalität. Zudem stagniert der Holzpreis seit Jahren. Für Waldeigentümerinnen und -eigentümer muss sich die Pflege wieder lohnen.

**Wald schützt uns.** In Österreich haben 1,2 Millionen Hektar Wald eine primäre Schutzfunktion. Das entspricht fast der gesamten Siedlungsfläche Österreichs. Fast jede vierte Österreicherin und jeder vierte Österreicher profitiert direkt

vom Schutzwald als grüne, kostengünstige und nachhaltig wirkende Schutzinfrastruktur. Erhalt und Verbesserung der Schutzfunktion der Wälder ist deshalb eine zentrale Aufgabe der österreichischen Waldpolitik. Das Aktionsprogramm „Schutzwald“ der Bundesregierung verbessert hier Orientierung und Planbarkeit von Maßnahmen zur Erhaltung und zum Ausbau der Schutzfunktionalität. Folgende Zielsetzungen sind essenziell:

- Rasche Wiederherstellung bzw. Ausbau der Schutzfunktionalität der Wälder.
- Verstärktes Bewusstsein, welche Leistungen der Wald zum Schutz von Eigentum und Lebensraum leistet –

Begünstigte zu Beteiligten machen.

- Schutzwälder werden klimafit und resilienter gegen biotische und abiotische Gefahren und deren Folgewirkungen.
- Nachhaltige und ausgewogene Raumnutzungsansprüche an den Schutzwald sind zwischen den involvierten Akteuren ausbalanciert.
- Akteure, die den Nutzen haben, beteiligen sich angemessen an den Maßnahmen zur Sicherung.
- Die Bewirtschaftung soll sich für WaldbesitzerInnen wieder lohnen.
- Wertvoller Lebensraum für Pflanzen und Tiere ist zu erhalten.
- Forschung und Ausbildung

lernt haben könnten, ist, dass in der Gemeinde viel mehr, viel besser und viel schneller entschieden werden kann als am Schreibtisch im Ministerium. Wobei das kein Gegeneinander-Ausspielen sein soll. Zentral müssen die Rahmenbedingungen erstellt werden, keine Frage. Aber die Letztentscheidungen und möglichen Interpretationen gehören noch viel besser in die Gemeinden hinuntergebrochen, als das derzeit der Fall ist – bei aller Fehleranfälligkeit. Fehleinschätzungen machen Bundesregierungen genauso wie Bürgermeister – das allein ist also kein Kriterium. Die Gemeinden sind das Rückgrat der Politik. Medial berichtet wird immer nur über das Große, abhängen tun wir aber vom Kleinen. Das gilt für den Tourismus und die Wirtschaft genauso wie die Politik.“ 🍷



FOTO/Alexander Haiden BMLRT

erweitern die Wissens- und Entscheidungsbasis für Anpassungen im Schutzwald.

**Gemeinsam für den Schutzwald.** Das Aktionsprogramm legt zudem eine einheitliche Darstellung der Schutzwaldflächen fest, um eine effiziente Unterstützung der Forstbehörden und Eigentümerinnen und Eigentümer zu gewährleisten. Der Schutzwald soll in Kooperation mit regiona-

len Partnern stärker vor Ort positioniert werden und in größeren Planungseinheiten wie Gemeinden in einer Integralplanung behandelt werden. Zentrales Element ist ein dauerhafter Dialog aller Akteure, sowohl auf Bundesebene als auch in den Ländern, Regionen und Gemeinden.

**Mehr Informationen und Download des Aktionsprogramms unter [www.schutzwald.at](http://www.schutzwald.at)**

## PITTERS KOMMUNALTREND

**DR. HARALD PITTERS** IST  
TRENDEXPERTE UND  
KOMMUNALFORSCHER



## Tourismus ist eine kommunale Spezialität

**D**iesmal setzt sich KOMMUNAL mit Tourismus auseinander – einem Bereich, der besonders im vergangenen Jahr zu intensiver Auseinandersetzung führte. Nicht erst die Corona-Pandemie hat uns verdeutlicht, wie wichtig der Tourismus im Sommer wie im Winter, im Frühjahr wie im Herbst für Österreich ist. Es handelt sich hierbei um einen der zentralen Wirtschaftszweige von Vorarlberg bis ins Burgenland. In den Gemeinden und Städten wird demnach stetig versucht, die Gunst der Touristen zu erringen. Dazu gehört ein breites Angebot an Erholung aber insbesondere auch an Aktivitäten, von Kultureinrichtungen über sportliche Freizeitgestaltung bis hin zu landestypischer Kulinarik. Die Gäste möchten ein vielfältiges Angebot nutzen, fordern neue Anreize und suchen nach diesen heterogenen Kriterien ihre Urlaubsumgebung gezielt aus. Laut dem aktuellen Pitters® KOMMUNAL-Trend setzen daher die Gemeinden immer öfter auf nachhaltige Kooperationen, um einen Mix aus neuen Sehenswürdigkeiten, Erlebnispfaden oder Wellnessangeboten zu ermöglichen.

Durch die spezielle Situation im letzten Sommer konnten sich engagierte Gemeinden besonders hervorheben und den Gästen zeigen, wie attraktiv unsere Heimat ist. Die im frühen 20. Jahrhundert in Österreich etablierte „Sommerfrische“ wurde von den Menschen wieder gelebt. Von einem zeitgemäßen Angebot profitieren nicht nur die Touristiker sondern auch die Gemeinden. Denn mit jedem einzelnen Tourismusbetrieb sind eine Vielzahl von Beschäftigten, Zulieferern und andere Wirtschaftszweige verbunden, die für die Wertschöpfung in den Kommunen sorgen. Die Gemeinden in Österreich befinden sich auf einem guten Weg, um die Herausforderungen auch ökologisch balanciert zu meistern und dem Tourismus weiterhin eine zentrale Rolle in der österreichischen Wirtschaft zu sichern.

@ [office@pitters.at](mailto:office@pitters.at)  
[www.pitters.at](http://www.pitters.at)

UNICREDIT BANK AUSTRIA

# GEMEINDEFINANZEN: AUFWIND FÜR 2021

Nach einem außergewöhnlich herausfordernden Jahr 2020 kann es 2021 nur besser werden! Ab wann es wirtschaftlich wieder bergauf geht und welche Unterstützung es dazu von der UniCredit Bank Austria gibt, wissen Chefökonom Stefan Bruckbauer und Public-Sector-Leiter Martin Zojer.

## Herr Bruckbauer, was zeigt das Wirtschaftsbarometer für 2021?

**STEFAN BRUCKBAUER:** In den meisten Ländern Europas wird der Lockdown bis zum Frühjahr anhalten. Über den Sommer ist dann mit einer deutlichen Belebung der Wirtschaft zu rechnen. Entscheidend wird neben dem privaten Konsum und den Investitionen der öffentlichen Hand die Investitionstätigkeit der Unternehmen sein. Letztere wird voraussichtlich erst wieder 2023 ihr Vorkrisenniveau erreichen.

## Was bedeutet das für den Arbeitsmarkt in Österreich?

**STEFAN BRUCKBAUER:** Da erwarten wir ab der zweiten Jahreshälfte 2021 einen Rückgang der Arbeitslosenquote in Österreich. Nach dem Anstieg auf durchschnittlich zehn Prozent im Jahr 2020 wird die Arbeitslosenquote 2021 auf 9,6 Prozent sinken und erst 2022 etwas stärker abnehmen. Mit 8,7 Prozent wird sie aber weiter klar über dem Vorkrisenniveau liegen.

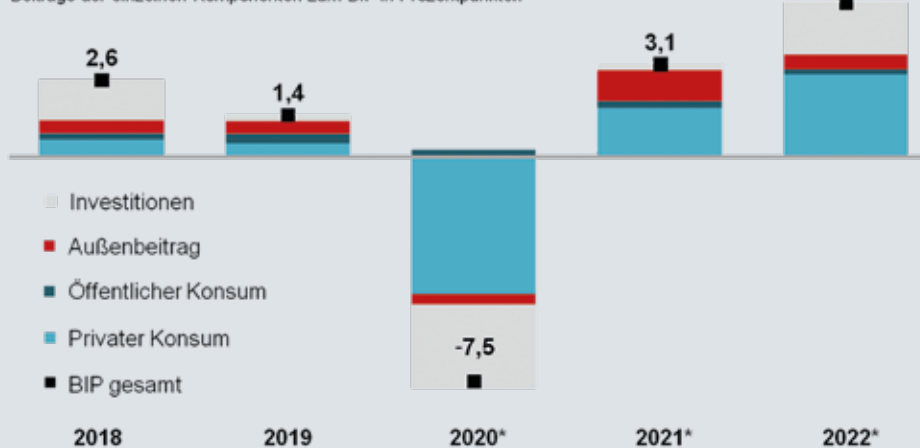
## Herr Zojer, was heißt das alles für die Kommunen?

**MARTIN ZOJER:** Durch Corona fehlen den Gemeinden derzeit rund 2,5 Milliarden Euro für

FOTO // www.tm-photography.at

### Wirtschaftsentwicklung in Österreich

Beiträge der einzelnen Komponenten zum BIP in Prozentpunkten



Quelle: Statistik Austria, UniCredit Research, \*Prognose bzw. Schätzung



„Wir erwarten ab der zweiten Jahreshälfte 2021 einen Rückgang der Arbeitslosenquote.“

**Stefan Bruckbauer,**  
Chefökonom der UniCredit Bank Austria

### Wirtschaftswachstum (real)

	2008		Prognose		
	2008	2009	2020	2021	2022
USA	-0.1	-2.5	-3.8	1.8	3.5
Euroraum	0.4	-4.4	-7.4	3.0	4.5
Deutschland	0.8	-5.1	-5.2	3.3	4.2
Österreich	1.5	-3.8	-7.5	3.1	5.2
CEE (EU)	4.6	-5.0	-6.3	6.0	5.6
China	10.2	11.4	1.9	8.5	5.7
Weltwirtschaft	3.0	-0.1	-4.2	4.7	4.4
3-Monats-Eurozinsen Jahresende in %	3.3	0.7	-0.5	-0.5	-0.5
10-jährige Zinsen Österreich Jahresende in %	3.7	3.6	-0.4	-0.2	0.0
Haushaltssaldo Euroraum in % des BIP	-2.2	-6.2	-9.3	-6.1	-3.1

Quelle: UniCredit Research, Refinitiv Datastream



„Die Gemeinden dürfen **auf keinen Fall im Regen stehen gelassen werden.**“

**Martin Zojer**, Public-Sector-Leiter UniCredit Bank Austria.

2020 und 2021<sup>1)</sup>. Diese Mittel stehen nicht zur Deckung der laufenden Ausgaben und für Investitionen zur Verfügung. Als Bürgerin und Bürger merkt man bisher noch nichts von dieser Finanzierungslücke. Wenn sie allerdings nicht geschlossen oder verringert wird, könnten sich die fehlenden Mittel sehr bald in Form von Leistungskürzungen in der kommunalen Daseinsvorsorge niederschlagen.

**Einsparungsmöglichkeiten sind in den Gemeinden beschränkt. Was können sie tun?**

**MARTIN ZOJER:** Die Gemeinden dürfen auf keinen Fall im Regen stehen gelassen werden. Sie haben eine Schlüsselrolle als lokaler Stabilisator der Wirtschaft und sind wichtig für die regionale Wirtschaft. Deshalb hört ihnen jetzt die UniCredit Bank Austria besonders gut zu und entwickelt gemeinsam mit ihnen geeignete Lösungen. Das kann eine kurzfristige Finanzierungsüberbrückung sein, die wir sehr rasch zur Verfügung stellen, oder eine langfristige Finanzierung zu einem besonders günstigen Fixzinssatz. Das lang anhaltende, außergewöhnlich niedrige Zinsniveau erleichtert dies.

**Wie sieht es mit neuen Produkten für Gemeinden aus?**

**MARTIN ZOJER:** Seit Kurzem ist unser UC Virtual Account auf dem Markt. Damit können auch Gemeinden virtuelle Konten für unterschiedliche Bereiche mit eigenen IBANs eröffnen. Das bringt mehr Überblick im Zahlungsverkehr und reduziert die Kosten für die Kontoverwaltung. Alle Infos dazu haben wir in einem Erklärvideo auf **publicsector.bankaustria.at** zusammengefasst. Zusätzlich bieten wir hilfreiche Lösungen für die Verwaltung mehrerer Bankkonten bei unterschiedlichen Banken online oder als App. Daneben stehen natürlich auch unsere bewährten Praxisplaner unter **www.praxisplaner.at** zur Verfügung.

<sup>1)</sup> ohne Wien, Quelle KDZ

**MEHR INFOS ...**

... erhalten Sie bei Ihrer Gemeindebetreuerin bzw. Ihrem Gemeindebetreuer auf **publicsector.bankaustria.at** oder unter **Tel. +43(0)5 05 05-41691**

 **Bank Austria**  
Member of  **UniCredit**

Damit Ihre Bürger  
**mehr als nur**  
**Bahnhof** verstehen



KOMMUNAL und die RIS GmbH präsentieren:

**DAS GEMEINDE-GLOSSAR**

**Wollen Sie Ihren Bürgern Begriffserklärungen zu juristischen Themen bereitstellen?**

Bauen Sie unser Glossar auf Ihrer Gemeinde-Homepage ein. Wenn Ihre Homepage mit RIS Kommunal erstellt wird, ist der Einbau schon durch das Setzen eines Häkchens möglich.

Bei Fragen kontaktieren Sie gerne:  
**patrick.berger@kommunal.at**

NEUER NAME, GEBÜNDELTE KOMPETENZEN, ERWEITERTES PORTFOLIO

# MIKROBELAG GMBH WIRD VIALIT AUSTRIA GMBH

Das Unternehmen Mikrobelag GmbH firmiert seit 8. Jänner 2021 unter dem neuen Namen Vialit Austria GmbH. Das seit über 40 Jahren bestehende Tochterunternehmen der Vialit-Gruppe startet als Full-Service-Anbieter für umweltfreundliche Straßenerhaltung und Asphaltinstandsetzung ins Jahr 2021.

Die Umbenennung in Vialit Austria GmbH ist ein weiterer strategischer Schritt, nachdem schon im Oktober 2020 der Vertriebs- und Ausführungsbereich der Asphalt und Bitumenemulsion produzierenden Vialit GmbH & Co KG mit Sitz in Oberösterreich herausgelöst und in die Mikrobelag GmbH eingegliedert wurde.

Der Firmennamen spiegelt sowohl die Zugehörigkeit zur international agierenden Vialit Gruppe wider als auch das österreichweite Tätigkeitsfeld. Ebenso wird das angrenzende Bayern nach wie vor von



Die Geschäftsführung der Vialit Austria GmbH – ehemals Mikrobelag GmbH: Wilfried Schinnerl (links) und Klaus Bode.

Österreich aus betreut werden. „Besonderes Augenmerk wurde auf den Erhalt der Stärken bei gleichzeitiger Integration der verschiedenen Bauweisen gelegt“, erklärt Klaus Bode, kaufmännischer Geschäftsführer der neu getauften Vialit Austria GmbH.

**Zusammenführung der Marktexpertise.** Die Umbenennung in Vialit Austria GmbH ist ein weiterer strategischer Schritt: „Wir haben nun die über Jahrzehnte gesammelte Marktexpertise beider

Teams, Mikrobelag und Vialit, zu einer Kompetenz gebündelt“, weiß Wilfried Schinnerl, langjähriger technischer Geschäftsführer der Mikrobelag GmbH und nunmehrigen Vialit Austria GmbH.

„Durch diese Verbesserung in der Unternehmensstruktur lernen wir den Markt noch besser verstehen und können mit noch individuelleren Lösungen auf Problemstellungen unserer Kunden im Bereich Instandhaltung und Sanierung von Asphaltflächen eingehen“, kündigt Schinnerl an.

**Die grüne Asphaltlösung.** Bei den vielen Verbesserungen bleibt jedoch eines wie gewohnt: die Umweltfreundlichkeit der Vialit-Produkte. Dieses Alleinstellungsmerkmal gilt für die von Vialit entwickelten Reaktiv-Asphalt®-Produkte seit mehr als 30 Jahren. Um das einmal mehr ins Bewusstsein der Zielgruppen zu bringen, führt die Vialit Austria GmbH nun den Slogan ‚Die grüne Asphaltlösung‘ im Logo mit, was durch den gezielten Einsatz von grünen Applikationen noch weiter unterstrichen wird.



**KONTAKT**

VIALIT Austria GmbH  
 Josef-Reiter-Straße 78  
 5280 Braunau  
 +43 7722 62977-0  
[office@vialit-austria.at](mailto:office@vialit-austria.at)  
[www.vialit-austria.at](http://www.vialit-austria.at)

FOTO // Vialit

ENTGELTICHE EINSCHALTUNG

## BANK DESSAU IV mit Lehne

Ein Bankmodell aus der Bankfamilie DESSAU



Nachhaltig, ansprechend, langlebig

**STAUSBERG**  
 S T A D T M Ö B E L



## OUTDOOR-FITNESS-PARKS IM TREND

# GESUNDHEIT STÄRKEN MIT SPORT IM FREIEN

Waren Freizeitanlagen mit frei zugänglichen Outdoor-Fitnessgeräten in Österreich bisweilen nur einem kleinen Kreis bekannt, so hat der in anderen Ländern bereits etablierte Trend nun auch die heimische Bevölkerung voll erfasst.



**Outdoor-Fitnessgeräte liefern einen steigenden Beitrag zur aktiven Freizeitgestaltung und zur Volksgesundheit – und das für jedermann und -frau und auch ohne ein Fitnesscenter aufzusuchen.**



Die rasant wachsende Beliebtheit der Fitnessgeräte im Außenbereich hat auch gute Gründe. Die langlebigen, wartungsarmen und beinahe unzerstörbaren Trainingsanlagen eignen sich hervorragend für ein individuelles Fitnesstraining an der frischen Luft, ohne erst lange ein Fitnesscenter suchen zu müssen. Hingehen, trainieren und genießen heißt die einfache Devise! Kein kostenintensives Abo in einem Fitnesscenter, kein langwieriges Umziehen, keine Rücksicht auf Geschäftszeiten und Verfügbarkeit nehmen müssen.

Die Zahl der Gemeinden, die ihrer Bevölkerung ein freizugängliches Areal zur Körperertüchtigung zur Verfügung

stellen wollen, wächst stetig. Die breite Produktpalette an Fitnessgeräten deckt auch jede erdenkliche Zielgruppe und die unterschiedlichsten Trainingsziele ab. Bewegungs- und Ausdauertraining werden ebenso wie Krafttraining und allgemeine Mobilisierung unterstützt. Gezielte und regelmäßige Anwendung heben nicht nur die Fitness, sondern lassen auch rasch zu viel erworbene Kilos von den Hüften purzeln. Die umfangreichen Kalisthenie-Anlagen erfreuen sich beispielsweise insbesondere bei der körperbewussten jüngeren Generation größter Beliebtheit. Durch die Eignung für die ganze Familie und alle Generationen finden sich die Outdoor-Trainingsgeräte

mittlerweile entlang von Wander- und Radwegen und als perfekte Ergänzung zu Spielplätzen, wo Eltern ihre Kleinen im Auge behalten und ganz nebenbei etwas für ihre Fitness tun können.

**Speziell auf die Bedürfnisse von Senioren und Personen mit Bewegungseinschränkungen** abgestimmte Geräteserien können entweder mit herkömmlichen Fitnessgeräten zu Familienparks kombiniert oder zu speziellen Mobilisierungsparks zusammengestellt werden. Die heimische Firma InnoFit, die als Lieferant mit mittlerweile mehr als 100 verschiedenen Trainingsstationen die größte Auswahl für den individuellen Bedarf anbie-

ten kann, präsentierte jüngst mit der neuen „Performance Serie“ Maschinen, die durch verstellbare Gewichte auch die höchsten Ansprüche an ein Trainingsprogramm erfüllen können. Für außergewöhnliche Umweltbedingungen gibt es darüber hinaus viele der Geräte in einer Edelstahl Ausführung, die auch durch die besondere Optik besticht.

**MEHR INFOS ...**  
... finden Sie auf  
[www.innofit.at](http://www.innofit.at) oder unter  
[office@innofit.at](mailto:office@innofit.at)

**innoFit**  
innovative Fitnesslösungen

KREISLAUFWIRTSCHAFT

# DER STELLENWERT THERMISCHER ABFALL- VERWERTUNG

Die geplante Umsetzung des EU-Kreislaufwirtschaftspakets hat zu einer Fokussierung von Politik und Öffentlichkeit auf das Thema Recycling von Abfällen geführt. Auch die damit verbundenen geplanten Maßnahmen zur Erreichung der Recyclingziele sind von großem Interesse.

TEXT // SEBASTIAN SPAUN / LUKAS KRANZINGER

Wirft man einen Blick auf die Behandlung von Siedlungsabfällen in der EU, erkennt man am Beispiel von Deutschland und Österreich, dass hohe Recyclingraten und thermische Abfallverwertung kein Widerspruch sind (siehe Abbildung 1). Man sieht aber auch, dass viele Mitgliedsstaaten erheblichen Aufholbedarf haben und die intensive Diskussion zur Steigerung der Recyclingquoten zum Anlass nehmen könnten, die thermische Abfallbehandlung wieder einmal links liegen zu lassen.

Dies hat der ÖWAV-Arbeitsausschuss „Thermische Behandlung“ zum Anlass genommen, den Stellenwert und die künftige Bedeutung der thermischen Verwertung in einer modernen Recyclingwirtschaft in Europa einer genaueren Bewertung zu unterziehen.

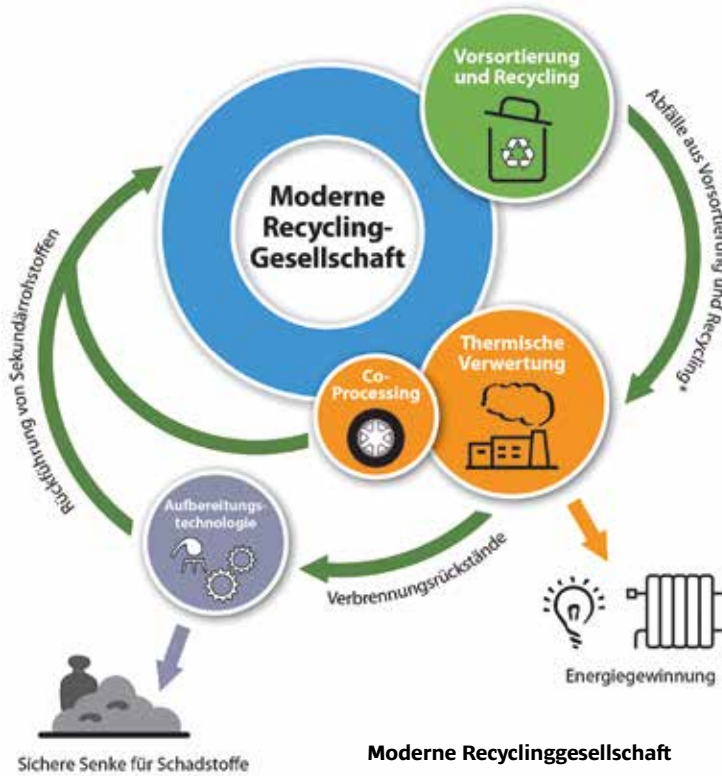
Das ExpertInnenpapier möchte den erfolgreichen österreichischen Weg aufzeigen: Österreich sieht die thermische Abfallbehandlung als einen integralen Baustein einer erfolgreichen Abfallwirtschaft, die im Zusammenwirken mit letzten Senken unverzichtbar ist, um Schadstoffe aus neuen Stoffkreisläufen fernzuhalten.

**Zum Stand der Abfallverbrennung in Österreich.** Im Jahr 1963 ging die erste österreichische Abfallverbrennungsanlage in Betrieb, heute werden in elf Abfallverbrennungs- und 51 Mitverbrennungsanlagen rund 40 Prozent der Siedlungsabfälle thermisch verwertet. Trotz des hohen Stellenwerts der thermischen Abfallverwertung werden rund 60 Prozent der Siedlungsabfälle dem Recycling zugeführt. Im europäischen Vergleich ist Österreich damit einer der Spitzenreiter beim Recycling und bei der thermischen Verwertung.

Seit Ende der 80er-Jahre bestehen für die thermische Verwertung von Abfällen in Österreich strenge und genau definierte gesetzliche Vorgaben. Mit der Abfallverbrennung-Sammelverordnung (BGBl. II Nr. 389/2002) wurden die Regelungen der europäischen Abfallverbrennungsrichtlinie (RL 2000/76/EK) in österreichisches Recht umgesetzt, wobei zum Teil striktere Vorschriften für Luftemissionen festgelegt wurden, die eingehalten und zum Teil deutlich unterschritten werden. Folglich zeichnen diese Anlagen auch nur für einen äußerst kleinen Teil der nationalen Luftemissionen verantwortlich. Mitverbrennungsanlagen haben zusätzlich

FOTO // Copyright 2007, Mike Watson Images Limited/stock.adobe.com

» Die getrennte Sammlung und Verwertung (Recycling) sowie die effiziente thermische Verwertung von Abfällen sind **unverzichtbare Eckpfeiler einer modernen Recyclinggesellschaft.**«



**Moderne Recyclinggesellschaft**

\* Enthalten noch Wertstoffe, die nach einer thermischen Verwertung rückgewonnen werden können (z. B. Metalle, Glas).

QUELLE: ÖWAV-ExpertInnenpapier

Inputgrenzwerte für Ersatzbrennstoffe einzuhalten.

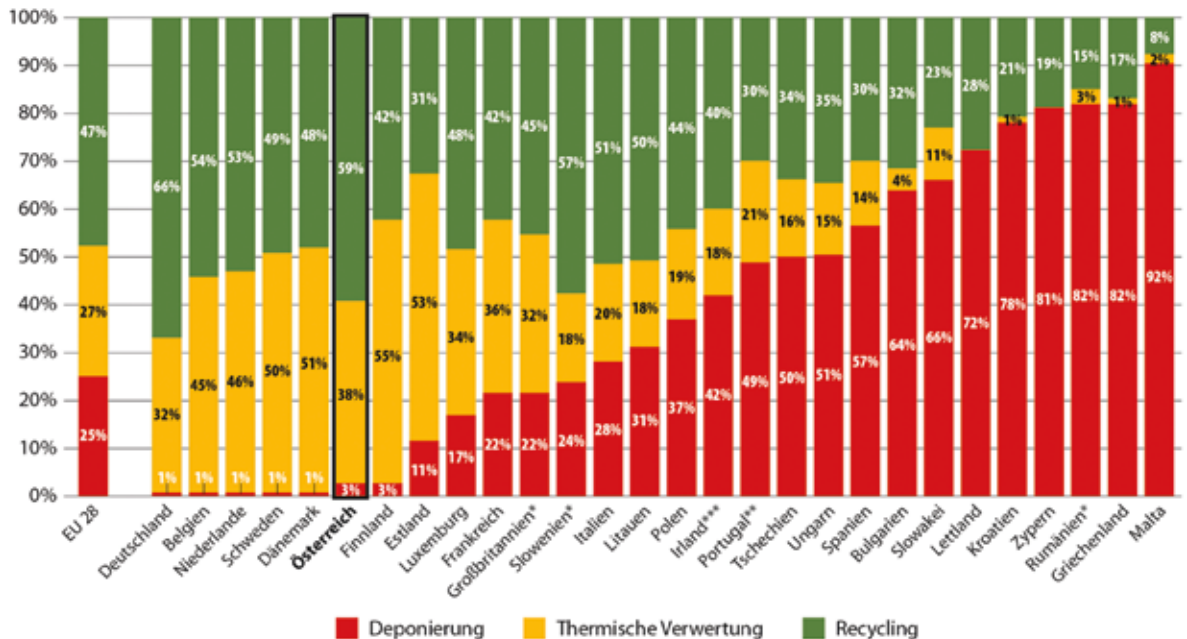
Die Anlagenbetreiber müssen den zuständigen Behörden jährliche Emissionsmeldungen übermitteln, die das Umweltministerium alljährlich in Berichtsform veröffentlicht. Zahlreiche Betreiber von Abfall(mit)verbrennungsanlagen stellen darüber hinaus auf ihren Webseiten Echtzeitmessungen ihrer Emissionen zur Verfügung, die von der Öffentlichkeit jederzeit eingesehen werden können.

Die in Österreich jahrzehntelang eingesetzte, verlässliche Technik in Kombination mit strengen Grenzwerten und einer offenen Information der Bevölkerung haben zu einer breiten Akzeptanz der thermischen Verwertung von Abfällen geführt.

**Notwendigkeit der thermischen Abfallverwertung.** Die getrennte Sammlung und Verwertung (Recycling) von Altstoffen und biogenen Abfäll- »

**Behandlung von Siedlungsabfällen in den EU-28-Mitgliedstaaten im Jahr 2018. Quelle: EUROSTAT 2019**

\* Daten 2015, \*\* Daten 2014, \*\*\* Daten 2012



len sowie die effiziente thermische Verwertung von nicht recyclingfähigen Abfällen sind unverzichtbare Eckpfeiler einer modernen Recyclinggesellschaft. Auch bei einer gut ausgebauten getrennten Sammlung und der Erreichung hoher Recyclingquoten fallen am Ende bzw. während des Recyclingprozesses noch immer Abfraktionen (z. B. Haus- und Gewerbeabfall sowie Reststoffe) an, die für das Recycling nicht geeignet sind bzw. diesem nicht zugeführt werden dürfen. Abfallverbrennungs- und Mitverbrennungsanlagen behandeln diese nicht recyclingfähigen Abfälle nach dem modernsten Stand der Technik.

Zusätzlich ermöglichen Abfallverbrennungsanlagen eine Ausschleusung nicht verwertbarer Rest- und Schadstoffe aus der Kreislaufwirtschaft und deren sichere Ablagerung auf Deponien. Bei der Mitverbrennung (z. B. in der Zementindustrie) werden im Zuge der Co-Processing-Technologie Brennstoffe nicht nur thermisch, sondern gleichzeitig auch stofflich verwertet (s. Abbildung vorige Seite).

Darüber hinaus leisten Abfallverbrennungs- und Mitverbrennungsanlagen in einer modernen und nachhaltigen Abfallwirtschaft folgende wesentliche Beiträge zum Schutz von Mensch, Umwelt und Klima:

- ⊙ Hygienisierung und Inertisierung der Abfälle
- ⊙ Gesicherte Behandlung gefährlicher und nicht rezyklierbarer Abfälle
- ⊙ Zerstörung organischer Schadstoffe einschließlich persistenter organischer Verbindungen (POP)
- ⊙ Reduktion des Abfallvolumens um mehr als 90 Prozent
- ⊙ Reduktion der Abfallmasse um mehr als 75 Prozent
- ⊙ Rückgewinnung von Wertstoffen aus den Verbrennungsrückständen (z. B. Metalle, Glas, Phosphor und Gips)
- ⊙ Beitrag zum Klimaschutz durch Vermeidung treibhauswirksamer Gase (z. B. Methan aus Deponien)
- ⊙ Beitrag zu den EU-Zielen für erneuerbare Energie (Substitution fossiler Energieträger) und Energieeffizienz (Versorgungssicherheit und Importunabhängigkeit)

**Fazit und Forderungen.** Um eine umweltgerechte Kreislaufwirtschaft unter Einhaltung der vorgegebenen Recyclingquoten zu erreichen, ist die Umsetzung folgender Punkte unabdingbar:

- ⊙ Die energetische Verwertung ist ein integraler

### ÜBER DEN ÖWAV

Der Österreichische Wasser- und Abfallwirtschaftsverband (ÖWAV) vertritt mit seinen über 2.300 Mitgliedsorganisationen die Gesamtheit der Wasser-, Abwasser- und Abfallwirtschaft in Österreich und ist somit das Branchennetzwerk in diesem Bereich im Land. Als neutrale und unabhängige Informations- und Netzwerkplattform stellt der ÖWAV den politischen Vertretern und der Fachwelt seine Expertise in den Bereichen Wasser-, Abwasser- und Abfallwirtschaft zur Verfügung.

Das ExpertInnenpapier zur thermischen Abfallverwertung steht auf der ÖWAV-Seite [www.oewav.at/publikationen](http://www.oewav.at/publikationen) zum Gratisdownload zur Verfügung.



DI **SEBASTIAN SPAUN** IST LEITER DES ARBEITSAUSSCHUSSES „THERMISCHE BEHANDLUNG“ BEIM ÖSTERREICHISCHEN WASSER- UND ABFALLWIRTSCHAFTSVERBAND (ÖWAV)  
 DI DR. **LUKAS KRANZIGER** IST ÖWAV-BEREICHSLEITER DER FACHGRUPPE „ABFALLWIRTSCHAFT & ALTLASTENSANIERUNG“

Bestandteil der Kreislaufwirtschaft und leistet einen effektiven Beitrag zum Klimaschutz. Dieser Beitrag bedarf einer entsprechenden Anerkennung durch die Anrechnung auf die erneuerbaren Energieziele.

- ⊙ Die hochwertige Verwertung von Verbrennungsrückständen oder deren Bestandteilen (neben Metallen auch Glas, saubere mineralische Reststoffe und Co-Processing in der Zementindustrie) ist ökologisch sinnvoll und daher auf die EU-Recyclingquoten für Siedlungsabfälle anzurechnen.
- ⊙ Die Deponierung von Abfällen mit relevantem organischem Gehalt belastet das Klima, den Boden, die Gewässer sowie nicht zuletzt die menschliche Gesundheit und führt zu hohen volkswirtschaftlichen Folgekosten. Daher dürfen die Fristen für das europaweite „Deponierungsverbot“ für diese Abfälle nicht weiter verlängert werden. Die Änderungen der Deponie-Richtlinie (2018/850) vom 30. Mai 2018 sind umzusetzen und der Verbrauch von Deponievolumen ist EU-weit nachhaltig zu reduzieren.
- ⊙ Um die Ziele der Deponie-Richtlinie fristgerecht zu erreichen, müssen europaweit rechtzeitig Maßnahmen für den Ausbau der thermischen Verwertung gesetzt werden.

Die politische Anerkennung und Unterstützung der energetischen Verwertung würde im Einklang mit den Zielen des EU-Kreislaufwirtschaftspakets zu einem Innovationsschub in Europa führen. Sowohl im Bereich der Aufbereitung/Sortierung, der Verbrennungstechnologie und Rauchgasreinigung als auch der Aufbereitung und dem Recycling von Verbrennungsrückständen besteht hohes Innovationspotenzial. Diese Entwicklungen schaffen Arbeitsplätze und machen Europa zu einem Vorreiter im Bereich der Umwelttechnik.

Damit stellt die thermische Verwertung einen integrierten Bestandteil einer hoch entwickelten Abfallwirtschaft dar und leistet einen wesentlichen und ökologisch nachhaltigen Beitrag in Hinblick auf das Kreislaufwirtschaftspaket.

Das Zusammenwirken aller Akteure der Abfallwirtschaft und insbesondere der große Beitrag, den die Gemeinden in Österreich leisten, ist ein Vorzeigebispiel für nachhaltige Kreislaufwirtschaft in Europa. Darauf können wir berechtigt stolz sein und das sind gute Voraussetzungen, um auch die kommenden Herausforderungen erfolgreich zu meistern. 📌

**KOMMUNALE FAHRZEUGBESCHAFFUNG**

# ÖKOLOGISCH. WIRTSCHAFTLICH. HANDELN



FOTO // stock.adobe.com

Die verpflichtende Lebenszyklusbetrachtung gilt gleichermaßen für Beschaffungen im EU-Oberschwellenbereich und im nationalen Unterschwellenbereich.

In der EU wird umgesetzt: Mindestziele für die Beschaffung sauberer Straßenfahrzeuge als Startschuss für eine Trendwende.

TEXT // ANDREAS GFÖHLER / CHRISTIAN GRUBER

Die „grüne“ Beschaffung ist spätestens seit dem Regierungsprogramm der türkis-grünen Bundesregierung in aller Munde. Sie macht auch vor der kommunalen Fahrzeugbeschaffung nicht halt. Dieser Beitrag soll auf zwei wesentliche Herausforderungen für Gemeinden eingehen:

**Verpflichtende Quote an „sauberen Fahrzeugen“.** Am 12.07.2019 wurde die europäische Richtlinie 2019/1161 (Clean Vehicle Directive) zur Änderung der Richtlinie 2009/33/EG über die Förderung sauberer und energieeffizienter Straßenfahrzeuge veröffentlicht. Sie regelt, dass bei der Beschaffung von Straßenfahrzeugen bestimmte Mindestziele zu erfüllen sind. Sie ist ein strategisches Instrument zur Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen im Verkehrssektor.

Die Richtlinie richtet sich an die Mitgliedstaaten. Diese haben während vorgegebenen Perioden sicherzustellen, dass in der Gesamtheit aller innerstaatlichen Fahrzeugbeschaffungen ein Prozentsatz von 38,5 % (leichte Nutzfahrzeuge) bzw. 10 % bis 65 % (schwere Nutzfahrzeuge) an „sauberen Fahrzeugen“ (Fahrzeuge, die bestimmte CO<sub>2</sub>-Werte in g/km nicht überschreiten bzw. einen alternativen Antrieb aufweisen) beschafft wird.

Die Richtlinie umfasst Fahrzeugbeschaffungen öffentlicher Auftraggeber nach dem Bundesvergabegesetz – darunter sind auch Gemeinden zu verstehen. Umfasst sind alle Vertragsarten (als Kauf, Miete, Leasing, etc.).

Vom Begriff der Straßenfahrzeuge werden grundsätzlich die Fahrzeugklassen M1 (Personenkraftwagen), M2 (Busse) und M3 (schwere Busse) sowie darüber hinaus die Fahrzeugklassen N1 (leichte Nutzfahrzeuge) und N2 (schwere Nutzfahrzeuge) erfasst. Land- und forstwirtschaftliche Fahrzeuge (z. B. Traktoren) oder Kettenfahrzeuge sind ausgenommen.

Die Umsetzung in Österreich soll nach derzeitigem Kenntnisstand durch ein eigenes Gesetz erfolgen. Zukünftig müssen alle öffentlichen Auftraggeber (auch Gemeinden!) die vorgegebene Quote für sich erfüllen! Erfasst werden allerdings voraussichtlich nur Fahrzeugbeschaffungen im EU-Oberschwellenbereich sein.

### Verpflichtende Lebenszyklusbetrachtung.

Öffentliche Auftraggeber haben bei der Beschaffung von Straßenfahrzeugen für deren gesamte Lebensdauer (1) den Energieverbrauch, (2) die CO<sub>2</sub>-Emissionen sowie (3) die Emission von Stickstoffoxiden (NO<sub>x</sub>), Nichtmethan-Kohlenwasserstoffen (NMHC) und Partikeln zu berücksichtigen.

Die Berücksichtigung dieser betriebsbedingten Energie- und Umweltauswirkungen hat entweder

1. bei der Festlegung der technischen Spezifikationen,
2. bei der Festlegung der Zuschlagskriterien oder
3. im Wege einer Bewertung der anfallenden Kosten im Rahmen eines TCO-Modells („total costs of ownership“) zu erfolgen.🔴

» Die verpflichtende Lebenszyklusbetrachtung ist geltendes Recht und in § 94 Bundesvergabegesetz geregelt.“



DR. ANDREAS GFÖHLER  
UND MAG. CHRISTIAN  
GRUBER SIND PARTNER  
BEI SCHRAMM ÖHLER  
RECHTSANWÄLTE GMBH

NEUE E-MOBILITÄT

# MIKRO IST MEGA!

Die große Chance – für kleine Elektrofahrzeuge. Die urbane Mobilität erlebt einen sanften Wandel. Weniger ist mehr, small is beautiful, praktisch, wendig, braucht wenig Platz. Den Leichtkraftfahrzeugen, selbstverständlich mit Elektro-Antrieb, wird eine große Zukunft vorausgesagt. Vor allem im gewerblichen, professionellem Einsatz, Fahrzeuge, die etwas aushalten müssen.

Wenn wir von „gewerblichen“ Mikromobilen sprechen, dann handelt es sich typischerweise um Fahrzeuge, die ein oder zwei Personen befördern können. Und „Gepäck“, in Form unterschiedlichster Transportbehälter, oder an-/aufgebaute funktionale „Module“. Eine Kategorie dieser Leichtfahrzeuge ist die „L2e-Klasse“. Das sind dreirädrige Fahrzeuge. Mit Elektroantrieb. Einer der innovativsten Hersteller ist die Schweizer Firma vRbikes. Teil des weltweit agierenden Konzerns von Roll-Infratec. Seit 1823 geht es dort eigentlich (fast) immer nur um ein wichtiges Thema: sauberes Wasser – seit 2009, als Start-up im Konzern, wird auch für saubere Luft gesorgt. Inzwischen ist vRbikes erwachsen, es wurde viel Zeit, Mühe und Geld investiert, um professionell nutzbare E-Dreiräder zu entwickeln. Seit 2014 gibt es das Modell vR3. Und die Entwicklung geht noch weiter.

Nutzer von solchen E-Dreirädern, wie z. B. die Schweizer Post (seit 2014 sind täglich um die 6.500 Fahrzeuge mit Anhänger unterwegs, um die Post zu transportieren) sind vom Sinn und Zweck dieser Fahrzeuge so überzeugt, dass aktuell die nächste Generation gesucht wird. Es läuft eine Ausschreibung, um den Fuhrpark der Zukunft zu finden. Noch mehr Fahrzeuge, mit deutlich mehr Volumen und Nutzlast. Zwei unterschiedliche Modelle – eines für die City, 2,5 Meter lang, nur 90 cm breit (wegen der Poller in den Fußgängerzonen), eines für die Peripherie, drei Meter lang, ein Meter breit. Mit einem nutzbaren Volumen von mehr als einem Kubikmeter. Warum ist klar, vor allem, weil die Zahl der Päckchen und Pakete enorm angestiegen ist. Im Vergleich zum Jahr 2017 waren es 2018

„vRbikes ist es gelungen, ein Fahrzeug zu designen, das im ‚Heckbereich‘ multifunktional ist und daher **besonders für Gemeinden und ihre vielfältigen Aufgaben geeignet ist.**“

rund 28.000 Päckchen mehr. Achtung: pro Tag! 2019 betrug der Anstieg rund 61.000 (gegenüber 2017 – und noch immer pro Tag). Und die Pandemie hat es natürlich explodieren lassen: 2020 wurden pro Tag um die 122.000 zusätzliche Päckchen/Pakete transportiert. Dafür braucht man „Platz“ und Fahrzeuge, die schnell und wendig unterwegs sein können. Die Post Ungarn hat ebenfalls eine Ausschreibung gestartet. Im ersten Schritt geht es um 1.500 Fahrzeuge dieser Kategorie. Die Post Italien sucht 800 E-Dreiräder. Allerdings in der L5e-Kategorie. Also um die 70 km/h schnell, weil es aus der City rausgehen soll. Die österreichische Post testet das vR3 intensiv.

**In der Schweiz, der Heimat von vRbikes, gibt es inzwischen einige Gemeinden und Städte,** die ihre täglichen Aufgaben mit den Dreirädern des Herstellers erledigen. vRbikes ist es gelungen, ein Fahrzeug zu designen, das im „Heckbereich“ multifunktional ist. Unterschiedliche Aufbauten für den kommunalen Einsatz werden angeboten. In der Bildergalerie finden Sie einige Modelle.



**Multifunktionale, maßgeschneiderte Aufbauten machen das Modell so erfolgreich – hier links für die Austrian Post.**



**vR3, das aktuelle Modell „Kommunal Spezial“ mit 140 oder 240 Liter Müllkübel, Auffahrtsrampe oder „Hebevorrichtung“.**



**Das „vR3.2 XXL“ – die Konstruktion ist schon fertig. Das Modell ist ab 2022 erhältlich. Inklusive elektrisch/hydraulischer, kipparer Müllmulde.**

**Das vR3.2 in L – auf den ersten Blick ist alles gleich, es sind aber 70 cm mehr Fahrzeuglänge. Das sind 840 Liter mehr Fassungsvermögen für die großen Müllaufgaben.**



**„Kommunal Spezial“ für Parks in Frankreich. Zwei kleine Müllsampler vorne beim Fahrer, inklusive Greifzange: So lässt sich Zeit sparen. Und im Container ist viel Platz, zum Beispiel eine 240-l-Mülltonne.**

vRbikes startet 2022 mit einem überarbeiteten Fahrzeug. Die Erfahrung der letzten fünf Jahre, die Wünsche der Nutzer und die Bedürfnisse der Nutzer der Zukunft (wie z.B. die Post in der Schweiz, Ungarn, Italien) lassen das Fahrzeug noch multifunktionaler machen. Und variabler. Gab es bis dato nur eine Fahrzeuglänge und zwei Fahrzeugbreiten, wird vRbikes, eigenen Aussagen zufolge, „der erste und einzige Hersteller“ sein, der das Modell vR3.2 „von S bis XXL“ anbieten kann. XXL bedeute dann max. 4 Meter Fahrzeuglänge (mehr ist in der EU nicht erlaubt) und insgesamt 3 Fahrzeugbreiten (90 bis 120 cm). Das Modell mit den 4 Metern ist dann für maßgeschneiderte urbane Sonderlösungen, wie z.B. das „City-Müllmulden-Bike“ (siehe Bild), gedacht. Noch immer elektrisch, noch immer geräuschlos. Schmal genug, um auch in Fußgängerzonen zu passen. Ein Fahrzeug, das in Kooperation mit einem italienischen Partner (dem Hersteller der Mulde) entwickelt wurde. Ein E-Bike mit einer Mulde ist gerade in London im Versuch. Das Konzept passt. Jetzt noch etwas größer und selbstfahrend. Das vR3.2 XXL.

Die große Chance – für kleine Elektrofahrzeuge –, weil mikro einfach mega ist. vRbikes startet im Frühjahr in Österreich eine Testphase für Kommunen. Die Idee ist, dass interessierte Städte und Gemeinden diese Fahrzeuge mindestens 2 bis 3 Woche testen. Um sicher zu sein, dass diese Mobilitätslösung „passt“.

**KOMMUNAL ist Ihr Ansprechpartner für die Mobilitätslösungen der Zukunft. Sie wollen eine davon testen? Dann senden Sie bitte eine Mail an: [martin.pichler@kommunal.at](mailto:martin.pichler@kommunal.at)**

## FÖRDERUNG GEWÄSSERÖKOLOGIE

# VERBESSERUNG DER GEWÄSSERLEBENSÄÄUME

Am 1. Februar 2021 sind die neuen F6rderungsrichtlinien des Bundesministeriums f6r Landwirtschaft, Regionen und Tourismus zur Verbesserung der 6sterreichischen Gewässer in Kraft getreten. Bis 2027 stehen in Summe 200 Millionen Euro an F6rderungsmitteln zur Verf6gung.

Intakte Gewässer stellen f6r jede Region 6sterreichs einen Mehrwert dar. Sie sind Lebensraum f6r eine Vielzahl von Tieren und Pflanzen, sie bieten Naherholungsräume und sie beeinflussen das Klima – um nur ein paar positive Effekte aufzuzählen. Doch unsere Gewässer unterliegen schon seit Jahrzehnten einem hohen Nutzungsdruck. Dieser hat dazu gef6hrt, dass Gewässerstrecken begradigt und Querbauwerke wie zum Beispiel Rampen mitten in den Fluss gebaut wurden. So wurden Lebensräume f6r Fische und andere Wasserorganismen zerst6rt und k6nstliche Barrieren geschaffen. Das Bundesministerium f6r Landwirtschaft, Regionen und Tourismus hat seit 2009 eine eigene F6rderungsschiene zur Verbesserung der 6sterreichischen Gewässer. Mit dieser F6rderung konnten schon viele Projekte mit Mehrwert erfolgreich realisiert werden. So wurden zum Beispiel an der Großen Tulln in Nieder6sterreich Rampen fischpassierbar gemacht und ein nat6rlich pendelnder Flusslauf wiederhergestellt. Die Maßnahmen haben kurz nach Fertigstellung auch schon ihre Wirkung gezeigt, da sich der Fischbestand und das Artenspektrum massiv erh6ht haben. Ein weiteres gelungenes Beispiel ist der Einsatz von innovativen Rampenbauwerken in der Ill in Vorarlberg, die nun wieder den Lebensraum von zwei Flussabschnitten miteinander verbinden. Bereits nach nur wenigen Wochen konnte die Bodensee-Seeforelle nachgewiesen werden, die den Erfolg der umgesetzten Maßnahme eindeutig bestätigt. An der Wulka im Burgenland wurde durch sieben Mänderschleif-

„ Auch wenn schon viele Projekte umgesetzt wurden, bleibt noch viel zu tun, bis alle Gewässer in 6sterreich sich wieder in ihrem nat6rlichen Zustand befinden.“

fen ein neuer Flusslauf geschaffen, der in seiner Form und Ausgestaltung dem nat6rlichen Zustand entspricht. Es entstanden neue Inseln und die B6schungen wurden mit standortgerechten Geh6lzen bepflanzt. Nun k6nnen alle typischen Fischarten die „neue“ Wulka passieren.

## Neuerungen in den F6rderungsrichtlinien 2021

Seit 1. Februar 2021 k6nnen auf Basis der neu 6berarbeiteten F6rderungsrichtlinien f6r kommunale F6rderungswerber Projekte zugesagt werden. Zu den kommunalen F6rderungswerbern zählen vor allem Gemeinden oder Verbände. Durch eine optimale Abstimmung zwischen der F6rderung der reinen Gewässer6kologie mit der Finanzierung des 6kologischen Schutzwasserbaus k6nnen in Zukunft großräumige Projekte bestm6glich geplant und umgesetzt werden. Die f6r den Schutz vor Hochwässern erforderlichen technischen wie auch 6kologischen Maßnahmen werden 6ber das Wasserbautenf6rderungsgesetz finanziert und die räumlich dar6ber hinaus gehenden 6kologischen Maßnahmen werden 6ber das Umweltf6rderungsgesetz unterst6tzt. Nutzen Sie die M6glichkeiten der neuen F6rderungsrichtlinien Gewässer6kologie f6r kommunale F6rderungswerber und bekommen Sie 60 Prozent der Investitionskosten f6r Maßnahmen zur Verbesserung der Gewässer vom Bund gef6rdert! 6

Mehr Infos: [www.bmlrt.gv.at/foerderung-gewaesseroekologie-kommunal](http://www.bmlrt.gv.at/foerderung-gewaesseroekologie-kommunal)



DER ONLINE MARKTPLATZ FÜR GEMEINDEN

**KOMMUNALBEDARF.AT**

# GESTALTUNG BEGINNT BEIM EINKAUF.

**-10%  
RABATT**

BEI EINER BESTELLUNG  
BIS 31.10.2021

**Der Beschaffungsprozess für Gemeinden kann auch ganz einfach funktionieren.**

Durch die unkomplizierte Bestellung aus unserem umfangreichen Sortiment und dem sicheren Kauf auf Rechnung. **KOMMUNALBEDARF.AT** ist der Online Marktplatz mit über 500.000 Artikeln für den kommunalen Bedarf. Erstellen Sie ein kostenloses Kundenkonto und sichern Sie sich mit dem **Code WILLKOMMEN2021** einen **Rabatt von 10 %** auf Ihre erste Bestellung.

Einfach. Alles. Beschaffen. **KOMMUNALBEDARF.AT**

## ÖVGW mit neuem Präsidium



**DI Michael Haselauer, MBA, Geschäftsführer der Netz Oberösterreich GmbH, fungiert seit Jahresbeginn für die nächsten zwei Jahre als Präsident der ÖVGW.** Haselauer war bereits als Vizepräsident und Sprecher für den Fachbereich Gas tätig. In seiner neuen Funktion wird er sich weiterhin für den umweltfreundlichen Energieträger Gas einsetzen und dafür, dass die Umstellung auf Grünes Gas wie geplant rasch vorangeht.



Unterstützt wird er seit Jahresbeginn von Ing. Wolfgang Nöstlinger, MSc MBA: Der neu gewählte Vizepräsident wird die ÖVGW als Sprecher des Wasserfachs nach außen vertreten. „Die nächsten Jahre bringen viel Neues für die österreichische Trinkwasserversorgung. Besonders wird uns die Umsetzung der aktuellen EU-Trinkwasser-Richtlinie in nationales Recht beschäftigen.“ Mehr Info unter: [www.ovgw.at](http://www.ovgw.at)



FOTO // ©smuki - stock.adobe.com/

## Bauteilaktivierung: Gebäude werden Wärmespeicher

**Der Gebäudebereich ist für einen wesentlichen Anteil am Energieverbrauch und an den CO<sub>2</sub>-Emissionen in Österreich verantwortlich. Raumwärme und Warmwasser sind die Hauptverursacher.** Abhilfe schaffen soll die thermische Bauteilaktivierung (TBA): Dabei werden Geschoßdecken mit wassertragenden Systemen ausgestattet, die den Einsatz von erneuerbaren Energien zur Beheizung und Kühlung von Gebäuden maximieren sollen. Im Rahmen der Ausschreibung „Energieflexibilität durch thermische Bauteilaktivierung“ unterstützt der Klima- und Energiefonds in Kooperation mit dem Klimaschutzministerium Planungsdienstleistungen für die Bauteilaktivierung bei Wohngebäuden. Mehr Infos unter:

- 📄 [klimafonds.gv.at](http://klimafonds.gv.at)
- 📄 [bauteilaktivierung.info](http://bauteilaktivierung.info) und [sbauteilaktivierung.info/factsheet](http://sbauteilaktivierung.info/factsheet)

## Wohnen im Grünen mehr denn je gefragt

**Baugrundstücke und Einfamilienhäuser liegen weiter im Trend. Sie sind aber rar und werden heuer noch teurer werden, wie der Immobilienmakler RE/MAX prognostiziert. Büroflächen und Geschäftslokale sollen hingegen deutlich billiger werden.** Durch die Corona-Pandemie ziehe es mehr Menschen an den Stadtrand oder ins Grüne. „Wohnen am Land wird attraktiver gesehen als noch vor ein, zwei Jahren“, hieß es seitens RE/MAX zu Jahresbeginn. Allerdings gebe es Probleme mit der Finanzierbarkeit, weil Banken mehr Eigenkapital verlangten und wegen der hohen Arbeitslosen- und Kurzarbeitszahlen restriktiver mit der Kreditvergabe seien, sagte Geschäftsführer Bernhard Reikersdorfer, der das Unternehmen gemeinsam mit seinem Bruder Peter leitet. Ob der starke Trend „raus aus der Stadt“ nach der Pandemie vorbei sein werde, lasse sich sehr schwer prognostizieren – es könnte sich aber rasch wieder auf ein normales Niveau einpendeln. Dass Wohnen mit einem Garten, einem Balkon oder einer Terrasse besonders gefragt sei, habe sich schon nach dem ersten Lockdown im Frühjahr 2020 gezeigt, so Reikersdorfer. Mehr Info unter:

- 📄 [remax.at](http://remax.at)

## BEST PRACTICE IN ALLER KÜRZE

### Schwellenwerte-Verordnung

Das Wichtigste zu Beginn jedes Jahres ist – zumindest im Vergaberecht – der Blick auf die aktuell geltenden Schwellenwerte. Sie bestimmen vor allem die Zulässigkeit der Wahl bestimmter Verfahrensarten sowie die Transparenz- und Dokumentationspflichten.

Der Vergabeexperte Heid & Partner lieferte zu Jahresbeginn die wesentlichsten Informationen für Neuvergaben ab 1.1.2021 in einer Gesamtübersicht (sofern Sie ein „öffentlicher Auftraggeber“ sind; für „Sektorenauftraggeber“ und „zentrale Beschaffungsstellen“ gelten andere Werte).

Es gelten aufgrund der kurz vor Weihnachten verlängerten „Schwellenwerte-Verordnung“ (siehe BGBl II 605/2020) bis auf Weiteres die bisher geltenden Schwellenwerte und korrespondierenden zulässigen Verfahrensarten. Man könnte daher sagen: „Alles bleibt besser!“

Und auf EU-Ebene hat sich bis dato auch (noch) nichts geändert. Bekanntlich werden die in den EU-Vergaberichtlinien festgelegten Schwellenwerte alle zwei Jahre überprüft und in der Regel auch adaptiert. Die Kommission wurde nunmehr vom Rat ausdrücklich unter Hinweis auf die Covid-Krise aufgefordert, die Möglichkeit einer Erhöhung der EU-Schwellenwerte zu prüfen.

- Mehr auf [heid-partner.at](http://heid-partner.at)

## Die „Hundebrille aus dem Weltall“

**Jetzt können bereits die Kleinsten den sicheren und guten Umgang mit Hunden erlernen.** Der Verein „Tierschutz macht Schule“ hat eine neue Broschüre herausgebracht. Sie heißt „Die Hundebrille aus dem Weltall“. Wenn Kinder eine Geheimschrift entziffern, können sie Hunde viel besser verstehen.

Sie erfahren, wie sie sich im Alltag bei Hundebegegnungen richtig verhalten sollen. Wenn sie wissen, wie Hunde die Welt sehen, trägt das maßgeblich zur entspannten Kind-Hund-Beziehung bei. Auch Kinder, die Hunde zu Hause haben, werden in der Broschüre viel Neues entdecken, denn mit Tierschutzwissen wird das Gespann Kind und Hund zu einem Dreamteam.

Mehr Information unter:

[tierschutzmachtschule.at](https://www.tierschutzmachtschule.at)



**Das Know-how erhalten Kinder von 7 bis 12 Jahren mit der Geschichte in der Broschüre: Darin landet der außerirdische Hund Sirius bei Ben und Katja im Garten, um den Kindern mithilfe einer Brille zu zeigen, was sich Hunde von den Menschen wünschen.**



**„Versorgungssicherheit gibt es nicht zum Nulltarif.“**

**Michael Strugl**, Verbund-Chef, im Interview mit den „OÖ Nachrichten“ zum Beinahe-Blackout Anfang Jänner.

FOTO // Büro LH-Stv. Strugl - Land OÖ

# 90.123

**Nach ersten vorläufigen Ergebnissen der Statistik Austria wurden vom 1. Jänner bis zum 31. Dezember 2020 bislang 90.123 Sterbefälle gemeldet.**

Diese Zahl wird aber noch weiter ansteigen, da mit Nachmeldungen von Sterbefällen des Vorjahres zu rechnen ist.

QUELLE: [http://statistik.at/web\\_de/presse/125167.html](http://statistik.at/web_de/presse/125167.html)

FOTO // ©Feel good studio - stock.adobe.com

## Elektroauto-Quote von über 50 Prozent

**Norwegen ist laut einem Bericht auf orf.at das weltweit erste Land mit einer Elektroauto-Quote von über 50 Prozent. Die Zulassungszahlen für das vergangene Jahr sprechen Bände: Demnach hatten 54,3 Prozent aller neu angemeldeten Pkws einen elektrischen oder einen Hybrid-Antrieb.**

E-Autos sind in Norwegen fast komplett von der Steuer befreit, sodass sie bei den Kosten mit Diesel und Benzinern mithalten können. Ziel ist, ab 2025 nur noch E-Autos zu verkaufen. Mehr unter:

[orf.at/stories/3196127/](https://www.orf.at/stories/3196127/)



**E-Autos sind in Norwegen fast komplett von der Steuer befreit, sodass sie bei den Kosten mit Diesel und Benzinern mithalten können.**

## Der Luchs ist zurück

**Die Naturschutzorganisation WWF Österreich freut sich über den ersten genetischen Nachweis eines Luchses in Tirol.** Da die maximal 39 heimischen Individuen bisher nur in kleinen, voneinander isolierten Populationen leben, die kaum Nachwuchs hervorbringen und daher genetisch verarmen, droht im schlimmsten Fall ihr gänzlich Verschwinden, wenn die Politik nicht handelt.

[wwf.at/de/luchs/](https://www.wwf.at/de/luchs/)



FOTO // © H. Glader\_4nature

# 79,1%

**Die Staatsverschuldung** betrug Ende des 3. Quartals 2020 300,2 Milliarden Euro oder 79,1% des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Damit lag sie um 15,6 Mrd. Euro niedriger als am Ende des 2. Quartals 2020.

QUELLE: <http://statistik.at>

# LAND & LEUTE

## NEUE STUDIE

Kriminalität der  
Zukunft bringt neue  
Herausforderungen  
Seite 56

## WOHNEN IN ZUKUNFT

Mutig nach innen  
wachsen  
Seite 58

Die kleine Gemeinde Werfenweng im Salzburger Pongau hat sich während der vergangenen Jahre zu einem Musterbeispiel für nachhaltige Tourismuskonzepte entwickelt. Ganz wichtig dabei ist eine neue Form der Mobilität. Für Bürgermeister Peter Brandauer ist es ein „Weg der 1000 kleinen Schritte“, auf dem sich laufend neue Formen und Möglichkeiten ergeben, auch in der Corona-Zeit.

NAME: **PETER BRANDAUER**

ALTER: **59**

GEMEINDE: **WERFENWENG**

EINWOHNERZAHL: **1037** (2020)

BÜRGERMEISTER SEIT: **1989**

PARTEI: **ÖVP**

**NAHAUFNAHME**

# „MIT DEM SAMMELTAXI IN DIE ZUKUNFT“

TEXT // JULIA POLLAK

**W**er macht in Zeiten von Covid-19 eine Zugreise in den Urlaub? Diese Frage stellt sich Peter Brandauer, Bürgermeister von Werfenweng im Pongau, seit Beginn des Vorjahres immer wieder. Die Pandemie ist gerade für einen tourismusabhängigen Ort wie seinen ein schwerer Schlag. Nach einem „super Start“ in die vergangene Wintersaison kam der erste Lockdown. Der vergangene Sommer sorgte noch einmal kurz für bessere Stimmung bei den Werfenwenger Betrieben, doch jetzt zu Beginn des neuen Jahres fällt die Bilanz sehr negativ aus. Brandauer fasst zusammen: „Es ist eine Katastrophe für uns.“

Für die weitgehend autofrei organisierte Gemeinde, die auch im Tourismus auf ein öffentliches Verkehrsmittelkonzept umgestellt hat, scheint die Pandemie eine wirkliche Herausforderung zu werden. Tagestouristen, die vorwiegend mit dem Auto anreisen, sind diesen Winter eine Belastung, der Verkehr wurde wieder mehr, eine Wertschöpfung durch Corona-Besucher nahezu unmöglich. Doch den Weitblick will sich Brandauer für seine Gemeinde nicht nehmen lassen. Zu viel ist in den vergangenen Jahren an positiven Entwicklungen passiert. „Es ist eine Zeit des Umdenkens: Was ist wirklich wichtig?“, fragt er sich – und ist mit dieser Frage sicher nicht alleine.

**Die goldenen 90er-Jahre.** Es ist schon eine Zeit her, als der promovierte Jurist Brandauer 1989 mit nur 28 Jahren das Bürgermeisteramt in Werfenweng übernahm. Er erinnert sich mit



**ES IST EINE ZEIT DES UMDENKENS: WAS IST WIRKLICH WICHTIG?“**

**Peter Brandauer** zu den Auswirkungen der Corona-Krise

einem Schmunzeln: „Wir waren damals die jungen Wilden, die neue Wege gehen wollten und Veränderung verlangten.“ Diese Motivation blieb bis heute bestehen, auch wenn sich Anfang der 1990er-Jahre noch keiner konkret vorstellen konnte, was das genau bedeutet.

Tourismus stand dabei von Beginn an als wichtigstes wirtschaftliches Standbein im Fokus. Schon bald nach der Amtsübernahme – die für Brandauer mit der zusätzlichen Besonderheit verbunden war, dass er direkt in ein von seinem Vorgänger neu gebautes Gemeindeamt einzog –, stand für ihn fest, dass es Konzepte für die Zukunft brauchte. „Der große Wettbewerb der Nachbargemeinden im Pongau, dazu zählen auch Obertauern oder Wagrain, ließ uns in Werfenweng gar keine andere Wahl, als uns damit auseinanderzusetzen“, erzählt Brandauer.

**Vorbild Zermatt.** Erster Schritt war die Erarbeitung eines touristischen Ortsleitbilds, um Werfenweng ein klares Profil zu geben. Dabei stellte sich schnell heraus, dass der Ausbau des touristischen Angebots nachhaltig und immer mit





Sommer und Winter mit elektrischer Mobilität.

FOTO // -keine Daten von Verknüpfung-



FOTO // Bethel Fath

dem Augenmerk versehen sein sollte, dass die Gemeinde auch Wohnort bleiben kann. „Damals hielten wir schon fest, dass wir das autofreie Zermatt als Musterbeispiel nehmen“, verrät der Ortschef. Die Umgestaltung erfolgte aber in vielen Etappen: ein „Weg der 1000 kleinen Schritte“, wie Brandauer es benennt. „Wäre ich so radikal wie in Zermatt an das Thema herangegangen, wäre ich wohl schon lange nicht mehr Bürgermeister.“

Die Bevölkerung stand der möglichen Autofreiheit und innovativen Konzepten zu Beginn skeptisch gegenüber, doch Brandauer entschied, den Weg unter Einbeziehung der Ortsbewohner und Experten weiterzugehen. Diese Arbeit sollte auch nicht mehr aufhören – Werfenweng erneuert sich bis heute laufend selbst. Das macht sich vor allem in der steigenden Einwohnerzahl bemerkbar, die nun doppelt so hoch ist wie zur Zeit von Brandauers Amtsübernahme. Die günstige geografische Lage mit Nähe zu Salzburg und Hallein und der Ausbau eines leistbaren Wohnangebots mit guten Kinderbetreuungsmöglichkeiten bildeten dafür die Basis.

**Es muss ja nicht immer das Auto sein ...** Eine 1994 gemeinsam mit der Gemeinde Bad Hofgastein gewonnene Ausschreibung des Bundesministeriums legte den Grundstein und sicherte den finanziellen Rahmen, um erste notwendige Schritte für die Zukunft des Ortes einzuleiten.

Das Thema „sanfte Mobilität“ stand ab diesem Zeitpunkt an oberster Stelle der Maßnahmen. Der Werfenweng Shuttlebus wurde ins Leben gerufen. Dabei handelt es sich um ein Sammeltaxisystem, das mittlerweile auf drei Gemeinden ausgeweitet wurde, nach einem fixen Fahrplan fährt und bis eine Stunde vor Abfahrt gebucht werden kann. Die Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel wie Zugverbindungen wurde somit umweltfreundlicher gestaltet. Heute nutzen pro Jahr rund 36.000 Fahrgäste (Einheimische ebenso wie Touristen) die Busse. Beflügelt durch diese Maßnahme war für Brandauer klar, dass dies der Weg der Zukunft war.

Ein weiterer Schritt war die Einführung der SAMO Card, die die sanfte Mobilität auch im Namen trägt. Zu Beginn nur für Gäste vorgesehen, die während ihres Aufenthalts ihren Autoschlüssel im Werfenwenger Tourismusamt abgaben, wurde das Angebot auch auf die Bewohner erweitert. Dies hat sich in den letzten Jahren bewährt, rund 10.000 vergebene SAMO Cards pro Jahr zeichnen auch hier ein klares Bild. Besonders die Pendler profitieren stark von diesem Angebot. Als Anreiz, bewusster mit dem Autogebrauch umzugehen, erhalten Eltern, die sich bereit erklären, ihre Kinder zu Fuß in die Volksschule zu bringen, gratis eine Saisonkarte beispielsweise für den Badensee oder die Langlaufloipe. Wer sich einen autofreien Tag pro Woche gönnt, der bekommt günstige Konditi-

» **Wir waren damals die jungen Wilden, die neue Wege gehen wollten und Veränderung verlangten.**“

**Peter Brandauer** zur Entwicklung Werfenwengs nach seiner Amtsübernahme

ALLE FOTOS // TVB Werfenweng / Bethel Fath



**Das herrliche Panorama Werfenwengs – lautloses Genießen. Am „spazierhimmel Werfenweng“ führen komfortable Wege vorbei an Baumreihen und idyllischen Bachläufen und geben den Blick frei auf das sonnige Hochplateau und die umliegenden Berggipfel.**



FOTO // -Keine Daten von Verknüpfung-

**„Mit dem Sammeltaxi in die Zukunft“ – Werfenweng zeigt vor, wie das geht.**

onen bei Benutzung des von der Gemeinde zur Verfügung gestellten E-Mobils, sei es ein Auto oder ein Fahrrad.

Brandauer ist stolz darauf, den Weg der Gemeinde Werfenweng auch weit über die Landesgrenzen hinaus präsentiert haben zu dürfen. Von Schottland und Norwegen bis Japan, ja gar bis nach Las Vegas reiste er bereits, um die nachhaltigen Initiativen in und um Werfenweng vorzustellen.

**Regionale Kreisläufe.** Bürgermeister Brandauer will neben der umweltfreundlichen Mobilität auch höhere Wertschöpfungsmöglichkeiten für die Landwirte schaffen, ohne dabei den dörflichen Charakter Werfenwengs zu gefährden. Deren Beitrag weiß er zu schätzen: „Die Skipisten und Wanderwege, Wiesen und Almen könnten ohne die Arbeit unserer Bauern nicht in dieser Form und Schönheit zur Verfügung stehen – davon profitieren wir alle.“ Neben dem Tourismus hat Werfenweng aber kein wirtschaftliches Standbein. „Wir wollen zwar keine Tourismusindustrie, aber stehen bleiben geht auch nicht“, betont er seinen Anspruch an Lebens- und Urlaubsqualität im 21. Jahrhundert.

Passend dazu wurde 2006 das Projekt „Alpine Pearls“ ins Leben gerufen. Die Gemeinde Werfenweng war Gründungsmitglied und beherbergt auch den Sitz dieses Kooperationsprojekts von 21 Tourismusgemeinden in allen Ländern des

Alpenraums. Bled in Slowenien zählt ebenso wie Hinterstoder oder Berchtesgaden zu den Mitgliedern des Vereins. Gemeinsam haben sie sich zum Ziel gesetzt, regionale Kreisläufe zu fördern und auf umweltbelastende Faktoren im Tourismus und Verkehrsbereich zu verzichten, Müll zu vermeiden und auf erneuerbare Energien zu setzen.

Für Werfenweng heißt das auch, dass der Tourismus nicht ewig wachsen kann. „Im Leitbild der Gemeinde ist festgehalten, dass bei 3000 Gästebetten Schluss ist“, betont Brandauer. Derzeit liegt die Anzahl bei 1950 Betten. Auch hat sich der Ort von einer fast ausschließlichen Wintersportorientierung mittlerweile ebenso als Sommerdestination etabliert. Durch den stetigen, zeitgemäßen Weg der Gemeinde wuchs das Vertrauen in den Lauf der Dinge für den Bürgermeister. Selbst wenn die Pandemie da scheinbar gerade vieles zunichte macht. In Werfenweng wird weiter an einem nachhaltigen Angebot gearbeitet, neue Spazierwege entstanden bereits, ein umfangreiches Parkraumkonzept und die Verbindung von Digitalisierung und Mobilität entwickeln sich stetig. Brandauer, der selbst gar kein Auto mehr besitzt, ist überzeugt, dass in Zukunft auch niemand mehr eines brauchen wird: „Wir werden bald Mobilität kaufen statt einem Pkw.“

**JULIA POLLAK** IST FREIE JOURNALISTIN

## DAS AMT UND SEINE TRÄGERINNEN

Sie tragen die politische Hauptverantwortung für die Lebensqualität in den 2095 Gemeinden Österreichs. Ihren Bürgerinnen und Bürgern gelten sie je nach Blickwinkel als Reibebaum oder Respektsperson, Geldbeschaffer oder -verteiler, machtlos oder machtbewusst. KOMMUNAL fragt nach: Wie ticken unsere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister? Was treibt sie an? Wie interpretieren sie ihr Amt zwischen Erwartungsdruck, rechtlichen und budgetären Rahmenbedingungen? In Kooperation mit dem Verein Zukunftsorte porträtiert KOMMUNAL in einer losen Serie Gemeindeoberhäupter, die ihre Kommune nicht nur verwalten, sondern gestalten und ihre Visionen umsetzen wollen.

## HERAUSFORDERUNGEN VON MORGEN

# STUDIE ZUR KRIMINALITÄT DER ZUKUNFT

Neue technische und gesellschaftliche Entwicklungen bringen stets auch neue Kriminalitätsformen mit sich. Doch wo können bereits heute Maßnahmen gesetzt werden, um den Verbrechern von morgen präventiv begegnen zu können? Eine aktuelle Studie des KfV gibt Einblicke in die Kriminalität der Zukunft.



Zukünftige technische Entwicklungen werden unser Leben in vielerlei Hinsicht bereichern. Die Corona-Krise hat uns bereits erahnen lassen, welches Potenzial und welche Dynamik Digitalisierungsprozesse und neue Kommunikationstechnologien für das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben mit sich bringen. Die zunehmende Vernetzung ermöglicht es, trotz physischer Distanz zu lernen, zu arbeiten, innovative Geschäftsideen zu entwickeln, neue Kontakte zu knüpfen und bestehende zu pflegen. Sie begünstigt jedoch auch die Entstehung neuer Kriminalitätsformen: Denn jede technische Innovation kann auch für kriminelle Machenschaften instrumentalisiert und genutzt werden.

5G-Mobilfunknetze, Cloud-Security, künstliche Intelligenz, stark wachsende Opfergruppen in höherem Alter oder zunehmende Umweltverbrechen sind einige der Hauptrisikobereiche, die das KfV in einer aktuellen Studie als Zukunftskriminalitätsformen identifiziert hat. Die Ergebnisse sollen nun in die Präventionsarbeit einfließen und Diskussionen zu notwendigen Weichenstellungen anstoßen, damit den Herausforderungen von morgen schon heute aktiv begegnet werden kann.



„Die mit der Digitalisierung einhergehende Vernetzung wird auch in Zukunft weiter an Fahrt aufnehmen – **und mit ihr das Risiko, zum Opfer von Cyberangriffen zu werden.**“

**Dr. Othmar Thann,**  
Direktor des KfV

### 5G: neues Zeitalter der Mobilfunktechnologie.

5G als nächster Mobilfunkstandard wird die Digitalisierung massiv vorantreiben und eine bedeutende Evolution sämtlicher Aspekte des digitalen Lebens zur Folge haben. Die dadurch stark steigende Zahl an Endgeräten in Netzwerken erhöht jedoch auch das Risiko, Opfer von Cyberangriffen zu werden. Das Bewusstsein, welche Geräte im Netzwerk operieren und damit angreifbar sind, muss sowohl im privaten als auch im betrieblichen Kontext enorm verbessert werden.

### Vernetzung: Fluch und Segen für Unternehmen.

Die mit der Digitalisierung einhergehende Vernetzung wird auch in Zukunft weiter an Fahrt aufnehmen – und mit ihr das Risiko, zum Opfer von Cyberangriffen zu werden. Vor allem im Bereich der Operational Technology (OT) in der Industrie wird ein großer neuer Angriffsvektor entstehen, sobald diese Bereiche in ein Netzwerk eingebettet werden.

**Die Zukunft in der Wolke.** Cloud-Computing – die Verlagerung von Infrastruktur, Speicherplatz oder Software in eine digitale Plattform – hat in





## DIE ZUKUNFT DER KRIMINALITÄT BRINGT AUCH **ENORME HERAUSFORDERUNGEN FÜR DEN RECHTSSTAAT MIT SICH.**

Dr. Othmar Thann

**SeniorInnen sind nicht nur eine der am stärksten wachsenden Bevölkerungsgruppen. Sie sind auch beliebtes Ziel von Kriminellen. In Zukunft könnten Kriminelle moderne Technologien verstärkt dazu nutzen, um gezielt ältere Bevölkerungsgruppen ins Visier zu nehmen.**

den vergangenen Jahren massiv an Bedeutung gewonnen und wird in Zukunft noch weiter zunehmen. Für Unternehmen gilt es hier, rasch ein durchdachtes Sicherheitskonzept zu entwickeln, um auf Ausfälle oder Angriffe auf die digitale Infrastruktur schnell reagieren zu können. Aber auch private Nutzer werden in Zukunft ihre digitalen Daten in der Cloud besser schützen müssen.

**Bekämpfung der Umweltkriminalität.** Die Klimakrise wird über kurz oder lang auch zu einer ernsthafteren Sanktionierung und Verfolgung von Umweltkriminalität führen müssen, um ihren negativen Auswirkungen effektiv begegnen zu können. Zentrale Bereiche, die in diesem Kontext künftig an Bedeutung gewinnen könnten, sind die Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen, die Gefahr von Bränden, der Schutz des Grundwasserpegels sowie die fachgerechte Entsorgung von Altlasten, wie beispielsweise Lithium-Ionen-Akkus.

### **Überalterung als Chance für Kriminelle?**

SeniorInnen sind nicht nur eine der am stärksten wachsenden Bevölkerungsgruppen. Sie sind auch beliebtes Ziel von Kriminellen. In Zukunft

könnten Kriminelle moderne Technologien verstärkt dazu nutzen, um gezielt ältere Bevölkerungsgruppen ins Visier zu nehmen – beispielsweise, indem bestehende Betrugs- und Erpressungsmethoden wie der Neffen- oder Enkeltrick durch „Deep Fakes“ technisch perfektioniert werden. Diese entstehen durch die Programmierung einer künstlichen Intelligenz, die mit Hilfe von maschinenbasiertem „Deep Learning“ ein Gesicht oder eine Stimme abspeichert und auf eine andere Oberfläche setzt. Da die technischen Möglichkeiten in diesem Bereich schnell voranschreiten, wird es in Zukunft eine große Herausforderung sein, echte von gefälschten Bildern und Videos zu unterscheiden.

### **Künstliche Intelligenz und Quantencomputer.**

Künstliche Intelligenz (KI) simuliert intelligentes, lösungsorientiertes Verhalten. Die erste Stufe von KI ist bereits in einer Vielzahl unserer smarten Alltagsgeräte integriert. Auch wenn die weiteren Entwicklungsstufen künstlicher Intelligenz aktuell noch Zukunftsvisionen sind, arbeiten Forscher bereits heute an der Entwicklung sogenannter Quantencomputer, die KI und das maschinelle Lernen auf ein neues Level heben sollen. „Eine der wohl herausforderndsten Frage in diesem Kontext wird sein, ob und wie der legale Zugang zu Quantencomputern geregelt sein wird“, so Dr. Othmar Thann, Direktor des KfV. Damit wird deutlich: Die Zukunft der Kriminalität bringt auch enorme Herausforderungen für den Rechtsstaat mit sich. Denn die große Innovationskraft und die hohe Geschwindigkeit der Digitalisierung werden dazu führen, dass auch nationales, europäisches und internationales Recht reformiert bzw. interpretiert werden müssen, um den aktuellen Entwicklungen gerecht zu werden. Diese Weichenstellungen gilt es schon heute für die Zukunft vorzunehmen, denn: Sich vorzustellen, wie die Kriminalität der Zukunft aussehen könnte, ist bereits der erste wesentliche Schritt, um ihr zu begegnen. Ⓞ

## CORONA UND DIE ZUKUNFT DES WOHNENS

# MUTIG NACH INNEN WACHSEN

Nicht erst seit der Corona-Pandemie werden die konzeptionellen Mängel des aktuellen Wohnbaus in Stadt und Land offensichtlich. Nach wie vor orientiert sich die definierte Raumnutzung an herkömmlichen Mustern des Einfamilien- oder Singlehaushalts.

TEXT // ROLAND GRUBER/FLORIAN KLUGE

In Zeiten der Corona-Pandemie sind Wohnräume mehr denn je ein wichtiger Rückzugs-, Heimat- und Lebensraum der Menschen. Im Idealfall geborgen in der Familie, eingebettet im Kreise der Mitbewohner\*innen oder individuell im Single-Haushalt sind sie – insbesondere während des Lockdowns – Mittelpunkt des Lebens und immer häufiger auch des Arbeitens.

Demnach muss es das Ziel aller Stadt- und Kommunalgestalter sein, den Menschen großzügigen, komfortablen und multifunktional nutzbaren Wohnraum zu bieten, um gutes Leben und Arbeiten zu ermöglichen. Aber genau diese Großzügigkeit zwingt – ebenso wie der Trend zum Einpersonenhaushalt, die steigende Wohnfläche pro Kopf und der Zuzug in Ballungszentren – kleinere und größere Städte zu stetem Wachstum. Wachstum, das wertvolle Naturreserven verbraucht und den Klimawandel beschleunigt. Wachstum, das Freiräume frisst und Flächen versiegelt. Wachstum, das Anonymität und Vereinsamung fördert – noch verstärkt durch die Corona-Maßnahmen.

Wenn nicht jetzt, wann dann ist es an der Zeit, über Veränderungen in der Wohnraumschaffung nachzudenken? Wie kann ein Wohnungsbau aussehen, der gleichermaßen gesellschaftlich verantwortlich und ressourcenschonend ist? Wie

Die sozialen Folgen des Lockdowns werden durch Wohnbau-Konventionen verstärkt: Vereinsamung, Cocooning, Zunahme familiärer Konfliktsituationen, Erosion von Freund- und Nachbarschaften. Ganz zu schweigen von ökologischen und ökonomischen Auswirkungen herkömmlichen Wohnbaus: Bodenverbrauch, fehlende Nachverdichtung, Ausdünnung kommunaler Zentren.

kann ein gemeinschaftliches Zusammenleben in unseren Städten Einzug halten? Wie können lebenswerte Quartiere anstatt monofunktionaler Wohnghettos entstehen? Und gibt es Lösungen, die im ländlichen Raum ebenso funktionieren wie in der Stadt?

**Gemeinschaft mit Mut zur Vielfalt.** Um den Herausforderungen der Zukunft zu begegnen, müssen neue Lösungsvorschläge erforscht, alternative Strategien entwickelt und höhere Standards gesetzt werden. Dazu zählt eine bessere Nutzung der bestehenden Bausubstanz genauso wie der sensible Umgang mit Versiegelung und Flächenverbrauch bei Neubauprojekten. Die Kunst besteht darin, gleichzeitig ressourcenschonend zu bauen und Gemeinschaft, Vernetzung und Interaktion zu fördern. Neue Formen für das gemeinschaftliche Wohnen mit Mut zu Vielfalt, Heterogenität und Mischung sind gefragt! Das erfordert interdisziplinäre und partizipative Planungsprozesse: Lieber länger planen als falsch bauen!

FOTO // Kurt Hoerbst





**B.R.O.T. Pressbaum:** Zehn Holzhäuser und ein zentrales Gemeinschaftshaus schaffen im niederösterreichischen Pressbaum die Grundlage für diese neue Art des Miteinanders. Nach drei Jahren Planung und einer Bauzeit von zwölf Monaten bezogen die Mitglieder der Gemeinschaft ihr neues Zuhause.

**Beispiel Stadt: Fairberlinerhaus – mutig nach innen wachsen.** Um neue Standards zu setzen, müssen Pilotprojekte entstehen, die zeigen, dass gemeinschaftliches Wohnen und das Wachsen nach innen echte Alternativen zur Ausweisung neuer Bebauungsflächen sind, die auch im größeren Maßstab für private Investor\*innen oder städtische Wohnungsgesellschaften funktionieren.

Für ein solches Projekt hat nonconform in Kooperation mit Dr. Ruth Jacob eine Forschungsförderung der Deutschen Bundesumweltstiftung (dbu) erhalten. Die engagierte Bauherrin will in Berlin-Wilmersdorf das Hinterhaus eines städtischen Blocks ergänzen und ein Haus für gemeinschaftliches Zusammenleben umsetzen. Parallel zur Planung eines Architekturbüros entwickelte nonconform eine Strategie, die den Planungsprozess eines Architekturprojekts neu interpretiert und partizipative Formate darin einwebt. Um frühzeitig die Bedürfnisse der zukünftigen, aber noch unbekanntem Nutzer\*innen einzubeziehen, wurden in analogen und digitalen Workshopformaten mit potenziellen Nutzer\*innen neue



#### LINK ZUM PROJEKT

Das Ergebnis wurde im Rahmen eines Online-Symposiums im Dezember 2020 vorgestellt und mit Fachexpert\*innen diskutiert. Weitere Infos und ein Stream sind unter [nonconform.at/de/fairberlinerhaus](https://nonconform.at/de/fairberlinerhaus) zu finden.

Grundrisstypologien und Nutzungsmischungen für gemeinschaftliches Wohnen auf reduziertem Raum erforscht und unmittelbar in die Planung eingearbeitet.

**Gemeinschaftliches Wohnen und Arbeiten im ländlichen Raum.** Auch außerhalb von Ballungszentren gilt es neue Wohnformen zu realisieren, die passgenau auf die Bedürfnisse von Bewohner\*innen im ländlichen Raum reagieren und gleichzeitig flächenschonend sind: Einerseits ausreichend Wohnkomfort durch intelligente Grundrisse, Individualität in der eigenen Wohnung und Bezug zu Grünflächen, andererseits ebenso Räume für gemeinschaftliches Leben, bilden die Grundlage einer Wohnform, die sich zunehmender Beliebtheit erfreut: der Baugemeinschaft. Sie zeigt sich in Zeiten von Corona von ihrer besten Seite: Das gemeinschaftliche Wohnen macht es möglich, auch in Zeiten des Lockdowns enge soziale Kontakte zu pflegen und sich im Alltag mitzuteilen, ohne größere Ansteckungsrisiken einzugehen. >>



## Auch das Teilen von Arbeitsräumen wird nach dem durch die Pandemie bedingten Schub für das Homeoffice einen neuen Stellenwert erhalten.“

**Beispiel Land: B.R.O.T. Pressbaum – ein Dorf des Gemeinsinns.** Zehn Holzhäuser und ein zentrales Gemeinschaftshaus schaffen im niederösterreichischen Pressbaum die Grundlage für diese neue Art des Miteinanders. Nach drei Jahren Planung und einer Bauzeit von zwölf Monaten bezogen die Mitglieder der Gemeinschaft ihr neues Zuhause. B.R.O.T. steht für Begegnen, Reden, Offensein und Teilen und signalisiert den zentralen Community-Gedanken. Dieser lag auch dem partizipativen Planungsprozess zugrunde, in dessen Verlauf nonconform mit den Bewohner\*innen eine Vision vom „Zusammenleben aller Generationen in ökologischen Häusern – Teilen als Zukunft“ für das Wohnen und Leben am Land entwickelte und umsetzte.

Die Bewohner\*innen initiierten schon zu Beginn der Pandemie ein Gesundheitsteam, um innerhalb der Baugruppe den Umgang mit Corona-Maßnahmen zu regeln. „Bei uns leben auch alleinstehende Menschen. Darum gibt es in dieser Zeit das Angebot eines offenen digitalen Begegnungsraums, der die Situation für alle Bewohner\*innen verbessert“, berichtet Johanna Leutgöb, Mitbegründerin der Baugruppe. Viele Maßnahmen der Gemeinschaft greifen ineinander: Der Austausch in Sachen Home-Schooling und Kinderbetreuung ist wesentlich einfacher, da sich die Kinder ja durch die gemeinsame Schule gut kennen. Dazu kommen die Nutzung des Gemeinschaftshauses als Co-Working-Space, in dem Eltern konzentriert arbeiten können, sowie die gegenseitige Unterstützung beim Einkauf und die kurzen Wege zur gemeinsamen FoodCoop. Auch auf übergeordneter Ebene nutzt man das Netzwerk: Über die Initiative



FOTO // nonconform

„Fairberlinerhaus“: Um frühzeitig die Bedürfnisse der zukünftigen, aber noch unbekanntem Nutzer\*innen einzubeziehen, wurden in analogen und digitalen Workshopformaten mit potenziellen Nutzer\*innen neue Grundrisstypologien und Nutzungsmischungen für gemeinschaftliches Wohnen auf reduziertem Raum erforscht und unmittelbar in die Planung eingearbeitet.



**MAG. ROLAND GRUBER, MBA, MAS,** STUDIERT ARCHITEKTUR UND KULTURMANAGEMENT, IST GRÜNDER, GESELLSCHAFTER UND GESCHÄFTSFÜHRER VON NONCONFORM.

**PROF. DR.-ING. FLORIAN KLUGE** IST LANDSCHAFTSARCHITEKT UND GESELLSCHAFTER VON NONCONFORM.

„Gemeinsam Bauen & Wohnen“ findet Austausch mit anderen Baugemeinschaften statt.

**Behutsames Innenwachstum für Land und Stadt als neue Normalität.** Anhand der durchgeführten Projekte zeigt sich, dass unabhängig von der Lage, der zugrunde liegenden Fläche oder der Art des Zusammenlebens großes Potenzial in der Gemeinschaft als Wohnmodell für die Zukunft liegt. Auch das Teilen von Arbeitsräumen wird nach dem durch die Pandemie bedingten Schub für das Homeoffice einen neuen Stellenwert erhalten. Gemeinschaftliches Bauen, Wohnen und Arbeiten kann eine Antwort auf die Frage nach flächenschonendem, klimaverträglicherem Wohnbau sein.

Besonderes in Zeiten wie diesen, in denen Corona-Maßnahmen die Vereinsamung nochmals verstärken, kann das Leben in Gemeinschaft einen wichtigen Beitrag zum Wohlbefinden der Menschen leisten und zur „neuen Normalität“ im Wohnbau werden. ❁

Weitere Infos unter: [www.nonconform.at](http://www.nonconform.at)

**VERHALTENSKODEX GEGEN KORRUPTION**

# KORRUPTIONSPRÄVENTION AUCH FÜR GEMEINDEN

Der knapp 50-seitige „Verhaltenskodex zur Korruptionsprävention“ ist ein Regelwerk gegen Korruption für die rund 530.000 öffentlich Bediensteten in Österreich. Er steht unter dem Leitsatz „Die VerANTWORTung liegt bei mir – eine Frage der Ethik“.



Der Verhaltenskodex gilt für sämtliche Verwaltungsbereiche und Gebietskörperschaften Österreichs. „So bekommt der gesamte öffentliche Dienst – vom Lehrer über die Polizistin bis zum Gemeindebediensteten – ein klares Regelwerk gegen Korruption in die Hand“, erläuterte Beamtenminister und Vizekanzler Werner Kogler.

Die Beamtinnen und Beamten finden darin Anleitungen, anschauliche Beispiele und Checklisten, wie sie mit Bestechungsversuchen, Geschenken und Einladungen umgehen sollen. Außerdem informiert der Verhaltenskodex unter anderem darüber, wann Nebenbeschäftigungen und Vereinstätigkeiten zu melden sind, und erklärt die Datenschutz- und Geheimhaltungspflichten.

**Korruption schadet Ansehen und Demokratie.**

„Mir ist besonders wichtig, dass die Bediensteten sich direkt angesprochen fühlen und gut mit dem Kodex arbeiten können, denn jede und jeder Einzelne muss sich proaktiv gegen Korruption starkmachen. So tragen alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu einem korruptionsfreien, funktionierenden öffentlichen Dienst in

Österreich bei“, betonte Kogler. Der Vizekanzler verwies darauf, dass Korruptionsanfälligkeit nicht nur dem Ansehen des öffentlichen Dienstes schaden, sondern auch an den Fundamenten des Rechtsstaates rütteln und die Demokratie gefährden würde.

Die Inhalte des Kodex sollen fixer Bestandteil der Aus- und Weiterbildung aller öffentlich Bediensteten werden. Dafür hat die Verwaltungsakademie des Bundes in Kooperation mit dem Städtebund ein eigenes E-Learning-Programm entwickelt. Das neue E-Learning soll eine interaktive und flexible Auseinandersetzung aller öffentlich Bediensteten mit Korruptionsprävention garantieren.

Unter Federführung des Beamtenministeriums haben Expertinnen und Experten aus Bund, Ländern, Städten, Gemeinden sowie der Gewerkschaften GÖD und younion an der Überarbeitung des Kodex mitgewirkt. Auch das Austrian Chapter von Transparency International trug seine Expertise bei. ❖

Mehr Infos auf [www.bmkoes.gv.at/Themen/Aktuell/Neuer-Verhaltenskodex-gegen-Korruption.html](http://www.bmkoes.gv.at/Themen/Aktuell/Neuer-Verhaltenskodex-gegen-Korruption.html)



„Korruptionsanfälligkeit rüttelt an den Fundamenten des Rechtsstaats und gefährdet die Demokratie.“

**Werner Kogler**, Vizekanzler und als Bundesminister zuständig für den öffentlichen Dienst



## URBAN FUTURE GLOBAL CONFERENCE

# EUROPAS STÄDTE SETZEN AUF LEBENSQUALITÄT

Wohlfühlen ist wichtig. In den eigenen vier Wänden genauso wie im eigenen Stadtviertel. Das ist eines jener Dinge, die wir getrost als „Lockdown-Lehre“ verzeichnen können.

Viele Menschen haben in den letzten Monaten durch Spaziergänge, Fahrradausflüge oder auf der Suche nach neuen Laufstrecken eine stärkere Bindung zu ihrem eigenen Bezirk hergestellt. Dadurch haben die „vergrößerten Wohnzimmer“ der Bevölkerung auch wieder mehr Aufmerksamkeit erfahren. Und nicht nur das: Durch den oftmals stark zurückgegangenen Verkehr wird die Stadt völlig neu erlebt und die BürgerInnen schätzen Verkehrsberuhigungen noch mehr als zuvor.

Blickt man sich international um, fällt auf, dass sich in den Städten gerade einiges tut. BürgermeisterInnen und ihre Teams wollen die Lebensqualität der BürgerInnen erhöhen und denken dazu langfristiger und wagemutiger als noch vor wenigen Jahren. Bürgermeisterin Anne Hidalgo hat vor Kurzem angekündigt, dass Paris die weltbekannten Champs-Élysées in einen außergewöhnlichen Garten verwandeln wird.

Dazu nimmt die Stadtregierung 250 Millionen Euro in die Hand. Die ersten Entwürfe gehen gerade um die Welt, gefolgt von einer Welle der Begeisterung!

Barcelonas Stadtoberhaupt Ada Colau setzt wiederum seit einiger Zeit auf das geniale Konzept der „Superblocks“. Dabei werden neun Blocks zu einem Superblock zusammengefasst und innerhalb dessen wird der Autoverkehr stark eingeschränkt oder sogar zur Gänze eliminiert. Dadurch ergeben sich innerhalb eines Superblocks nahezu unbegrenzte Möglichkeiten. Es entstehen Cafés, Spielstraßen, begrünte Plätze und Gemeinschaftsgärten – ganze Nachbarschaften blühen auf. Während in Barcelona mittlerweile ein Superblock dem nächsten folgt, versuchen andere Städte auf der ganzen Welt – von Wien bis Rosario – das Konzept für sich zu übernehmen.

Aber nicht nur die großen Metropolen verwandeln sich. Auch kleinere Städte zeigen, was

» In Barcelona folgt mittlerweile ein Superblock dem nächsten. Andere Städte auf der ganzen Welt – von Wien bis Rosario – versuchen, das Konzept für sich zu übernehmen.“



Umgestaltung der Champs-Élysées in Paris.



Eine der verkehrsberuhigten Zonen in den Superblocks von Barcelona.

möglich ist. So etwa die belgische 100.000-Einwohner-Stadt Leuven, die 2018 mit dem European Green Leaf Award ausgezeichnet wurde. Übergeordnetes Ziel ihres jungen, innovativen Bürgermeisters Mohamed Ridouani ist das Erreichen der Klimaneutralität bis 2030. Und dafür steht ein Potpourri an Maßnahmen bereit, so zum Beispiel auch die Fassadenbegrünung der Mechelsestraat. Für dieses Projekt begrüßt die Stadt gemeinsam mit den ansässigen Ladenhabern im nächsten Jahr mehr als 40 Fassaden in der belebten Einkaufsstraße. Die Euphorie ist nicht nur bei den Händlern groß, auch die Bevölkerung ist begeistert von der Initiative und erhält ebenfalls die Chance, sich einzubringen. Dazu wird die Anschaffung von Pflanzen, die der Fassadenbegrünung dienen, finanziell gefördert. So wird mit relativ geringem Aufwand nicht nur die Luftqualität verbessert und Lebensraum für zahlreiche Insekten geschaffen, sondern auch das Stadtbild wesentlich verschönert.

Oft sind es bereits Kleinigkeiten, die den Wohlfühlfaktor erhöhen. Doch für die großen (notwendigen) Transformationen müssen BürgermeisterInnen einfach auch etwas wagen und sehr sichtbare Projekte realisieren: Das lässt BürgerInnen die Veränderung „erleben“ und schafft Unterstützung. Nicht zuletzt ist es ein klares Zeichen, dass man auch vor (vermeintlich) heiligen Kühen nicht zurückschreckt, um langfristig für mehr Lebensqualität zu sorgen.

**Mehr Beispiele städtischer Nachhaltigkeit finden Sie unter: [urban-future.org](http://urban-future.org)**

## SÜDTIROL NEWS



FOTO/arnokompatscher.com

Arno Kompatscher, Landeshauptmann von Südtirol

## Finanzvereinbarung für 2021 unterzeichnet

**Am 29. Dezember 2020 hat die Landesregierung auf Vorschlag von Landeshauptmann Arno Kompatscher die Vereinbarung über die Gemeindefinanzierung für das Jahr 2021 genehmigt.** Für das laufende Jahr wird das Land den Gemeinden und Bezirksgemeinschaften vorerst 282 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Mit den Mitteln können laufende Ausgaben bestritten und Investitionen getätigt werden.

Andreas Schatzer, Präsident des Südtiroler Gemeindenverbandes, zeigte sich anlässlich der Unterzeichnung der Vereinbarung zufrieden. „Trotz Corona haben wir die Zusage des Landeshauptmanns, dass wir gleich viele Gelder erhalten wie im Vorjahr. Vorerst gibt es zwar nur 282 Millionen, weitere 38 Millionen sollen aber mit dem Nachtragshaushalt im Juni dazukommen. Dafür werden wir im Laufe des Jahres eine weitere Vereinbarung abschließen“, so Schatzer.

Die für 2021 zugesagten Mittel werden folgendermaßen auf die erwähnten Fonds aufgeteilt. Der ordentliche Fonds umfasst 119 Millionen Euro. 115 Millionen davon werden den Gemeinden in drei Raten ausbezahlt, um die

laufenden Ausgaben zu decken. Eine zusätzliche Rate im Ausmaß von 38 Millionen Euro soll gegen Ende des Jahres folgen.

Knapp zwei Millionen Euro erhalten die Bezirksgemeinschaften. Weitere Beträge sind für den Ausgleichsfonds, die Instandhaltung der Radwege und für den Gebrauch der ladinischen Sprache vorgesehen.

Für Investitionen stehen insgesamt 127 Millionen Euro zur Verfügung. 118 Millionen erhalten die Gemeinden als Kapitalbeiträge. Ein Drittel davon wird den Gemeinden von Amts wegen ausbezahlt, der Rest wird auf Anfrage und für konkrete Projekte bereitgestellt. Weitere neun Millionen Euro sind für notwendige und dringende Bauvorhaben vorgesehen, die Gemeinden aufgrund ihrer wirtschaftlichen Lage sonst nicht realisieren könnten.

Für die Rückzahlung von Darlehen sind 31 Millionen Euro reserviert. Auf knapp 16 Millionen Euro beläuft sich der den Gemeinden zustehende Anteil der regionalen Wertschöpfungssteuer.

[presse@gvcc.net](mailto:presse@gvcc.net)  
Südtiroler Gemeindenverband

# PERSONALIA

## Generationenwechsel nicht nur an der Spitze

**SIPBACHZELL** // Generationenwechsel in der 2100-Einwohner-Gemeinde Sipbachzell. Anfang Jänner 2021 wählte der Gemeinderat den 34-jährigen Stefan Weiringer zum Nachfolger von Heinrich Striegl (65), der seit 2002 an der Spitze der Gemeinde stand.

Weiringer ist verheiratet, Vater zweier Kinder und beruflich als Versicherungsvertreter tätig. Die Herausforderungen sind angesichts der Corona-Krise in den nächsten Jahren groß. „Die Pandemie trifft uns als Abgangsgemeinde natürlich hart“, sagt Weiringer. Der geplante Um- und Zubau beim Kindergarten musste daher verschoben werden. „Wir hoffen, dass wir dieses Projekt 2022 in Angriff nehmen können“, sagt Weiringer. Heuer startet der zweite Teil der Sanierung des



Amtsgebäudes: Dieser betrifft vor allem das im Gebäude angesiedelte Musikheim, das umgebaut und erweitert wird.

Einen Generationenwechsel gab es auch in der Gemeindeverwaltung. Amtsleiter Josef Riegler geht in den wohlverdienten Ruhestand, mit Anfang März übernimmt mit Philipp Rammerstorfer ein Jurist die Amtsleitung.

## Neuer Chef ist alter Hase

**GLANEGG** // Am 3. Dezember 2020 wurde Arnold Pacher im Gemeinderat von Glanegg mit der Mehrheit der SPÖ-Stimmen zum neuen Bürgermeister gewählt. Guntram Samitz, langjähriges Gemeindeoberhaupt des Ortes, hatte seine Funktion im November krankheitsbedingt zurückgelegt. Arnold Pacher ist seit 30 Jahren engagierter Kommunalpolitiker, Betriebsrat und Gemeinderat und war zuletzt auch Vizebürgermeister.



## Ein Fotograf im Chfesssel

**KIRCHSCHLAG BEI LINZ** // Bei der Gemeinderatssitzung am 10. Dezember 2020 hat der Gemeinderat in Kirchschlag einen neuen Bürgermeister und einen neuen Vizebürgermeister gewählt. Das Amt des Ortschefs für die 2200-Einwohner-Gemeinde übernimmt nunmehr der 33-jährige Michael Mair, der seit 2019 bereits als Vizebürgermeister fungierte. Als Vizebürgermeister zur Seite stehen wird dem gelernten Fotografen Günter Kaiser. Dieser wurde bereits im Jahr 2003 als Obmann der JVP in den Gemeinderat gewählt, bei der letzten Gemeinderatswahl im Jahr 2015 wurde er schließlich zum Fraktionssprecher der ÖVP. Der 40-jährige ist Landwirt und als solcher auch als Ortsbauernobmann tätig. Er wird bei der Landwirtschaftskammerwahl 2021 erneut als Obmann kandidieren. Das Bürgermeisteramt übernimmt Mair von der ehemaligen Gemeindeärztin Gertraud Deim, bei der er sich besonders bedankte. Sie hatte das Amt seit Ende 2007 inne und hatte zuvor seit 1997 als Vizebürgermeisterin gewirkt.



FOTO/ Pacher

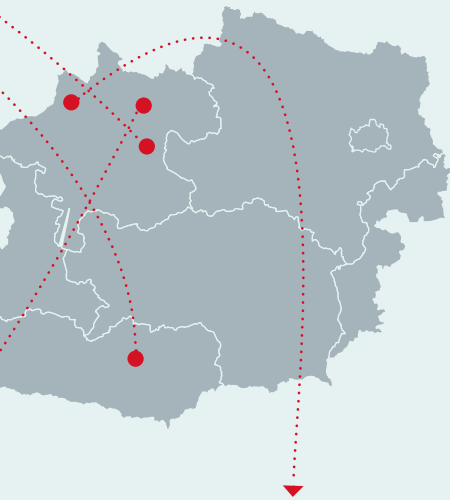


# HERR BÜRGERMEISTER, ZAHLEN, BITTE!

Abgerechnet wird am Schluss – jetzt auch in KOMMUNAL. Unser Interview in nackten Zahlen diesmal mit ...



... **Peter Brandauer**,  
**Bürgermeister** der  
Gemeinde **Werfenweng** mit  
einer Bevölkerung von 1037 Menschen.

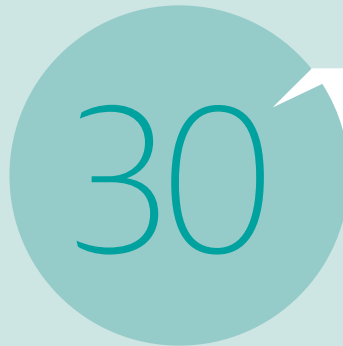


## Wieder eine Ortschefin

**SIGHARTING** // Martina Schlöglmann hat das Bürgermeisteramt im oberösterreichischen Sigharting übernommen. Die 40-jährige folgt damit Alois Selker nach und ist seit 11. Dezember 2020 offiziell im Amt. „Als Mutter von drei Kindern ist Schlöglmann ein Beispiel dafür, wie sich Familie und



Bürgermeisteramt vereinbaren lassen. Ich hoffe, dass durch diese Vorbildwirkung mehr Frauen den Schritt in die Politik wagen und sich auch für die Position als Bürgermeisterin begeistern können“, betont der ÖVP-Bezirksparteiobmann August Wöginger.



**Wie viele Kilometer Skipisten gibt es in Ihrer Gemeinde?**

**Wie viele Parteien haben Sie in Ihrem Leben schon gewählt?**



**Wie oft wechseln Sie Ihre Corona-Maske? (in Tagen)**



**Wie hoch ist der Verlust der Gemeindeeinnahmen aufgrund von Corona?**

**Wie viele Bürger waren letzte Woche in Ihrer Sprechstunde (auch online)?**



**Wie viele Autos haben Sie?**

# OFFENLEGUNG

GEMÄSS § 25, ABS. 1 – 4, MEDIENGESETZ 2005 FÜR DIE PERIODISCHE DRUCKSCHRIFT „KOMMUNAL“

**Herausgeber** Österreichischer Gemeindebund,  
Löwelstraße 6, 1010 Wien

**Medieninhaber**

Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH,  
Löwelstraße 6, 2. Stock,  
1010 Wien, Tel. 01/532 23 88, Fax 01/32 23 88-522  
E-Mail: [kommunalverlag@kommunal.at](mailto:kommunalverlag@kommunal.at)  
[www.kommunal.at](http://www.kommunal.at)

**Geschäftsführung** Mag. Michael Zimper

**Redaktion** Tel.: 01/532 23 88  
Mag. Hans Braun – DW 516 (Chefredaktion)  
[hans.braun@kommunal.at](mailto:hans.braun@kommunal.at)  
Mag. Helmut Reindl – DW 515  
[helmut.reindl@kommunal.at](mailto:helmut.reindl@kommunal.at)  
Andreas Hussak - DW 537  
[andreas.hussak@kommunal.at](mailto:andreas.hussak@kommunal.at)

**Adressverwaltung** Regina Philipp – DW 18  
[regina.philipp@kommunal.at](mailto:regina.philipp@kommunal.at)

oder Sie folgen diesem Link oder dem QR-Code zum Ändern von Bezugsdaten:  
<http://kommunal.at/leserservice/>



**Grafik** Thomas Max – DW 42  
[thomas.max@kommunal.at](mailto:thomas.max@kommunal.at)

**Fotos** [stock.adobe.com](https://stock.adobe.com); [www.bilderbox.at](http://www.bilderbox.at)

**Anzeigenberatung** Tel.: 01/532 23 88  
Martin Pichler (Leitung) - DW 511  
[martin.pichler@kommunal.at](mailto:martin.pichler@kommunal.at)

**Redaktionsbeirat** Mag. Ewald Buschenreiter (Verband der sozialdemokratischen Gemeindevertreter NÖ), Dr. Walter Leiss (Österreichischer Gemeindebund), Mag. Alfred Riedl (Präsident des Österreichischen Gemeindebundes), Mag. Michael Zimper (Österreichischer Kommunal-Verlag)

**Hersteller** Leykam Druck, 7201 Neudörfel  
PEFC zertifiziert: Dieses Produkt stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen – [www.pefc.at](http://www.pefc.at)



**Druckauflage KOMMUNAL: 34.443**  
(ÖAK kontrollierter rollierender Jahresschnitt 2020)



Persönlich gezeichnete Artikel fallen unter die Verantwortlichkeit des Autors und müssen sich nicht unbedingt mit der Meinung von KOMMUNAL decken. Mit „Entgeltliche Einschaltung“ gekennzeichnete Artikel sind bezahlte Informationen und fallen nicht in die Verantwortlichkeit der Redaktion.

**Hinweis zu Gender-Formulierung** Bei allen Bezeichnungen, die auf Personen bezogen sind, meint die gewählte Formulierung beide Geschlechter, auch wenn aus Gründen der leichteren Lesbarkeit die männliche Form verwendet wird.

**Unternehmensgegenstand:**

Die Herstellung, der Verlag und Vertrieb von Druckschriften aller Art, insbesondere Fachzeitschriften. Weiters der Handel mit Waren aller Art und die Organisation von Veranstaltungen.

**Gesellschafter:** Michael Zimper, Verleger, Wien (65 Prozent), sowie die „Zimper GmbH“ (35 Prozent), Gesellschafter Michael Zimper, Verleger, Wien.

**Beteiligungen:** Die „Zimper GmbH“ ist mit 93 Prozent an der „Loisel.Spiel.Zach GmbH“ in Wien beteiligt, der Österreichische Kommunal-Verlag mit 100 Prozent an der „Zimper Media GmbH“ in Deutschland sowie mit 33,3 Prozent an der „Kommunos GmbH“ und mit 25,3 % an der „RIS GmbH“.

**Die grundlegende Haltung** von KOMMUNAL ist die Information der österreichischen Gemeinden (Bürgermeister, Vizebürgermeister, Stadt- und Gemeinderäte sowie leitende Beamte) sowie aller mit der Kommunalpolitik des Landes befassten Politiker des Bundes und der Länder über alle relevanten kommunalpolitischen Probleme nach den objektiven Grundsätzen der überparteilichen gesetzlichen Interessenvertretung der österreichischen Gemeinden, dem Österreichischen Gemeindebund.

**KOMMUNAL ist das offizielle Organ** des Österreichischen Gemeindebundes und erscheint monatlich. Es wird im Direktversand an folgende Personen- und Zielgruppen versandt:

- ③ Alle Bürgermeister, Vizebürgermeister, Stadträte und geschäftsführenden Gemeinderäte der Gemeinden Österreichs.
- ③ Alle leitenden Gemeindebeamten und alle führenden Gemeindebediensteten sowie die Spitzenfunktionäre und Sachbearbeiter der österreichischen Wasser-, Abwasser-, Müll- und Reinhaltewerben sowie der Freiwilligen Feuerwehren.
- ③ Alle für die Kommunalpolitik relevanten Behördenvertreter und Beamten der Ministerien, Bundesstellen und der österreichischen Bundesländer.
- ③ Alle politischen Mandatäre der im Parlament vertretenen Parteien auf Bundes-, Landes und Bezirksebene.
- ③ Wichtige Meinungsträger im Bereich anderer Behörden und Interessensvertretungen sowie der österreichischen Wirtschaft.



» Unserem Ziel entsprechend, die kommunale Ebene zu stärken, ist unser Portfolio breit gefächert und ermöglicht ganzheitliche, nachhaltige Lösungen. Das umfasst Fachmagazine, Kongresse, die Kommunalmesse sowie weitere Beteiligungen, um Kommunen in ihrem öffentlichen Auftrag zu unterstützen.“

**Michael Zimper**

Geschäftsführer des Österreichischen Kommunal-Verlags

Mehr Informationen zu KOMMUNAL und zum Österreichischen Kommunal-Verlag finden Sie auf den Websites:

- [www.kommunal.at](http://www.kommunal.at)
- [www.kommunalverlag.at](http://www.kommunalverlag.at)
- [www.diekommunalmesse.at](http://www.diekommunalmesse.at)
- [www.kommunalbedarf.at](http://www.kommunalbedarf.at)

# Wer verschafft mir jetzt den Spielraum, damit sich meine Gemeinde weiterentwickeln kann?

## Führende Public Sector-Expertise

Wer seine Gemeinde weiterentwickeln und dabei auch durch schwierige Zeiten bringen muss, braucht einen kompetenten Partner. Nahezu jede zweite österreichische Gemeinde vertraut dabei auf die Bank Austria. Unsere innovativen Service-Tools, wie die „Praxisplaner“, können gerade dann, wenn die Rahmenbedingungen schwieriger werden, kommunale Aufgaben erleichtern. So unterstützen wir Sie dabei, Ihren Handlungsspielraum heute und in Zukunft zu optimieren. Und das nachhaltig. Denn, wenn es um die Zukunft einer ganzen Gemeinde geht, muss die Lösung vor allen Dingen eines sein: zukunftssicher.

RUND  
**50%**  
ALLER GEMEINDEN  
SIND KUNDEN DER  
BANK AUSTRIA

[publicsector.bankaustria.at](http://publicsector.bankaustria.at)

Die Bank für alles,  
was wichtig ist.

 **Bank Austria**

Member of  UniCredit



Nutzfahrzeuge

# Öffnet im Job neue Türen

## Auch ohne Schlüssel



**Jetzt** Probe fahren

So viele Möglichkeiten hat er Ihnen noch nie im Job eröffnet: der neue Caddy Cargo mit dem optional erhältlichen schlüssellosen Start- und Schließsystem „Kessy“, separater Laderaumschließung und vielen weiteren Innovationen, die Ihre Arbeit einfacher machen.

**Der neue Caddy Cargo. Bereit für alles, was kommt**

[www.vw-nutzfahrzeuge.at](http://www.vw-nutzfahrzeuge.at)

Verbrauch: 4,8 – 6,8 l/100 km, CO<sub>2</sub>-Emission: 127 – 169 g/km. Symbolfoto.